

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Heinz Magenheimer

Konventionelle Stabilität und Sicherheit in Europa

Truppenreduktionen, Umrüstungen und Wiener VKSE-Konferenz

Franz H. U. Borkenhagen

Eine neue Sicherheitspolitik – Chance für Europa

Lutz Köllner

Ökonomische Aspekte der Rüstungskonversion

Georg-Maria Meyer

Vom Klassenfeind zum Kameraden?

Soziale Deutungsmuster von Offizieren
der Nationalen Volksarmee (NVA)

B 36/90
31. August 1990

Heinz Magenheimer, Dr. phil., geb. 1943; seit 1972 Mitarbeiter des Instituts für strategische Grundlagenforschung an der Landesverteidigungsakademie Wien; seit 1977 Redaktionsmitglied der Österreichischen Militärzeitschrift; seit 1982 Lehrbeauftragter an der Universität Salzburg.

Veröffentlichungen u. a.: Abwehrschlacht an der Weichsel 1945, Freiburg i. Br. 1986²; Die Verteidigung Westeuropas. Doktrin, Kräftestand, Einsatzplanung, Koblenz 1986; zahlreiche Zeitschriftenaufsätze und Studien in in- und ausländischen Publikationen zu Themen der Sicherheitspolitik, des Wehrwesens und der Kriegsgeschichte.

Franz H. U. Borkenhagen, geb. 1945; Abteilungsleiter beim Vorstand der SPD; Gründungsmitglied der Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik (SAS).

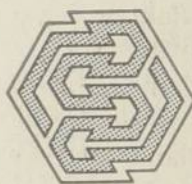
Veröffentlichungen u. a.: Alternativen zur militärischen Sicherheitspolitik, in: Jörg Calließ/Reinhard E. Lob (Hrsg.), Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung, Bd. 3, Düsseldorf 1988; Neutralität für Deutschland?, in: Sicherung des Friedens, (1989) 11/12; Kooperative Rüstungssteuerung und Abrüstung, in: Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr (Hrsg.), Streitkräfte im Wandel, Bonn 1990.

Lutz Köllner, Dr. rer. pol., geb. 1928; 1952–1967 Tätigkeit in der empirischen Konjunkturforschung; seit 1978 Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, München; Gutachter und Berater der Vereinten Nationen in Abrüstungsfragen.

Veröffentlichungen u. a.: Rüstungsfinanzierung. Dämonie und Wirklichkeit, 1969; Militärausgaben und Militärstruktur in Deutschland, 1980; Militär und Finanzen. Zur Finanzgeschichte und Finanzsoziologie von Militärausgaben in Deutschland vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Gegenwart, 1982; (Hrsg. zus. mit Burkhardt J. Huck) Abrüstung und Konversion. Politische Voraussetzungen und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik, 1990.

Georg-Maria Meyer, Dr. phil., Dipl. sc. pol., geb. 1947; Oberstleutnant, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit H. Dillkofer und S. Schneider) Soziale Probleme von Soldatenfamilien, Opladen 1987; Alltagserfahrungen von Jugendlichen aus Soldatenfamilien, Opladen 1989.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Die beiden Bände des Jahrgangs 1989 sind nur noch begrenzt vorrätig und können zum Preis von DM 25,— (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten bestellt werden.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Konventionelle Stabilität und Sicherheit in Europa

Truppenreduktionen, Umrüstungen und Wiener VKSE-Konferenz

I. Einführung

Die am 9. März 1989 in Wien begonnenen „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (VKSE) haben besonders in ihren ersten drei Runden beachtliche Erfolge gezeitigt, die man in Anbetracht der Ergebnislosigkeit der am 2. Februar 1989 beendeten MBFR-Gespräche über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen kaum für möglich gehalten hätte. Aus Anlaß der seit dem Spätsommer 1989 sich gleichsam überstürzenden Ereignisse in der DDR, in Ostmitteleuropa und auch in der Sowjetunion selbst steht der Beobachter vor dem Erfordernis, einerseits eine sicherheitspolitische Bestandsaufnahme vorzunehmen, die das Lagebild zu einem bestimmten Zeitpunkt widerspiegelt, andererseits vor dem Anlie-

gen, eine kurz- und mittelfristige Entwicklungseinschätzung zu bieten.

Da gewisse Variablen — wie etwa der Transformationsprozeß in der Sowjetunion und die Zukunft des Regimes selbst — nur mit großen „Bandbreiten“ in der Aussage einzuschätzen sind, erscheint es sinnvoller, die einigermaßen festen Größen in der Lagedarstellung bevorzugt zu berücksichtigen. Dazu zählen die vorhandenen und im Abzug befindlichen Streitkräftepotentiale, die Zwischenergebnisse der VKSE, die prinzipiellen Zielsetzungen beider Paktgruppen und die bisher erkennbaren Trends in der politischen Ausrichtung der Staaten Ostmitteleuropas.

II. Die Suche nach konventioneller Stabilität in Europa

Der ursprünglich nur von westlicher Seite geprägte Begriff „konventionelle Stabilität“ ist Teil eines viel umfassenderen Begriffs der politisch-strategischen Stabilität, wobei ein System umso stabiler ist, wenn es ein Maximum an Friedensfähigkeit mit einem Maximum an Wandlungsfähigkeit vereinen kann. Der Stabilitätswert eines politischen Systems mißt sich also vorrangig am Wandel, den es ertragen kann, ohne in einen militärischen Konflikt zu geraten¹⁾.

In diesem Sinne wird politisch-strategische Stabilität vorwiegend in sicherheitspolitischer Hinsicht verstanden und deckt sich in weiten Teilen mit dem Begriff der „strategischen Stabilität“, die den gesamten Planungs- und Führungskomplex im Hinblick auf die Erreichung eines politischen Ziels zum Inhalt hat. Sie darf keineswegs mit nuklearstrategischer Stabilität verwechselt werden. „Strategische Stabilität“ geht vom Anspruch aus, alle die Sicherheit betreffenden Faktoren zu berücksichtigen, die zwischen den einzelnen Staaten und auch im Inne-

ren von Staaten wirken²⁾, wobei aber dem Aspekt der äußeren Sicherheit der Vorrang eingeräumt wird.

Einen weiteren wichtigen Begriff stellt die „militärische Stabilität“ dar, die praktisch den Wirkungszusammenhang auf operativer Ebene meint und die in Erscheinung tritt, wenn in der Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt ein bestimmtes Ausmaß an Unsicherheit für die Erfolgchancen eines Großangriffs von östlicher Seite vorliegt³⁾. Nach dieser Definition muß sowohl in den Augen der verantwortlichen NATO-Planer als auch aus der Sicht des sowjetischen Generalstabes ein bestimmtes Verhältnis von Potentialen, aber auch von wechselseitigen militärischen Optionen herrschen, um das mit einem Angriff verbundene Maß an Unsicherheit nicht unter eine kritische Grenze fallen zu lassen.

Im Laufe der letzten Jahre kreisten viele Überlegungen um das Ausmaß, die Zusammensetzung (Struktur) und die Qualität desjenigen Militärpotentials, das die jeweils schwächere Partei benötige,

¹⁾ Siehe dazu die Definition von Ingrid Schölch, Abschreckung, Sicherheit, Stabilität. Grundsatzprobleme der sicherheitspolitischen Situation in Europa, Baden-Baden 1989, S. 155, mit sehr ausführlicher Erörterung der verschiedenen Kategorien, Ebenen und Felder der „Stabilität“.

²⁾ Vgl. den Beitrag „Strategische Stabilität“, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 294–297, hier S. 295.

³⁾ Vgl. I. Schölch (Anm. 1), S. 207.

um die „Hinlänglichkeit der Verteidigung“ bzw. militärische „Hinlänglichkeit“ schlechthin aufrechtzuerhalten. Die jahrelangen Auseinandersetzungen über Sinn und Zweck der alternativen Verteidigungskonzepte betrafen im Grunde genommen die Frage, wie ein Militärpotential gestaltet werden könne, das bei einem Höchstmaß an Abwehrkraft zugleich ein Höchstmaß an Stabilität in politisch-strategischem Sinne – auch aus der Perspektive des potentiellen Gegners – besitze, das also vertrauensbildend wirke⁴⁾.

Zentrales Anliegen der „konventionellen Stabilität“ war und ist somit die Umgliederung und Umrüstung zu konventionellen Streitkräftepotentialen, die „nach Organisation, Struktur, Bewaffnung und Strategie erkennbar zu einer militärischen Aggression unfähig sind“⁵⁾. Sehr bald wurde zudem die Forderung erhoben, daß es nicht nur um die Neustrukturierung und Umrüstung der Streitkräfte auf ihren verschiedenen Ebenen, sondern auch um eine Neuformulierung der Militärdoktrin bzw. Einsatzdoktrin ginge, die mit den nach ihren Zielsetzungen geschaffenen Potentialen übereinstimmen müßte.

Mit einer gewissen Berechtigung war des öfteren zum Ausdruck gekommen, daß es nicht allein genüge, ein ungefähres zahlenmäßiges „Gleichgewicht der Kräfte“ oder gar eine rechnerische Parität zu schaffen, sondern ein „Gleichgewicht der militärischen Optionen“ herzustellen, um die als subjektiv empfundenen jeweiligen Angriffschancen der Gegenseite zu minimalisieren⁶⁾. Nicht umsonst konnte man immer wieder das kriegsgeschichtlich bedeutsame Argument vernehmen, wonach Staaten oder Bündnisse mit einer dem Kontrahenten etwa ebenbürtigen oder sogar zahlenmäßig unterlegenen Streitmacht dennoch siegreich geblieben wären. Schon daraus ergibt sich, daß „Gleichgewicht“ bzw. „zahlenmäßige Parität“ einen dem Streben

4) Aus der umfangreichen Literatur zu diesem Fragenkomplex seien hier genannt: Alfred Biele (Hrsg.), *Alternative Strategien*, Koblenz 1986; Andreas v. Bülow/Helmut Funk/Albrecht v. Müller, *Sicherheit für Europa*, Koblenz 1988; Wolfgang Schwarz, *Strukturelle Angriffsunfähigkeit in Europa*, in: *Beiträge zur Konfliktforschung*, (1989) 2, S. 5–36; Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), *Gemeinsame Sicherheit – Konventionelle Stabilität*, Band III, Baden-Baden 1988; Götz Neuneck, *Strukturelle Angriffsunfähigkeit und konventionelle Rüstungskontrolle*, Hamburg 1988; Dieter S. Lutz, *Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit*, Hamburg 1987; Karsten D. Voigt, *Konventionelle Stabilisierung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18/88, S. 21–34.

5) K. D. Voigt (Anm. 4), S. 21.

6) Dazu ausführlich: Gerhard Wettig, *Die militärischen Optionen in Europa*, in: Erhard Forndran/Gert Krell (Hrsg.), *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich*, Baden-Baden 1984, S. 117–155, hier S. 141 ff.; neuerdings: Stichwort „Alternative Verteidigungskonzepte“, in: Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, Opladen 1990⁴⁾, S. 69.

nach Stabilität untergeordneten Zustand darstellt⁷⁾.

Ergänzend sei noch auf den Begriff der „Krisenstabilität“ verwiesen, wobei „Krisenstabilität“ im wesentlichen dann vorliegt, wenn keine der Konfliktparteien eine Chance sieht, im Zuge einer krisenhaften Entwicklung mittels eines militärischen Einsatzes einen bedeutsamen Vorteil zu erringen. Dies hängt vor allem mit dem Präemptionsvorteil eines Überraschungsangriffs zusammen, der sowohl die nukleare als auch konventionelle Präemption betrifft. Darunter kann eine umfassende Luftoperation seitens des Warschauer Paktes gegen Westeuropa zum Unterlaufen der „nuklearen Schwelle“ genauso fallen wie Angriffe zu Kriegsbeginn mit überraschend einsetzbaren Waffensystemen, etwa mit Raketenwaffen, gegen das gegnerische Hinterland. Ob allerdings die umstrittene Aufstellung von Pershing-II-Raketen ab Ende 1983 der Krisenstabilität zuwidergelaufen sei⁸⁾, muß angesichts der mit einem angenommenen Präemptivangriff gegen diese Raketenziele verbundenen ungeheuren Eskalationsrisiken und Unwägbarkeiten dahingestellt bleiben.

Die zahlreichen Kontroversen um die Vor- und Nachteile der diversen alternativen Verteidigungskonzepte haben trotz aller Unterschiede den Eindruck vermittelt, daß eine eindeutig defensive Ausrichtung, die nicht nur die strategische und operative, sondern auch die taktische Ebene betrifft, nicht erreichbar ist. Eine solche Ausrichtung wäre nur bei Verzicht auf jedes Gegenstoß- und Gegenangriffselement vorstellbar. Da man ein abschließendes Urteil über den offensiven bzw. defensiven Charakter von militärischen Potentialen nicht fällen kann, müssen andere Kriterien herangezogen werden. Dazu zählen z. B. die Berücksichtigung der gegenseitigen Bedrohungseinschätzungen, des politisch-strategischen Rahmens sowie der Verzicht auf „Invasionsfähigkeit“, d. h. auf die Fähigkeit, gegnerischen Raum im operativen Ausmaß zu erobern und auch zeitweise zu halten⁹⁾. Letztlich wird viel davon abhängen, ob es gelingt, die „Effizienzhypothese der Verteidigung“, die sich auf der Ebene des Bataillons und des Regiments als stichhaltig erwiesen hat, auch im größeren operativen Rahmen einer positiven Überprüfung zu unterziehen.

Aber selbst unter den genannten Gesichtspunkten kann der Verteidiger noch über ein Potential verfügen, das in den Augen des potentiellen Gegners

7) Vgl. Erhard Forndran, *Abschreckung und Stabilität – Ziele und Probleme*, in: E. Forndran/G. Krell (Anm. 6), S. 15–57, hier S. 43.

8) Vgl. z. B. die Aussage von Thomas Risse-Kappen, *Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970–1987*, Frankfurt/M.–Berlin 1988, S. 75.

9) Vgl. dazu ausführlich D. S. Lutz (Anm. 4), S. 47 ff.

konventionelle und nukleare Optionen mit hohem Bedrohungscharakter bereithält. Es wurde daher vorgeschlagen, die Streitkräfte in Ausmaß, Gliederung und Ausrüstung so zu gestalten, daß sie nicht mehr imstande wären, der Gegenseite einen existentiellen Schaden auf ihrem Territorium zuzufügen¹⁰). Bei konsequentem Durchdenken dieses Ansatzes kommt man zu dem Schluß, daß hiermit vor allem der Verzicht auf nukleare Optionen einschließlich des nuklearen Ersteinsatzes sowie der Verzicht auf jede Art von Präemptivhandlung eingeschlossen wären — ein gedanklicher Ansatz, der von offizieller NATO-Seite in jüngster Zeit nicht mehr völlig abgelehnt wird. Die gegenwärtig in der Bundeswehr zu erkennende Entwicklung läßt auch den Schluß zu, daß auf Grund der militärischen Schwächungen und Umgliederungen im östlichen Bündnis mit einer Aufwertung der operativen Führung trotz einer der strategischen Defensive verpflichteten Grundhaltung der NATO zu rechnen ist¹¹).

Eine voll der Defensive verpflichtete Militär- bzw. Einsatzdoktrin sollte somit von folgenden Grundsätzen ausgehen:

1. Territoriale Selbstbeschränkung („Selbstbeschränkungsprinzip“): Alle militärischen Planun-

gen und operativen Zielsetzungen müssen sich auf Handlungen zum Schutz des eigenen Staatsgebietes beschränken; alle militärischen Handlungen (samt Luftkriegsoperationen) dürfen nur der Herstellung des Status quo ante dienen;

2. Verzicht auf den ersten Gebrauch von Waffengewalt („Reaktionsprinzip“): Beschränkung der Kampfhandlungen auf die militärische Reaktion;

3. Verzicht auf die existentielle Schädigung des Gegners („Prinzip der Schadensminimierung“): Jede Maßnahme, die zu einer Eskalation in Reichweite und Waffenwirkung führen kann, soll rein militärischen Erfordernissen unterworfen werden;

4. Ausrichtung des gesamten militärischen Apparates in militärstrategischer, operativer und taktischer Hinsicht auf die Defensive („Richtlinienprinzip“).

Hinsichtlich des letztgenannten Punktes käme z. B. die räumliche „Zerlegung“ der Großverbände unter Trennung der Kampftruppen einerseits, der Kampfunterstützungstruppen und der Logistik (Versorgung) andererseits in Frage, wobei gerade die logistische Kapazität ein wesentliches Merkmal für die Kennzeichnung einer defensiven oder offensiven Ausrichtung der Militärdoktrin darstellt¹²).

III. Die Transformation des Warschauer Paktes: Truppenreduktionen, -abzüge, -umgliederungen

Die De-facto-Auflösung des Warschauer Paktes infolge der politischen Umwälzungen seit dem Spätherbst 1989 hat offensichtlich die Frage nach Schaffung struktureller Nichtangriffsfähigkeit in den Hintergrund gedrängt, auch wenn sie ihre Bedeutung grundsätzlich nicht verloren hat. Bereits die Ankündigungen des sowjetischen Generalsekretärs vom 7. Dezember 1988 über einseitige Verringerungen sowjetischer Truppen in den vier westlichen Vorfeldstaaten und die seit dem März 1989 tatsächlich beginnenden Abzüge schufen — gemeinsam mit den grundlegenden Zielsetzungen der VKSE — eine Erwartungshaltung, die zunächst auf die Herstellung zahlenmäßiger Parität bei den wichtigsten militärischen Kenngrößen ausgerichtet war. Die bereits im Mandat für die VKSE vom 10. Januar 1989 formulierten Zielsetzungen sprachen von der „Schaffung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts der konventionellen Streitkräfte“ (unter

Einschluß der konventionellen Bewaffnung und Ausrüstung) auf niedrigerem Niveau sowie von der „Beseitigung von Ungleichgewichten“. Damit sollte beiden Paktgruppen die „Fähigkeit zur Auslösung von Überraschungsangriffen und zur Einleitung großangelegter offensiver Handlungen“ genommen werden. Als Maßnahmen hierzu schienen u. a. Reduzierungen, Begrenzungen und Redislozierungen (Umgruppierung, Verteilung) von Truppen zweckmäßig¹³).

Damit trat zutage, daß sich beide Allianzen mit der Beseitigung von „Invasionsfähigkeit“ zufrieden gaben, d. h. mit der Angriffsfähigkeit in strategisch-operativem Rahmen, mit der Beseitigung der strategischen Überraschung und mit der Herstellung von paritätischen Obergrenzen bei Mannschaften und Hauptwaffensystemen in bestimmten geographischen Zonen. Die besonders in den ersten drei Sessionen erfolgreich verlaufenden Verhandlungen ließen einen Vertragsabschluß noch im Herbst 1990 erreichbar erscheinen.

¹³) Vgl. Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa, in: Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986, Wien, 15. Januar 1989, S. 39 f.

¹⁰) Vgl. W. Schwarz (Anm. 4), S. 16.

¹¹) Vgl. Axel Bürgener, Operationsführung 2000, in: Soldat und Technik, (1990) 4, S. 231–238, hier S. 234.

¹²) Vgl. Klaus Naumann, Defensive Doktrinen und Streitkräftestrukturen — ein Diskussionsbeitrag, vorgelegt im Rahmen des Wiener Doktrinenseminars (16. Januar bis 5. Februar 1990), S. 19.

Die Truppenabzugsverträge zwischen Moskau und Prag (26. Februar 1990) bzw. zwischen Moskau und Budapest (10. März 1990) haben allerdings die sicherheitspolitische Lage mit zusätzlicher Dynamik angereichert: Zieht man in Betracht, daß die sowjetischen Streitkräfte in der ČSFR und Ungarn, die Ende Mai 1990 noch 48 000 bzw. 44 000 Mann betragen haben, vertragsgemäß zur Jahresmitte 1991 nicht mehr in diesen Ländern vorhanden sein werden, so dürfte sich das Problem der Beseitigung von „Invasionsfähigkeit“ endgültig gelöst haben, aber sicherlich nicht in der von Moskau gewünschten Form bzw. Abfolge. Die sowjetische Führung wird zu diesem Zeitpunkt, falls keine unvorhersehbaren dramatischen Ereignisse eintreten, in ihrem Vorfeld nur mehr über die „Westgruppe der Streitkräfte“ verfügen, die angesichts des Bedeutungsverlustes bzw. Auflösung der NVA und der kaum ins Gewicht fallenden „Nordgruppe der Truppen“ in Polen die einzige sowjetische Kräftegruppe in Ostmitteleuropa darstellt, die im operativen Sinne zumindest eingeschränkt angriffsfähig ist. Die noch Mitte der achtziger Jahre in Betracht gezogene Option eines Großangriffes auf Westeuropa allein mit den in den Vorfeldstaaten stationierten sowjetischen Kräftegruppen¹⁴⁾ verliert somit noch mehr an Realitätsnähe.

Das Attribut der eingeschränkten Angriffsfähigkeit beruht nicht zuletzt auf den zahlreichen Mißständen innerhalb der Land- und Luftstreitkräfte der „Westgruppe“ (u. a. sinkende Wehrmoral, zahlreiche Dienstvergehen, Übergriffe der Vorgesetzten, sinkendes Bedrohungsbewußtsein¹⁵⁾: Kann man einer solchen zwar zahlenmäßig beachtlichen Kräftegruppe, jedoch ohne Abstützung auf verlässliche Verbündete, ohne Zusammenwirken mit der „Zentralen Gruppe der Truppen“, den gleichen Angriffswert zusprechen, wie es ein intaktes Kräftepositiv des Warschauer Paktes noch Mitte der achtziger Jahre besessen hat? Läuft nicht ein Festhalten am derzeitigen Stationierungsumfang der „Westgruppe“ in der DDR (ca. 363 000 Mann) vor allem nur darauf hinaus, das letzte militärische „Faustpfand“ im Hinblick auf den VKSE-Vertrag und die Vereinigung Deutschlands nicht aus der Hand zu geben?

¹⁴⁾ Vgl. Dieter Farwick, Die Optionen des Warschauer Paktes gegenüber NATO-Europa, in: Hartmut Bühl (Hrsg.), Strategiediskussion, Herford-Bonn 1987, S. 91–104, hier S. 97 ff.

¹⁵⁾ Dazu sind wiederholte Stellungnahmen des sowjetischen Verteidigungsministers und des Generalstabschefs zum wachsenden Unmut des Kadets, zur Berufsunzufriedenheit, zum Problem der Wehrdienstverweigerung, zur Wehrungerechtigkeit, zur Drückebergerei und anderen Fragen zu nennen; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Februar 1989, S. 1, und vom 11. November 1989, S. 12; Süddeutsche Zeitung vom 13. November 1989, S. 8.

Betrachtet man den zahlenmäßigen Umfang der sowjetischen Stationierungstruppen Ende Mai 1990, so ergibt sich folgendes Bild¹⁶⁾:

„Westgruppe der Streitkräfte“ (DDR):	ca. 363 000 Mann
„Nördliche Gruppe der Truppen“ (Polen):	ca. 54 000 Mann
„Zentrale Gruppe der Truppen“ (ČSFR):	ca. 48 000 Mann
„Südliche Gruppe der Truppen“ (Ungarn):	ca. 44 000 Mann
Summe:	509 000 Mann

Vergleicht man diesen Stand mit dem Streitkräftepotential vor Beginn der Reduzierungen (insgesamt ca. 583 000 Mann), so ergibt sich eine Verminderung um immerhin 13 Prozent; unter Berücksichtigung des kompletten Abzugs sowjetischer Truppen aus Ungarn und der ČSFR bis Mitte 1991 und des für 1990 angekündigten Abtransports von ca. 5 000 Mann der „Nordgruppe“ verbleiben (unter Annahme einer unveränderten „Westgruppe“) ab Mitte 1991 voraussichtlich nur mehr 412 000 Mann in Ostmitteleuropa; die Reduktion betrage somit fast 30 Prozent.

Diese Reduktionen fallen insgesamt noch viel gravierender ins Gewicht, wenn man die z. T. radikalen Verringerungen und Umgliederungen der Streitkräfte in der DDR, in Polen, in der ČSFR und in Ungarn betrachtet, die man einerseits durchgeführt, andererseits für 1990/91 angekündigt hat. Erst daraus entsteht ein abgerundetes Bild von der Einbuße an militärischem Potential des Warschauer Paktes. Unter die im Gange befindlichen Änderungen fallen die Verminderung der polnischen Streitkräfte auf ca. 300 000 Mann (gegenüber ca. 390 000 Mann 1987), die Umgliederung auf nur mehr sechs „mechanisierte Divisionen“ der Bereitschaftskategorie I, des weiteren die Verringerung der Streitkräfte der ČSFR auf voraussichtlich 170 000 bis 180 000 Mann Ende 1990¹⁷⁾ mit einer Substanz von nur fünf Divisionen (darunter nur eine Panzerdivision) der Bereitschaftskategorie I und die laufende

¹⁶⁾ Die Zahlenangaben beruhen auf zahlreichen Einzelinformationen zum laufenden Truppenabzug aus der ČSFR und Ungarn sowie auf Aussagen, die im Rahmen des Wiener „Doktrinenseminars“ (16. Januar bis 5. Februar 1990) von den militärischen Experten gemacht worden sind.

¹⁷⁾ Offiziell wurde der Umfang der Streitkräfte der ČSFR Mitte Mai 1990 mit 198 154 Mann angegeben, was offenbar den Sollstand bedeutet. Die Landstreitkräfte sollen knapp 126 000 Mann und die Luftstreitkräfte fast 22 000 Mann betragen. Da die Kräfte für die Luftraumüberwachung, für das Nachrichtenwesen, die Aufklärung, das Personal der Militärschulen, die Rückwärtigen Dienste und den Zivilschutz insgesamt nur 28 000 Mann ausmachen, entsteht ein ungeklärter Rest von 22 000 Mann, der offenbar keine militärische Funktion mehr ausübt; vgl. Salzburger Nachrichten vom 12. Mai 1990, S. 4. Planungen zufolge sollen die Streitkräfte der ČSFR bis 1993 auf 140 000 Mann reduziert und dann in eine Berufarmee umgestaltet werden.

Verringerung der ungarischen Streitkräfte auf ca. 75 000 Mann mit nur mehr 15 Kampfbrigaden; eine weitere Reduktion in Ungarn auf ca. 60 000 Mann, 750 Kampfpanzer, 900 Geschütze und 90 Kampfflugzeuge wird angestrebt¹⁸⁾.

Dazu kommen noch die Verkürzungen der Wehrdienstzeiten auf 18 Monate in Polen (voraussichtlich ab Herbst 1990), auf 18 Monate in der ČSFR (bereits in Kraft) und auf zwölf Monate in Ungarn (vorgesehen ab 1990/91). In allen diesen Ländern herrscht aus volkswirtschaftlichen Gründen ein anhaltender Druck auf die Streitkräfteführung, Einsparungen im Wehrbudget in großem Umfang vorzunehmen, während Maßnahmen zur Rüstungskonversion mittel- und langfristig Entlastungen zugunsten der zivilen Sektoren bringen sollen. Für

Polen wurden z. B. Einsparungen an Verteidigungsausgaben von 16 Prozent im Jahre 1989 gegenüber 1988 bekanntgegeben¹⁹⁾.

Zu den Streitkräften in der DDR sei in Anbetracht der aktuellen Veränderungen nur angemerkt, daß inoffizielle Schätzungen übereinstimmend im Februar/März 1990 von einer Stärke von ca. 90 000 bis 100 000 Mann sprachen, wogegen offiziell Ende Mai die Stärke mit etwa 135 000 Mann angegeben wurde. Der Staatssekretär für Abrüstung nannte am 29. Juni in Wien eine Ist-Stärke von 95 000 Mann Militärpersonal. Die Verminderung der Wehrausgaben soll sich auf 30 Prozent belaufen. Die Wehrdienstdauer beträgt ab Mai 1990 nur mehr zwölf Monate.

IV. Führen die Umgliederungen in den sowjetischen Streitkräften zu einer neuen Bedrohung?

Diverse Informationen betreffen die Änderungen in der Gliederung der sowjetischen und ostmitteleuropäischen Streitkräfte, die man des öfteren als Beleg für den Übergang zur Defensivorientierung im taktisch-operativen Bereich angeführt hat. Der Abzug bzw. die Auflösung von je einem Panzerregiment in den sowjetischen Panzer- und MotSchützendivisionen in den Vorfeldstaaten hat zwar die Zahl der Kampfpanzer je nach Divisionstyp um 18,4 Prozent bzw. um 39,8 Prozent verringert²⁰⁾; ein Kriterium für Nichtangriffsfähigkeit liegt jedoch darin nicht. Auch der Übergang zur „Norm“-Division von vier MotSchützenregimentern mit je 40 Kampfpanzern (gemäß Aussage von Marschall Viktor Kulikov in Wien am 29. Mai) mit einem Verzicht auf offensivfähiges Pioniergerät und Kampfhubschrauber kann nur als Indiz für die Verringerung an Stoßkraft dienen. Andererseits erscheint der mögliche Trend, wonach ein vorwiegend mit Kampfschützenpanzern und Selbstfahrlafetten-Artillerie ausgestattetes sowjetisches Heer künftig mehr Angriffsfähigkeit als bis-

her in Mitteleuropa entfalten könnte, überzeichnet²¹⁾.

Damit rückt ein weniger bedrohliches Kampfmittel als der bisher als Hauptbedrohung angesehene Kampfpanzer in den Mittelpunkt der Betrachtung, wogegen ins Treffen geführt werden mag, daß die NATO dagegen leichter Abwehrmaßnahmen ergreifen kann als gegen die Panzerbedrohung und daß es vor allem auf die Organisation und Ausstattung dieser Großverbände ankommen wird, ob man diesen eine höhere Offensivfähigkeit gegenüber Westeuropa als bisher zusprechen kann.

Vor allem aber liegen zahlreiche Indizien vor, wonach sich die sowjetische Volkswirtschaft in der größten Krise ihrer Geschichte befindet, was sich unweigerlich negativ auch auf die Rüstungsindustrie und damit auf die künftige Ausstattung der Streitkräfte auswirkt. Man kann davon ausgehen, daß die Belastung der sowjetischen Volkswirtschaft durch die Wehrausgaben im weitesten Sinne im Laufe der Jahre so enorm gestiegen ist, daß nur mehr radikale Einsparungen im Wehr- und Rüstungsbereich sowie tiefgreifende Umschichtungen der Ressourcen Erfolg versprechen.

Ohne auf die zahlreichen Abhandlungen über die negativen Auswirkungen der sowjetischen Wehraufwendungen einzugehen²²⁾, sei nur auf einige

¹⁸⁾ Zur geplanten Endgliederung der ungarischen Armee vgl. Istvan Gyarmati, A Hungarian Security Policy for the 1990s, in: Defense & Disarmament Alternatives, April 1990, S. 3f. Neben diesen Maßnahmen wird eine Reduktion auf nur zwei Korps mit je vier Kampfbrigaden westlich und ostwärts der Donau, darüber hinaus ein Jagdflugzeug- und ein Hubschrauberregiment als zentrale Eingreifreserve in Zentralungarn vorgeschlagen, während die nicht erfaßten Wehrpflichtigen in Territorialbataillonen zusammengefaßt werden.

¹⁹⁾ Vgl. „In Polen weitere Truppenvermindierungen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Januar 1990, S. 3.

²⁰⁾ Vgl. „Sowjetunion/Warschauer Pakt: Truppenreduzierung und Rüstungskontrolle“, in: Österreichische Militärzeitschrift (ÖMZ), (1989) 4, S. 332–334, hier S. 333.

²¹⁾ Vgl. Lutz Unterseher, . . . der Osten macht ernst, in: Sicherheit und Frieden, (1989) 4, S. 248–251, hier S. 251.

²²⁾ Vgl. etwa Hans-Henning Schröder, Wirtschaft und Rüstung in der Sowjetunion, in: Soldat und Technik, (1988) 7, S. 383–387; ders., Kürzung der sowjetischen Militärausgaben und Ansätze zur Konversion, (BIOST 57/1989), Köln 1989; Friedrich Korkisch, Wirtschafts- und Streitkräftereduzierung, in: ÖMZ, (1989) 3, S. 249–252.

Größenrelationen verwiesen: Man nimmt an, daß das sowjetische Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur mehr ca. ein Drittel des amerikanischen — bei aller Problematik der Umrechnung — beträgt; rechnet man ca. 280 bis 320 Mrd. Dollar Verteidigungsausgaben für die UdSSR im Jahre 1989 (unter Berücksichtigung der zahlreichen „versteckten“ Ressourcen), so entspräche dies einem Anteil der Wehrausgaben von derzeit ca. 15 Prozent am BIP — ein Wert, der auch von der CIA im Großen und Ganzen als zuverlässig angegeben wird²³). Die entsprechenden Quoten für die USA und die Bundesrepublik betragen ca. 5,5 Prozent und 2,5 Prozent am BIP. Die erstmals vorgelegte aufgeschlüsselte Summe der sowjetischen Wehrausgaben für 1989 (77,3 Mrd. Rubel) liegt zwar bedeutend über den bisher gewohnten Veröffentlichungen, darf aber nur als Gegenwert für die Wehrausgaben im „engeren Sinne“, gelten, die erst dann korrekt überprüft werden können, wenn alle Ressorts ihre verteidigungsrelevanten Budgetansätze offenlegen. Im Juni 1990 nannte der sowjetische Staatspräsident sogar einen Anteil der Wehrausgaben von bis zu 18 Prozent des Volkseinkommens.

Die zahlreichen sonstigen Mißstände der sowjetischen Volkswirtschaft, darunter der rapide Rückgang der Produktivität, das zunehmende Budgetdefizit, das Wachstumstief, in das die Wirtschaft seit etwa Mitte der siebziger Jahre geraten ist, die abnehmende Arbeitsmoral, vor allem die auf eine Katastrophe zusteuernde Versorgungslage²⁴) und nicht zuletzt die nationalen Erosionserscheinungen lassen einen Modernisierungsschub bei den Streitkräften, selbst bei deutlich reduzierten Beständen, so gut wie ausgeschlossen erscheinen. Die zahlreichen von der Verringerung der Streitkräfte ausgelösten sozialen und psychopolitischen Erscheinungen — so suchen über 160 000 Familien von Offizieren und Unteroffizieren der aufzulösenden Verbände eine Wohnung²⁵) — lassen kurz- und mittelfristig viel eher auf einen weiteren Bedeutungsverlust der Streitkräfte und auf eine Verschärfung der Sinnkrise schließen.

Nicht umsonst ist seit Ende 1988 eine heftige Kontroverse um die Einführung einer Berufarmee im Gange; nicht umsonst wird seit Mai 1990 die Gesetzesvorlage zur Einführung eines Wehrersatzdienstes beraten, um den drohenden Zerfall der Streitkräfte durch zentrifugale, nationalistische Tendenzen aufzufangen. Die Ankündigung, eine verkleinerte, dafür aber hochmoderne Armee auf-

zubauen, die eine höhere Kampfkraft besitze, kann daher in erster Linie nur als Mittel zur leichteren Verträglichkeit des verordneten Schrumpfungsprozesses gegenüber den Militärs gelten. Dazu kommen die hochgespannten Erwartungen, die in den angelaufenen Prozeß der „Rüstungskonversion“ gesetzt werden und deren Erfolg noch keineswegs gesichert ist: Während 1989/90 etwa 40 Prozent der von den Rüstungsbetrieben erzeugten Güter für den zivilen Gebrauch vorgesehen sind, soll dieser Anteil bis 1995 auf 60 Prozent steigen²⁶).

Schon dieser ambitionierte Umstrukturierungsprozeß macht das Erfordernis einer prinzipiellen, mit Opfern verbundenen Verlagerung der Ressourcen deutlich, so daß von einem künftigen Qualitäts- und Modernisierungsschub in den Streitkräften höchstens in einigen wenigen Teilbereichen die Rede sein kann. Die überraschende Ankündigung von Verteidigungsminister Jasow Anfang Juni 1990 — Übergang zu einer 18monatigen Wehrpflicht, später zu einer Armee, die überwiegend aus Berufs- und Zeitsoldaten bestehen soll — zeigt, unter welchem Anpassungsdruck die Streitkräfteführung steht²⁷). Die angestrebte Reduzierung der Rüstungsproduktion um 19,5 Prozent bis Ende 1990 spricht ebenfalls eine deutliche Sprache.

Unter diesen Auspizien kann man die Führungsmacht Sowjetunion im Sommer 1990 tatsächlich nur mehr als „Koloß auf tönernen Füßen“ betrachten, und unter diesen Umständen gewinnt die Neuorientierung der noch dem Warschauer Pakt angehörenden Staaten Ostmitteleuropas im Rahmen einer künftigen Architektur Europas neue sicherheitspolitische Qualitäten. Wenn auch inzwischen nur Ungarn offiziell den Austritt aus dem Warschauer Pakt ins Auge faßt, kann man mittelfristig durchaus von einer sich anbahnenden Neukonstellation sprechen. Dem Versuch Anfang Juni 1990, dem Warschauer Pakt eine neue tragende politische Basis zu geben, kommt nur eine retardierende Bedeutung zu. Neben der sich abzeichnenden De-facto-Auflösung des östlichen Bündnisses und dem Bedeutungsverlust des COMECON ist auch die völkerrechtliche Möglichkeit eines Außerkrafttretens auf Grund des Eintritts von auflösenden Bedingungen vorstellbar. In erster Linie kommt hier das Rechtsinstitut des „Wegfalls der Geschäftsgrundlage“ („*clausula rebus sic stantibus*“) in Betracht²⁸).

Die Ereignisse in der Sowjetunion, insbesondere die Ergebnisse des XXVIII. Parteitages (2. bis 13. Juli), die eine wesentliche Veränderung in der

²³) Siehe dazu die Kontroverse zwischen James E. Steiner und Franklyn D. Holzman, in: *International Security*, Frühjahr 1990, S. 185—199, hier S. 190.

²⁴) Vgl. Hans-Hermann Höhmann, *Durch Krisen aus der Krise? Sowjetische Wirtschaft im fünften Jahr der „Perestrojka“*, in: *Truppenpraxis*, (1989) 5, S. 494—497, hier S. 495.

²⁵) Vgl. *Krasnaja Svesda* vom 26. Januar 1990, S. 2.

²⁶) Vgl. „Probleme und Erfolge der Konversion“, in: *Sowjetunion heute*, (1990) 2, S. 51.

²⁷) Vgl. „Jasow plant große Militärreform“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Juni 1990, S. 7.

²⁸) Vgl. Karl-Heinz Gimmler, *Rebus sic stantibus*. Das real existierende Warschauer-Pakt-System und völkerrechtliche Möglichkeiten seiner Beendigung, in: *Truppenpraxis*, (1990) 3, S. 240—246, hier S. 242.

Zusammensetzung des Zentralkomitees und des Politbüros brachten, aber auch der neuerliche Streik der Bergarbeiter im Donbass zeigten, welcher Zerreißprobe das sowjetische Imperium entgegengeht. Die Versorgungskrise und die Abspaltungsbewegung der einzelnen Nationalitäten, nicht zuletzt die blutigen Ausschreitungen in Tadschikistan und Usbekistan im Juni 1990 haben solche Ausmaße erreicht, daß die Führungsspitze immer mehr von der katastrophalen Entwicklung im Innern in Anspruch genommen wird; somit setzt sich fast zwangsläufig der Machtverfall in den auswärtigen Beziehungen fort. Die Äußerung Gorbatschows vom 13. Juli, an der Schwelle zu einem Mehrparteiensystem zu stehen, bietet noch keine Gewähr für die Einführung eines Wirtschaftssystems nach westlichem Muster. Die Eingestndnisse des Verteidigungsministers über tiefgreifende Mißstände in der Armee verdeutlichen u. a., wie weit diese von der Krise der Partei betroffen ist, wobei man sich noch immer weigert, den Forderungen nachzugeben, die den völligen Verzicht auf den Einfluß der KPdSU in den Streitkräften zum Inhalt haben^{28a)}.

Selbst wenn man an einer stark verminderten weiteren Lebensfähigkeit des Warschauer Paktes festhält, so erscheint eine solche nur auf Grund einer vollen Entscheidungsfreiheit der einzelnen Mitglieder denkbar²⁹⁾. Bei Einräumung einer solchen Ent-

scheidungsfreiheit ist aber viel eher mit einer noch rascheren Hinwendung dieser Staaten in Richtung EG bzw. zu einem Status der Neutralität zu rechnen. Wenn daher von manchen Beobachtern der Machtverfall des östlichen Bündnisses unter Hinweis auf eine zu befürchtende Destabilisierung Osteuropas bedauert wird, so kann dem nur entgegenet werden, daß es keineswegs im Sinne der NATO gewesen ist, sich mit der militärischen Stärke der Gegenseite und den damit verbundenen, letztlich aggressiven Intentionen auf Dauer abzufinden. Es erscheint also durchaus natürlich, über den politischen und militärischen Machtverfall des sowjetischen Imperiums – mit der Folge der demokratischen Öffnung – mehr Genugtuung zu zeigen, als dies in der Öffentlichkeit des Westens zumeist geschieht³⁰⁾.

Die bequeme Gewöhnung an einen nunmehr seit 35 Jahren bestehenden Zustand sollte nicht vergessen machen, daß die NATO immer wieder die bedrohliche konventionelle und nukleare Überlegenheit des östlichen Bündnisses betont hat. Sollte man gar am Ende das Schrumpfen bzw. das Verschwinden dieser Bedrohlichkeit unter Hinweis auf eventuelle Unwägbarkeiten als neue Bedrohung empfinden? Sollte man nicht besser daran gehen, aus der „sicherheitspolitischen Konkursmasse“ tragbare Elemente für ein künftiges besseres „gemeinsames Haus“ zu gewinnen?

V. Die Truppenabbauverhandlungen und die Suche nach Verbesserung der Sicherheit in Europa

Der gegenwärtige Stand der „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (VKSE oder auch CFE: Conventional Forces in Europe) ist von weitgehender Einigung in grundsätzlichen Fragen, aber auch vom Dissens in schwierigen Einzelheiten gekennzeichnet. Zu den grundsätzlichen Konsensbereichen zählt die Absicht, die konventionelle Stabilität und Sicherheit in Europa zu erhöhen, die „Invasionsfähigkeit“ und die Fähigkeit zur strategisch-operativen Überraschung zu beseitigen. Auch das Bestreben, langfristig zu einer Defensiv-

orientierung der Militrdoktrinen und auch bei den Groverbnden zu gelangen, ist nicht umstritten. Seit dem 14. Dezember 1989 liegen die Vertragsentwürfe beider Paktgruppen vor³¹⁾.

Übereinstimmung herrscht bei der Festlegung einer zahlenmäßigen Obergrenze bei Kampfpanzern mit je 20 000 pro Bündnis – davon je 16 000 in aktiven Verbänden – im Gesamtraum des Mandatsgebietes (Europa zwischen dem Atlantik und dem Ural-Fluß unter Einschluß der Atlantikinseln, jedoch unter Aussparung des Sdostteils der Türkei). Des weiteren herrschte zeitweise Konsens bei den gepanzerten Gefechtsfahrzeugen („Armoured combat vehicles“) mit je 28 000 pro Bündnis, von denen nur je 12 000 zur Unterkategorie der Schützenpanzer zählen sollten. Allerdings kreisten die Differenzen um die Subsumtion der sogenannten „leichten Panzer“, die auf Vorschlag der sowjetischen Seite den „Kampfpanzern“ zugerechnet werden sollten, da man ihnen in mancher Hinsicht eine ähnliche

^{28a)} „Jasow über Veränderungen in der Sowjetarmee“; in: Neue Zürcher Zeitung vom 6. Juli 1990, S. 1. Die Forderung nach Einfluverzicht der Partei wurde vor allem von den streikenden Bergarbeitern in Donez-Becken Anfang Juli erhoben.

²⁹⁾ Vgl. Manfred Backerra, Der Warschauer Pakt. Noch lebensfähig?, in: Information für die Truppe, (1990) 5, S. 40–53, hier S. 53. Zu den verschiedenen Optionen des östlichen Bündnisses vgl. auch Joachim Krause, Welche Perspektiven hat der Warschauer Pakt? (unveröffentlichtes Manuskript), Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1990.

³⁰⁾ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Auf dem Weg zum post-kommunistischen Europa, in: Europa-Archiv, (1989) 11, S. 319–330, hier S. 326.

³¹⁾ Zu den Texten der Vertragsentwürfe vgl. BASIC Report from Vienna, ed. British American Security Information Council, London–Washington D. C., 15. Januar 1990.

Kampfkraft wie den Kampfpanzern zuschrieb, und man außerdem argwöhnte, daß die NATO im Falle einer Ausklammerung dieser Unterkategorie künftig eine unangenehme zahlenmäßige Überlegenheit in diesem Bereich erlangen könnte.

Die NATO-Staaten haben daher schon am 12. Dezember 1989 einen Ergänzungsvorschlag unterbreitet, wonach die Obergrenze von „gepanzerten Gefechtsfahrzeugen“ auf je 30 000 angehoben und dafür die Unterkategorie der „leichten Panzer“ dieser Hauptkategorie unterworfen werden sollte. In der Frage der Kampfpanzerdefinition hat man im Laufe des Frühjahrs 1990 informell weitgehende Übereinstimmung erzielt. Der am 14. Juni 1990 von der polnischen und französischen Delegation präsentierte Kompromißvorschlag legt bei den Kampfpanzern ein Minimalgewicht von 16,5 t, bei den gepanzerten Gefechtsfahrzeugen eine Obergrenze in Europa von je 30 000 und eine solche für Schützenpanzer und schwere Unterstützungsfahrzeuge von je 18 000 fest; die Zwischenobergrenze für diese Unterstützungsfahrzeuge soll bei je 1 500 liegen. Die endgültige Einigung in der Definition der „Kampfpanzer“ und der „gepanzerten Gefechtsfahrzeuge“ erfolgte schließlich am 27. Juni, womit ein wesentlicher Schritt in Richtung Vertragsabschluß getan wurde³²⁾.

Ein weiterer wichtiger Konsens betrifft die Festlegung der Obergrenze bei den Kampfhubschraubern mit je 1 900 pro Bündnis, obwohl noch keine Übereinstimmung in der Definition dieses Waffensystems erzielt worden ist. Die weitaus größten Schwierigkeiten bereitet jedoch die Ermittlung einer Obergrenze bei den „Kampfflugzeugen“. Sowjetischerseits wurde zwar der Kompromiß eingeräumt, wonach alle Jagdbomber, Erdkampfflugzeuge, Jäger, Aufklärer und ECM-Flugzeuge (für elektronische Stör- und Abwehrmaßnahmen) der „Frontfliegerkräfte“, d. h. der taktischen Fliegerkräfte in den Vorfeldstaaten und in den Militärbezirken, zu berücksichtigen wären; die Abfangjäger der Heimatluftverteidigung wurden anfangs zur Gänze ausgeklammert, da man sie als reine Verteidigungsmittel deklarierte.

Anfang Februar 1990 kam es zu einer teilweisen Einigung: Beide Seiten akzeptierten eine Obergrenze bei „Kampfflugzeugen“ in Europa von je 4 700, wobei gemäß NATO-Intention eine separate Obergrenze von je 500 Jagdflugzeugen zu gelten hätte. In diesem Vorschlag waren auch die mittleren Bomber und die landgestützten Marineflugzeuge eingeschlossen, wogegen die Frage der schweren Bomber einer gesonderten Regelung unterworfen werden sollte. Die sowjetische Seite ver-

langte hingegen die Konzession einer separaten Obergrenze für die Jagdflugzeuge der Heimatluftverteidigung von 1 500³³⁾ sowie für ca. 1 600 kampffähige Schulflugzeuge; die offiziellen sowjetischen Angaben sprachen von ca. 1 800 Abfangjägern der Heimatluftverteidigung (PVO).

Im Lichte der sicherheitspolitischen Entwicklung bis zur Jahresmitte 1990 erklärt sich das Beharren der Sowjetunion auf ihren bisherigen Positionen dadurch, daß man nur mehr wenig „Verhandlungsmasse“ besitzt, um die rapiden Veränderungen der strategischen Landkarte in Mitteleuropa auszugleichen: Der seit dem 31. Mai planmäßig beendete Abzug von fast 26 000 Mann, 551 Kampfpanzern und 409 Artilleriegeschützen aus der ČSFR und der laufende Truppenabzug aus Ungarn dürften ein „Festkrallen“ an den letzten noch bestehenden Forderungen bewirken: So wurde etwa seitens Marschall Kulikovs Ende Mai nochmals die Einbeziehung der Seestreitkräfte samt den seegestützten Marineflugzeugen in die VKSE verlangt, und nicht von ungefähr fordert die sowjetische Delegation in Wien seit Februar 1990 eine „kollektive Obergrenze“ von je 700 000 bis 750 000 Mann in Mitteleuropa unter Einbeziehung sämtlicher NATO-Verbündeten.

Eine Reduktion der sowjetischen und amerikanischen Truppen in Mitteleuropa gemäß der im Februar vereinbarten Obergrenze von je 195 000 Mann würde ein NATO-Potential zulassen, bei dem allein die Kräfte der Bundeswehr (unter den derzeitigen Bedingungen) und der 7. US-Armee zusammen fast schon 690 000 Mann ergäben. Allerdings liegen Entscheidungen vor, daß die Bundeswehr ihren Umfang noch 1990 auf etwa 400 000 Mann durch die Verkürzung der Wehrdienstzeit auf zwölf Monate verringern wird. Der Zivildienst soll künftig nur mehr 15 Monate betragen. Auch von britischer, belgischer und niederländischer Seite bestehen Tendenzen zum Abzug bzw. zur Verringerung der Stationierungstruppen. Demgegenüber kann die Sowjetunion nur mehr die „Westgruppe“ in der DDR und die „Nordgruppe“ in Polen in die Waagschale werfen, da alle Vorfeldstaaten politisch die Annäherung an den Westen suchen. Daher findet man seit dem Spätwinter 1989 immer wieder die sowjetische Forderung nach drastischer Reduzierung der Bundeswehr, nicht zuletzt im Hinblick auf ein zu erwartendes Verschmelzen der Streitkräfte beider deutscher Staaten. Dies alles sind eindeutige Zeichen einer Macht, die aus einer Position der Schwäche heraus versucht, Schadensbegrenzung vorzunehmen und ihre letzten Trümpfe in einen leidlichen Kompromiß umzumünzen.

³²⁾ Vgl. „Weitere Stagnation bei den CFE-Verhandlungen“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 17./18. Juni 1990, S. 3; Süddeutsche Zeitung vom 28. Juni 1990, S. 2; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Juni 1990, S. 6.

³³⁾ Vgl. dazu ausführlich: Die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa: Die 4. und 5. Session und das „Seminar über Sicherheitskonzepte und Militärdoktrinen“, in: ÖMZ, (1990) 2, S. 151 ff.

VI. Bewahrung der Stabilität: Zum Wert oder Unwert einer „Sicherheitspartnerschaft“

Selbst das Gipfeltreffen von Washington hat trotz „atmosphärischer“ Erfolge keine Formel für die Einbettung eines wiedervereinigten Deutschland in das vielbeschworene europäische „Sicherheitssystem“ und für die Errichtung eines „Fangnetzes“ für die UdSSR gefunden (was man auch gar nicht erwartet hatte). Viel eher scheint man einer Entwicklung entgegenzusteuern, die einen fortgesetzten Zerfall des sowjetischen Imperiums, eine dramatische Zunahme der inneren Schwierigkeiten, vor allem eine dramatische Zuspitzung der Nationalitätenkämpfe in der UdSSR nach sich zieht³⁴⁾. Soll der Westen das Risiko eingehen, dieser kaum von außen beherrschbaren Entwicklung entgegenzuwirken? Welchen Sinn hätten selbst hohe Kredite für einen Staat, dem dies nur hilft, die Agonie des augenblicklichen Zustandes zu verlängern? Worin liegt der Vorteil einer „Sicherheitspartnerschaft“, bei der ein Partner, nämlich Westeuropa, der gebende, der andere Teil allein der nehmende ist, und dies angesichts einer vornehmlich selbstfabrizierten Bedrohung der UdSSR von innen heraus?

Das rasche Einschwenken von führenden Politikern innerhalb der NATO-Staaten seit Ende März 1990 auf einen Modernisierungsverzicht bei den „Lance“-Raketen sowie die beabsichtigten Verhandlungen über den Abbau von nuklearen Kurzstreckensystemen lassen erkennen, daß man Abschied von Waffen nehmen will, die neben Mitteleuropa nur Staaten Ostmitteleuropas bedrohen können, die keineswegs mehr als „kommunistisch“ anzusprechen sind. Die Überlegungen über den Verzicht auf einen nuklearen „Ersteinsatz“ lassen auf eine Änderung in der NATO-Einsatzdoktrin schließen.

Der NATO-Gipfel in London (5./6. Juli) hat die bisherigen Tendenzen bestätigt. Man will als wichtigsten Schritt die Vorneverteidigung aufgeben und die Doktrin derart verändern, daß Nuklearwaffen nur mehr die Rolle der „letzten Zuflucht“ spielen. Dies bestätigt nur, daß die Modernisierung der Kurzstreckenraketen endgültig politisch „tot“ ist und daß ein weitgehender Abzug von rund 1 470 atomaren Artilleriegranaten als beschlossene Sache gilt. Allerdings hat man keine Erklärung hinsichtlich eines Verzichts auf den „Ersteinsatz“ abgegeben, wobei die nukleare Abschreckung künftig allein von Flugzeugen und seegestützten Marschflugkörpern übernommen wird. Den Staaten des Warschauer Paktes wurde angeboten, ein gemeinsames Dokument zu unterzeichnen, das den gegenseitigen Gewaltverzicht verkündet, den beide Paktgruppen

ohnehin zu früheren Anlässen bereits erklärt haben. Diese Erklärung soll nun allen übrigen KSZE-Staaten zur Unterzeichnung offenstehen, was als entscheidender Schritt zur Überwindung des Blockdenkens gelten darf. Des weiteren wurde dem Warschauer Pakt die Aufnahme ständiger diplomatischer Verbindungen angeboten^{34a)}.

Dies alles sind Zeichen einer weitgehenden Entspannungsbereitschaft, wenn auch die NATO in der Frage der Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschland im atlantischen Bündnis keine Konzessionen gemacht hat. Nach westlichen Vorstellungen soll die Stärke der gemeinsamen deutschen Streitkräfte im Rahmen eines ersten VKSE-Vertrages bzw. im Rahmen von Folgeverhandlungen geregelt werden, nicht zuletzt deswegen, um den Eindruck einer Singularisierung Deutschlands im Streitkräfteumfang zu vermeiden. Die deutsch-sowjetische Vereinbarung vom 16. Juli bildet hierbei einen wichtigen Baustein im Gewölbe der europäischen Sicherheitsarchitektur: Die Begrenzung der Streitkräfte auf 370 000 Mann, der Verzicht auf eine Ausdehnung des NATO-Dispositivs auf das heutige DDR-Gebiet, solange der Abzug der dortigen sowjetischen Truppen (innerhalb von drei bis vier Jahren) nicht beendet ist, und der Verzicht Deutschlands auf nukleare, biologische und chemische Waffen. Dies alles mag zwar als eine bilaterale Lösung erscheinen; tatsächlich sind die Umriss dieses Fragenkomplexes schon seit geraumer Zeit sichtbar gewesen. Die einzelnen Punkte bedürfen noch der Einbindung in den KSZE-Verhandlungsprozeß.

Das im Entstehen befindliche Europa sieht sich viel ernsteren Problemen als den bisherigen militärischen Bedrohungen gegenüber, so daß sich auch die NATO offiziell vom Gebrauch des Begriffes „Bedrohungsbild“ zugunsten von „Risikoabschätzung“ distanziert hat. „Sicherheitspartnerschaft“ sollte daher vielmehr den Belastungen Rechnung tragen, die mit dem Drang der Staaten Ostmitteleuropas

³⁴⁾ Vgl. Christoph Bertram, Schienen frei nach Deutschland, in: Die Zeit vom 1. Juni 1990, S. 3.

^{34a)} Zum NATO-Gipfel vgl. Die Welt vom 7. Juli 1990, S. 1; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Juli 1990 („Aus London Friedenssignale der NATO an die Länder des Warschauer Paktes“); Die Welt vom 6. Juli 1990, S. 6 („50 000 Soldaten sind das Maximum auf dem heutigen Gebiet der DDR“). Die Planungsansätze für die Obergrenze der gemeinsamen deutschen Streitkräfte bewegen sich zwischen 300 000 und 400 000 Mann. Interessanterweise ergaben Meinungsumfragen, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik und in der DDR einer künftigen Neutralität Deutschlands viel positiver gegenübersteht, als in der offiziellen Politik zum Ausdruck kommt; 80 Prozent der DDR-Bürger und 53 Prozent der Bundesbürger würden eine Neutralität einem Verbleib im westlichen Bündnis vorziehen; 71 Prozent der DDR-Bürger und 34 Prozent der Bundesbürger sprachen sich gegen die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands aus, vgl. Die Presse vom 5. Juli 1990, S. 4.

Die beiderseitigen Obergrenzenvorschläge, Europa-Gesamt

Hauptwaffensysteme	NATO		Warschauer Pakt	
Kampfpanzer	20 000 A: 16 000	6. 3. 1989	20 000	18. 5. 1989
Artilleriegeschütze, Granat-, Mehrfach-Raketen-Werfer über 100 mm	16 500 A: 14 500	6. 3. 1989 21. 9. 1989	24 000	18. 5. 1989
Gepanzerte Gefechtsfahrzeuge (APC, AIFV, HACV) AIFV+HAVC HAVC	28 000 30 000*) 18 000 1 500	6. 3. 1989 14. 6. 1990	28 000 30 000*) 18 000 1 500	18. 5. 1989 14. 6. 1990
Kampfflugzeuge, Mittlere Bomber, Seeflugzeuge (landgestützt) gesondert: Abfängjäger (PVO)	4 700 500	8. 2. 1990 8. 2. 1990	4 700 1 500	28. 9. 1989
Kampfhubschrauber	1 900	13. 7. 1989	1 900	28. 9. 1989
Mannschaftsstärke	kein konkreter Vorschlag		1 350 000 300 000 Mann an Verbündeten außerhalb des Heimatlandes ca. 700 000 Mann (nur Mitteleuropa)	18. 5. 1989

A: in aktiven Verbänden APC: Armoured Personnel Carrier AIFV: Armoured Infantry Fighting Vehicle
HAVC: Heavy Armament Combat Vehicle PVO: Heimatluftverteidigung

*) Kompromißvorschlag der französischen und polnischen Delegation, angenommen am 27. Juni 1990.

nach Westeuropa zu tun haben, und darüber hinaus versuchen, jeder Involvierung in den Strudel der Ereignisse in der UdSSR auszuweichen³⁵⁾.

Da es letztlich wenig aussichtsreich erscheint, einem unhaltbaren Schwebezustand Unterstützung zu verleihen, kann nur die endgültige radikale Absage an den Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion mit allen daraus erwachsenden Konsequenzen Erfolg versprechen. In diesem Sinne sieht sich die sowjetische Führung einer alten Welt gegenüber, die nicht sterben will, und einer neuen, die noch nicht lebensfähig ist³⁶⁾.

Bei der Errichtung der Architektur Europas liegen die Trümpfe eindeutig auf der Seite des Westens. Da selbst von sowjetischer Seite die „Einbindung“ eines vereinigten Deutschland in die NATO seit der Übereinkunft in Moskau und Archys am 16. Juli akzeptiert wird³⁷⁾, erscheinen die wiederholten

³⁵⁾ Vgl. dazu Anonymus (Z). Über das Stalinmausoleum, in: Europäische Rundschau, (1990) 2, S. 31–72, besonders S. 70 ff.; „Soviet empire will fall, Pentagon experts predicts“, in: Washington Times vom 21. März 1990, S. 6. Ansonsten liegen noch andere, ähnlich pessimistische Einschätzungen über die kurz- und mittelfristige Entwicklung in der Sowjetunion vor; siehe etwa: Zbigniew Brzezinski, Das gescheiterte Experiment. Der Untergang des kommunistischen Systems, Wien 1989; Ernest Mandel, Das Gorbatschow-Experiment. Ziele + Widersprüche, Frankfurt/M. 1989, S. 257 ff.

³⁶⁾ Vgl. Anonymus (Z), ebd., S. 65.

³⁷⁾ Zur Vorgeschichte des sowjetischen Einlenkens in der Deutschlandfrage: Siehe etwa das Interview mit dem sowjetischen Deutschland-Experten V. Daschitschew, „Ein verein-

Forderungen nach Berücksichtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen taktisch motiviert: Ob nun vertragliche Abmachungen zwischen den beiden Paktgruppen oder bilaterale Verträge zwischen einzelnen Staaten zustande kommen oder nicht, entscheidend wird vielmehr die politische, geistige und wirtschaftliche Anziehungskraft Westeuropas sein. Man kann also durchaus die Einschätzung vertreten, daß es künftig keine deutsche Frage, sondern nur mehr eine sowjetrussische Frage geben wird.

Wenn auch ein Rückfall in den Kalten Krieg nicht völlig ausgeschlossen werden kann, so verlagert sich das Streben nach Bewahrung der „Stabilität“ immer mehr von der sicherheitspolitisch-militärischen auf eine andere Ebene: Werden die Staaten West- und Mitteleuropas die Kraft aufbringen, die mit dem Aufflammen von Nationalismen und Regionalkonflikten in Ost- und Südosteuropa einhergehenden Gefahren einzudämmen? Werden die Staaten West- und Mitteleuropas die Kraft aufbringen, um nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen Herausforderungen zu bewältigen, die mit den Erwartungen in ein neues, besseres und gemeinsames „Haus Europa“ einhergehen? Die Zeitbombe „Einwanderungs- und Asylantenfrage“ tickt lauter als die der militärischen Bedrohung Westeuropas im bisherigen Sinne.

„nigtes Deutschland im Rahmen der NATO binden“, in: Die Welt vom 20. März 1990, S. 9; ebenfalls: „Daschitschew: Kompromiß möglich“, in: Die Welt vom 20. Juni 1990, S. 6.

Eine neue Sicherheitspolitik — Chance für Europa

I. Wandel der Sicherheitspolitik in Europa

Noch vor Jahresfrist galt das Projekt Binnenmarkt '92 als alleiniger Schlüssel für eine Reform der Strukturen und Interaktionen in West-Europa. Zugleich waren damit auch der Anspruch und die Aussicht verbunden, die beiden Teile Europas näher aneinander zu rücken. Die gewonnene wirtschaftliche Kraft und Attraktivität sollten den Weg dazu bahnen. Möglich schien auch eine Verknüpfung der Sicherheitspolitik mit der geplanten wirtschaftspolitischen Entwicklung. Nicht von ungefähr wurden Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen zwischen West und Ost auch im Hinblick auf eine bewußtere Europäisierung vorangetrieben. Die Staaten West-Europas zumindest pochten auf eine stärkere Position und die Berücksichtigung ihrer Belange bei den Verhandlungen zwischen den Vormächten USA und UdSSR.

Inzwischen hat der *Umbruch in allen Staaten Ost-Europas* die genannten Vorhaben weit in den Schatten gestellt. Die Art und das Ausmaß der Ereignisse sind mit den Begriffen Wandel und Umwälzung nur unzulänglich bezeichnet. Umbruch und demokratische Revolution wirken treffender. Sind die Abläufe in Polen, Ungarn und der ČSFR schon atemberaubend zu nennen, so erfährt die Verwerfung in Ost-Europa durch die Ablösung des SED-Regimes in der DDR eine zusätzliche und besondere Qualität. Aus der Demokratisierung in der DDR ist die Vorbereitung für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten entstanden. Sie steht unmittelbar bevor; und bei aller der Dynamik innewohnenden Unkalkulierbarkeit kann vorhergesagt werden, daß es im Dezember dieses Jahres ein vereinigtes Deutschland geben wird.

Auch wenn es derzeit so scheinen mag, als verdecken die deutsch-deutschen Anstrengungen für dieses Zusammengehen alle übrigen Politikfelder — die Probleme der Sicherheitspolitik in und für Europa bleiben gleichwohl signifikant. Mehr noch, die Herausforderungen haben zugenommen: vor allem durch den neuen Status Deutschlands, seinen Stellenwert in Europa, die Beziehungen zu den Großmächten und durch die Einbindung in die NATO oder das „Konzert“ der europäischen Staaten. Es verbietet sich hier eine Vorrangposition Deutschlands und eine Nachordnung Europas. Die Sicherheitspolitik in und für Europa erfährt ihre neue Gestalt durch den Aufbau eines geeinten Europas. Den Anstoß dazu bietet die weitgehend unerwar-

tete Revolution in Ost-Europa; sie ist die Chance schlechthin. Revolutionäre Entwicklungen oder radikale, neue Strömungen müssen aber nicht nur als solche erkannt werden; sie müssen auch genutzt werden.

Ein wesentliches Verdienst für diesen Prozeß kommt zweifellos dem Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, zu. Aus der Erkenntnis, daß das sowjetische System in seiner Starrheit keinen Fortschritt im Inneren und keine Entspannung der Außenpolitik zuließ, wagte er deren Reform. Derzeit scheinen die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, alle weiteren Entwicklungen zu ersticken. Das Bemühen der drei Balten-Staaten um Selbständigkeit, die Bürgerkriege in den südlichen Sowjetrepubliken, der Widerstand der Orthodoxen in der KPdSU sowie die desolante Wirtschaft gefährden die Wandlung der UdSSR. Ihnen stehen gegenüber die Ergebnisse der Verhandlungen mit den USA über Rüstungskontrolle bei den strategischen Nuklearwaffen und die Politik in Ost-Europa, die eine Liberalisierung der Beziehungen erst anstieß. Hierin liegt der wirkliche Ursprung für den Wandel in Europa. Aus diesem Grund besteht auch eine Verpflichtung des Westens, die Politik Gorbatschows zu unterstützen.

Wirtschaftliche Hilfe ist dabei nur ein, wenn auch wichtiger und wirksamer Aspekt. Mehr noch wird sie gestützt durch eine maßvolle Sicherheitspolitik, die die Interessen der Sowjetunion in zweierlei Hinsicht berücksichtigt: Zum einen bedarf es der Respektierung der UdSSR als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges, zum anderen sind Stellung und Potential der UdSSR zu beachten. Widrigenfalls tauchen zwei Gefahren auf: Einerseits werden die Innen- und Wirtschaftspolitik, vor allem das Bemühen um Hebung des Lebensstandards in der UdSSR nicht nur gefährdet, sondern blockiert. Daraus ergäbe sich andererseits für die Sowjetunion wahrscheinlich der Zwang zu einer Politik der Konfrontation zwischen Ost und West — mit unübersehbaren Folgen. Instabilität und eine neue Rüstungsspirale würden zu einer weiteren Ära des Kalten Krieges führen. Beide Gefahren gilt es zu vermeiden.

In diesem Sinne ist auch der Zustand der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) zu beurteilen. Es ist keineswegs verwegen, zu behaupten, daß die WVO nach dem Herbst/Winter 1989 nicht nur brüchig, sondern handlungsunfähig geworden ist —

gemessen an dem monolithisch wirkenden Erscheinungsbild, das sie bis dahin geboten hat. Auch nach der Umwälzung in Ost-Europa besitzt die WVO unverändert ein großes militärisches Potential; es kann aber nicht mehr funktionieren, da die einheitlichen politischen und strategischen Vorgaben fehlen. Überdies bleibt es zweifelhaft, ob dieses Bündnis jemals so stark integriert und in dem vermuteten Maße politisch wie militärisch aktionsfähig und schlagkräftig war. Es darf heute mehr denn je angenommen werden: Der Zusammenhalt zwischen der Sowjetunion und den zu Glacis-Staaten degradierten Verbündeten wurde zuallererst mit Hilfe von Divisionen der Roten Armee gewährleistet. Alle übrigen Instrumente reichten nicht aus, um das Aufbegehren einzelner Staaten zu ersticken. Dieses gelang immer nur durch den sofortigen und unnachgiebigen Einsatz von Streitkräften. Von daher war jede Bedrohungsanalyse falsch, die von der Annahme ausging, die WVO wäre insgesamt in der Lage und willens gewesen, geschlossen anzugreifen.

Heute sind zu diesen Unzulänglichkeiten weitere Schwächen hinzugekommen. Abgesehen von der nicht zu erwartenden einheitlichen Willensbildungsfähigkeit sind gemeinsame militärische Aktionen schon gar nicht mehr möglich. Das Rückzugsprogramm für die Rote Armee aus Ungarn und der ČSFR sowie die Funktionsunfähigkeit der NVA der DDR haben die WVO von innen ausgehöhlt. In den übrigen Staaten haben Streitkräfte auch aufgrund der wirtschaftlichen Situation nur noch eine untergeordnete Rolle inne. Allenfalls in Rumänien müssen sie im negativen Sinne eine das Regime erhaltende Aufgabe übernehmen. Die Armeen sind folglich als nationale Instrumente zu verstehen. Damit verbunden ist zugleich auch eine bisher nur latent vorhandene und selten angesprochene Gefahr, nämlich die eines Neo-Nationalismus. Sie reicht – bei allem Verständnis für die Balten – von Litauen über die Ukraine bis zum Konflikt zwischen Ungarn und Rumänien. Entsprechend sind weitere Konflikte zu erwarten, wenn der Prozeß der Selbstfindung und -bestimmung vorangeschritten ist und Raum läßt für eine stärkere Betonung der nationalen Eigenständigkeit. Dieser Tendenz kann nur begegnet werden, wenn es rechtzeitig gelingt, ein konfliktregulierendes Sicherheitssystem in und für Europa zu installieren. Ein europäisches Sicherheitssystem, für das der bisherige Ost-West-Konflikt schon Geschichte geworden ist!

Die Anforderungen, die sich aus dieser Konstellation und Zielsetzung ergeben, richten sich an das andere und unverändert funktionsfähig scheinende Bündnis, die NATO. Hinzu kommen aber auch Ansprüche aus der Allianz selbst. Im Vergleich zur WVO könnte der NATO Vitalität und Geschmeidigkeit attestiert werden; sie hat den Wandel offenbar besser überlebt. Die NATO hat sich im Laufe

der Zeit zweifellos nachhaltiger zu einem „politischen Club“ gemausert; sie ist dadurch reaktionsfähiger geworden gegenüber politischen Umschichtungen. Ebenso sicher ist aber auch, daß jetzt der NATO zuvor unbekannte Herausforderungen ins Haus stehen. Sie werden ihren Ursprung im wesentlichen im Innengefüge der Allianz haben: Die Streitkräfte der NATO müssen abgespeckt werden; ein Weiterrüsten wie bisher ist nicht möglich. Die bisherigen Ressourcen sind nicht mehr vorhanden, und die noch zur Verfügung stehenden können nicht mehr im bisherigen Umfang genutzt werden. Zum einen wird die politische Zustimmung ausbleiben, zum anderen werden die Mittel dringend benötigt, um den Staaten in Ost-Europa zu helfen und eine schnelle Stärkung der Wirtschaft zu erreichen. Demzufolge sind Richtungsänderungen und ein neues Konzept für die NATO zu formulieren, um den Anforderungen von außen und den Ansprüchen von innen zu begegnen.

„NATO was nun?“¹⁾ lautet die berechtigte Frage, deren Antwort zweifellos mehr als die allgemeinen sieben Punkte des Verteidigungsministers der Bundesrepublik vom Februar 1990 umfassen muß²⁾. Die Geschehnisse in der Sowjetunion und in Ost-Europa überlagern die Suche nach Konzepten. Dieser Wandel erfordert nicht nur Reaktionen herkömmlicher Natur. Es gibt eine tiefgreifende Herausforderung: Das eigene System muß sich ebenfalls wandeln; es kann nicht länger den bisher gültigen Handlungsrichtlinien vertrauen. Sie sind überholt, weil sie für eine andere Staaten- und Konfliktkonstellation sowie für ein anderes militärstrategisches Szenario galten. Demnach muß die bisherige Logik der Abschreckung aufgegeben werden. Eine neue Bestimmung der Aufgaben ist unausweichlich. Entsprechend wird sich bei dieser notwendigen Neuorientierung dann herausstellen, ob die NATO nicht ebenso brüchig ist wie die WVO, und ob ihre Geschmeidigkeit ausreicht, einen Wandel von bisher unbekanntem Ausmaß zu bewältigen. Abgesehen von den politischen und militärischen Notwendigkeiten wird dieser Umbauprozess noch befrachtet mit der anstehenden Vereinigung Deutschlands und den damit einhergehenden Belastungen und meist ungeklärten Zwängen.

1) Vgl. Wolfram von Raven, NATO was nun?, in: Europäische Wehrkunde (EWK), (1990) 3, S. 132.

2) Siehe dazu Gerhard Stoltenberg, Die Transatlantische Allianz: Lebenswichtiger Faktor der Zukunft, in: ebd., S. 140. Stoltenberg faßt die neuen „Aufgaben für die NATO zur Gestaltung der Freiheit“ in sieben Punkte, die gekürzt wie folgt lauten: 1. Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit; 2. Rahmen für Dialog, Verhandlungen und Kooperation; 3. politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit; 4. Ausgestaltung und Überwachung des gegenwärtigen Rüstungskontrollprozesses; 5. erweiterter sicherheitspolitischer Dialog; 6. Ausbau und Festigung der Europäischen Gemeinschaft; 7. Sicherung der amerikanischen Mitwirkung in Europa.

Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben auf ihrer jüngsten Gipfelkonferenz in London am 7. Juli dieses Jahres in der „Londoner Deklaration über die gewandelte Nordatlantische Allianz“ die Weichen für mehr Beweglichkeit in einer gewandelten Sicherheitsstruktur in Europa gestellt. In sieben Bereichen wird eine Richtungsänderung angestrebt. So soll eine gemeinsame Nichtangriffserklärung mit der WVO vereinbart werden. Überdies soll Präsident Gorbatschow eingeladen werden, vor der NATO in Brüssel zu sprechen. Die deutschen Streitkräfte erfahren eine Limitierung während der nächsten Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte. Des weiteren ist vorgesehen, die konventionellen Streitkräfte umzustrukturieren und die nuklearen Waffen zukünftig als „letztes Mittel“ in der Abschreckung zu verstehen. Diese Vorhaben werden eingebunden in eine Änderung der NATO-Strategie, die eine Abkehr von der Vorverteidigung und eine Modifizierung der *flexible response* beinhalten wird. Zur allgemeinen Steuerung soll die KSZE mit einer entsprechenden größeren Organisation versehen werden³⁾. Dieser Einstieg in eine Politik der Bewegung zwischen den Blöcken läßt hoffen, obwohl gerade die latenten Vorbehalte seitens Frankreichs und Großbritanniens nicht übersehen werden dürfen, zumal diese

auch herrühren aus der Vermutung, Deutschland würde in dieser Konstellation einen neuen, vorteilhafteren Status ihnen gegenüber und in Europa insgesamt gewinnen.

Die Staaten in Europa stehen vor einem riesigen Berg von Problemen. Sein wahres Ausmaß wird derzeit noch durch den Nebel der Euphorie und der berechtigten Freude über die Ablösung des „realen Sozialismus“ verdeckt. Aber der Nebel lichtet sich, die Hindernisse, Ecken und Kanten werden sichtbar. In der Sicherheitspolitik müssen deshalb die Planungen für deren Überwindung und die praktische Umsetzung begonnen werden. Die Aufgabe verlangt eine gemeinsame Anstrengung aller Staaten Europas in Verbindung mit den USA und der UdSSR. Als Vorgabe für die im folgenden anzustellenden Überlegungen bietet sich ein Merksatz von Wolf Graf von Baudissin an: „Ich glaube, wir sollten unsere politische Phantasie auf ein großes pluralistisches Europa richten, das Sicherheit für alle vor allen bietet und in dem diejenigen, die, aus welchen Gründen auch immer – jedenfalls nicht nur durch eigene Leistung –, besser weggekommen sind, bereit sind, flankierende Hilfestellung für jede gewünschte und selbstbestimmte Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zu leisten.“⁴⁾

II. Sicherheitspolitik als Instrument für eine Einigung Europas

Die Ablösung der bisherigen Ära der Sicherheitspolitik erfordert von den Verantwortlichen Geschick und Einfühlungsvermögen. Deutlich wird bei einer Aufzählung der anstehenden Probleme und Bedingungen, daß die Interdependenzen und Strukturen selten so komplex waren. Gleichzeitig wird erkennbar, daß die Sicherheitspolitik mit ihren Dimensionen Politik, Wirtschaft, Militär, Gesellschaft und dem Feld gesamtpsychologische Situation⁵⁾ so beweglich sein muß, daß sie auf jede Veränderung angemessene Reaktionsmuster bereithalten kann. Noch ein weiterer Aspekt scheint durch die Veränderungen in Ost-Europa bewiesen: Militärische Regularien sind in Zukunft weitaus weni-

ger als bisher gefragt; Politik, Gesellschaft und die Beeinflussung der psychologischen Lage dominieren letztendlich. Wirtschaftliche Maßnahmen stehen im Mittelpunkt; Streitkräfte dienen allenfalls als begleitendes Element. Entsprechend sind auch für die anstehenden Aufgaben die Rangfolgen zu wählen.

Sicherheitspolitik wird also nicht die Vorreiterrolle spielen für eine Einigung Europas; sie wird aber als ein komplementäres Instrument gebraucht. Sie soll und muß dazu beitragen, die Bindungen und Prioritäten in Europa zu ordnen, und sie muß helfen, Fehlentwicklungen zu vermeiden. An erster Stelle steht dabei, daß Sicherheitspolitik Mechanismen bereithält, die für eine Konfliktregelung zwischen den Staaten Europas taugen und darüber hinaus angemessen sind für Beiträge zur Stabilisierung in Nachbarregionen. Es wäre nämlich irrig, anzunehmen, daß es konfliktarmen Zeiten entgegengeht. „Im Gegenteil: mit zunehmenden Kontakten und Interdependenzen werden sich die Konflikte mehreren.“⁶⁾ Die aus dem Wegfall des gewohnten Feindbildes⁷⁾ sich ergebende „Richtungsänderung“ muß zwangsläufig gewandelte Ansprüche, Mittelein-

³⁾ Vgl. Winfried Münster, Allianz reformiert Verteidigungsdoktrin. Freundschaftsangebot an den Osten, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 7. Juli 1990, S. 1; siehe auch: „Wir reichen die Hand zur Freundschaft“, Auszüge aus dem Abschluß-Communiqué des NATO-Gipfels in London, ebd., S. 9; R. W. Appel jr., NATO Offers Moscow New Design For Europe, in: International Herald Tribune vom 7./8. Juli 1990, S. 1, 5; The London Declaration, ebd., S. 5; Karl Feldmeyer, Aus London Friedenssignale der NATO an die Länder des Warschauer Pakts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 7. Juli 1990, S. 1 f.

⁴⁾ Wolf Graf von Baudissin, Zu sicherheitspolitischen Fragen, Manuskript vom November 1989, S. 10.

⁵⁾ Siehe dazu Franz H. U. Borkenhagen, Kriterien für einen militärischen Strategie- und Strukturwandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/86, S. 16.

⁶⁾ W. Graf von Baudissin (Anm. 4), S. 3.

⁷⁾ Vgl. ebd.

sätze, Abläufe und Schwerpunkte für Planung und Struktur zur Folge haben. So wie es verfehlt wäre, wenn die bisherigen Gewohnheiten und Aufgabenraster ohne weiteres auf die neuen Verhältnisse übertragen würden, so wäre es genauso wenig förderlich für den Aufbau einer neuen Sicherheitspolitik für Europa, wenn der demokratischen Revolution ein übergangsloser Bruch der bisherigen Sicherheitsstrukturen folgen würde. Es wäre kaum zu verkraften, weder organisatorisch und noch viel weniger politisch und wirtschaftlich⁸⁾.

Als Wegweiser für einen Übergang von der alten blockgebundenen zur neuen europäischen Sicherheitspolitik stehen drei Zielvorgaben oben an:

1. *Kollektive Konfliktregulierungsfähigkeit*: Sie ist als das Instrument eines europäischen Krisenmanagements gefördert, den Interessenausgleich zwischen den Staaten Europas so zu regulieren, daß aus Konflikten nicht Konfrontationen entstehen. Dazu werden neben allen anderen Mitteln aus Politik und Wirtschaft unverändert Streitkräfte notwendig sein, allerdings mit geänderten Aufgaben- und Zuständigkeitsbereichen.

2. *Strategische Stabilität*: Sie gilt als Vorgabe für das Verhältnis zwischen Europa und den Nachbarregionen, vor allem unter Berücksichtigung der Interessen der Großmächte.

3. *Bündnis von Europa*: Es soll die Sicherheitspolitik Europas bündeln in ein System, das die Fähigkeiten zur kollektiven Konfliktregelung und zur Strategischen Stabilität besitzt. Dazu gehören neben einer politischen Union und der wirtschaftlichen Gemeinschaft auch Vereinbarungen über Verteidigungsstruktur, -strategie und -potential.

Der Leitgedanke für das Zustandekommen des Bündnisses sowie des Umsetzens der genannten Fähigkeiten heißt *Empathie*: „Das heißt die Bereitschaft, die Bedrohtheitsgefühle und -ängste der anderen Seite zu verstehen und, soweit es die eigene Sicherheit irgend verträgt, zu berücksichtigen. Es verlangt . . . die folgenreiche Einsicht . . . , daß die innere Stabilität der anderen Seite von existentieller Bedeutung für unsere eigene Sicherheit ist; denn nur auf stabile Systeme ist Verlaß; nur sie bleiben vertragstreu, zuverlässig und berechenbar.“⁹⁾ Dieser Interpretation zufolge ist Empathie sowohl für die Konstruktion des Innenverhältnisses des Bündnisses notwendig als auch für die Sicherheitspolitik im Verhältnis zu den Nachbarn Europas — vor allem gegenüber der Sowjetunion.

Sicherheitspolitik verlangt also in Zukunft mehr denn je ein neues Denken aller Beteiligten. Sie dürfen nicht der Verführung unterliegen, die Sicherheitspolitik „allzu leicht mit verminderter Rationa-

lität und um so stärkeren Emotionen (zu) betrachten. Das ist diesem komplizierten Problemkreis nicht gerade dienlich.“¹⁰⁾ Diesem Anspruch sehen sich vorrangig die Staaten West-Europas ausgesetzt. Es ist wenig hilfreich und der Lösung zukünftiger Aufgaben der Sicherheitspolitik schon gar nicht förderlich, wenn diese sich ausruhen würden auf der Überzeugung, das westliche Gesellschaftssystem habe das östliche besiegt. Vielmehr sind gefragt Ausweitung und Neuorientierung für die Projekte Binnenmarkt, politische Union und Wirtschaftshilfe. In diesem Zusammenhang sind auch die Ansprüche aus der Dritten Welt nicht zu vernachlässigen.

Interessant wird es sein, welche nationalen Belange im Vordergrund stehen bei der Findung einer neuen Konstellation in Europa. Ihre Sicherheitspolitik ist auf der einen Seite geprägt durch die Stellung Frankreichs und Großbritanniens als Mittelmächte mit nuklearen Waffenpotentialen und deren besondere Bindung zu den Staaten in Übersee sowie den damit verknüpften Verpflichtungen. Gleichzeitig bestehen hier historisch begründete Verbindungen zu Polen und der ČSFR. In diesem Kontext sind auch die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu sehen. Von daher ist das deutliche Bemühen zu verstehen, „die Deutschen“ in ein Bündnis einzubinden. Nicht von ungefähr wird es auch weiterhin das Bestreben Frankreichs und Großbritanniens bleiben, ein einiges Deutschland zu kontrollieren. Dazu bietet derzeit noch die NATO das geeignete Gebilde. Dieses Bemühen wird von den USA unterstützt. Die Premierministerin Thatcher äußert unverhohlen ihre Zweifel gegenüber einem vereinigten Deutschland. Bei den übrigen Staaten West-Europas ist eine Gleichgesinnung zu vermuten, wenn auch indirekter wahrzunehmen. Zusammengefaßt heißt das: West-Europa muß fähig sein, seine Potentiale, Strukturen und Vereinigungsprogramme zu erweitern und als Modell für das gesamte Europa auszubauen — unter Anerkennung osteuropäischer Eigenheiten und Defizite. Abgesehen von nationalen Interessen bildet die Skepsis gegenüber Deutschland ein weiteres Hemmnis für einen raschen und reibungslosen Übergang zu *einem* Europa. Neudefinition des nationalen Standorts und vertragliche Einbindung und Kontrollmöglichkeit der Deutschen scheinen die Lösungsmöglichkeiten dafür zu sein.

In Ost-Europa ist die Ausgangslage weitaus komplizierter. Mögen auch der Umbruch und die Ablösung der alten Regierungen einen Neuanfang im nationalen Bereich der Staats- und Gesellschaftsordnung erleichtern — die alten Bindungen und Verpflichtungen sowie der Status in der WVO mit der z. T. noch vorhandenen Präsenz von Divisionen der Roten Armee in den Mitgliedsländern erschwe-

⁸⁾ Vgl. ebd., S. 2.

⁹⁾ Ebd.

¹⁰⁾ Ebd., S. 1.

ren jeden raschen Wandel und die übergangslose selbständige Mitgliedschaft in *einem* Europa. Hinzukommt, daß die bisherige Blockbildung alte Gegnerschaften zwischen einzelnen Staaten Ost-Europas nur verdeckt hatte. Sie gilt es ebenfalls und gleich zu Beginn einer Neuordnung in geregelte Bahnen zu lenken. Gerade in diesem Sinne ist eine kollektive Konfliktregelung zu fordern. Die größte Schwierigkeit wird eine Ablösung oder Abschaffung der WVO bilden. Derzeit wollen die meisten Mitglieder noch keine Auflösung¹¹⁾, aber die Ansprüche reichen von Reformen zu mehr Selbständigkeit¹²⁾ bis hin zur Auflösung¹³⁾. Ungarn wünscht überdies einen Gaststatus in der Westeuropäischen Union¹⁴⁾.

Es wäre für die weitere Entwicklung hin zu einem europäischen Bündnis fatal, gäbe es keine verträgliche Übergangslösung. Jede Radikalmaßnahme verbietet sich, da sie das Verhältnis zur UdSSR übermäßig strapazieren würde. Aus diesem Grund drängt sich für die mittelfristige Sicht auf, einen *zweigleisigen Übergang* zu finden: Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Reform wird vorangetrieben, um die Ungleichgewichte zu egalisieren. Die Sicherheitspolitik wird dadurch stabilisiert, indem sie in einem Prozeß ähnlich der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen mit den Beteiligten und unter Ein-schluß West-Europas und der USA zu einer Übergangs- und folgend zu einer Neuregelung der Bündnisstruktur in Europa gestaltet wird. Dazu bietet sich das Forum der KSZE an. In diesem Zusammenhang wird die in Ost-Europa gleichermaßen wie in West-Europa virulente Problematik eines einigen Deutschlands zu behandeln sein. Denn mehr noch als im westlichen Teil Europas sind hier die Vorbehalte gegenüber Deutschland gegenwärtig. So ist auch die deutliche Anlehnung Polens an Frankreich zu verstehen. Verstärkt werden diese Ängste auch durch die Sowjetunion, deren zeitweilige Zurückhaltung und Sonderposition bei den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen auch aus dem deutschen Überfall von 1941 zu verstehen sind.

Betrachtet man die Interessen West-Europas und die Aufgaben Ost-Europas, so werden stets die Befürchtungen sichtbar, die beide gegenüber einem von ihnen nicht ausgeschlossenen *Alleingang der Deutschen* haben. Die historischen Beweggründe sind angesprochen. Zu erwähnen sind des weiteren die geopolitische und -strategische Lage, die

¹¹⁾ Vgl. Viktor Meier, Der Warschauer Pakt sucht ein neues Selbstverständnis, in: FAZ vom 8. Juni 1990.

¹²⁾ Vgl. B. C., Der Warschauer Pakt beschließt Reformen und denkt an gemeinsame Institutionen mit der NATO, in: FAZ vom 8. Juni 1990.

¹³⁾ Interview mit Wjatscheslaw Daschtschew, Der Pakt löst sich schon auf, in: Frankfurter Rundschau (FR) vom 8. Juni 1990.

¹⁴⁾ Ungarn wünscht Gaststatus in der WEU, in: FAZ vom 8. Juni 1990.

Deutschland wieder in den Mittelpunkt Europas setzt, und seine wirtschaftliche Potenz, die nach der Vereinigung über kurz oder lang einen weiteren Schub erfahren wird. Nicht zu vergessen ist die deutsche Eigentümlichkeit, Politik, Wirtschaft und militärischen Beitrag nicht immer ohne Übertreibung des Selbstbewußtseins einzubringen. Hinzu kommt die bange Frage: „Kann das normalisierte Nationalbewußtsein wieder in Nationalismus umschlagen?“¹⁵⁾ Dazu gab es nach dem Fall der Mauer nicht wenige Anzeichen. Die Nachbarn und die Großmächte wurden nicht ohne Grund nervös. „Was sie beunruhigt, war nicht allein die Einheit Deutschlands, sondern auch die Form, in der die Bonner Politiker sich ihrer bemächtigten. So wenig Verdienst sie daran hatten, daß die Mauer fiel, so hemmungslos ließen sich die meisten von einem nationalen Strom fortreißen.“¹⁶⁾

Aus diesen offenen und verdeckten Vorbehalten erwachsen vor allem der Bundesrepublik Zusatzaufgaben. Eine erste haben die beiden deutschen Parlamente gelöst, indem sie in getrennten Erklärungen die Westgrenze Polens anerkannten. In diesem Sinne sollte die Bundesrepublik in dem jetzigen fragilen Verhältnis in Europa auf jede Vorreiterrolle verzichten, sondern sich als Partner erweisen, der vor allem die Abstimmung mit seinen Nachbarn sucht und hilft, den europäischen Prozeß voranzubringen. Allenfalls in diesem Ablauf kann die Bundesrepublik den anderen vorangehen, indem sie sich nachhaltiger als andere Staaten einbringt. Eine solche Politik hilft auch den Eindruck vermeiden, als könne ein einiges Deutschland sich gegebenenfalls verstehen als Pendler zwischen West und Ost. Entsprechend verbieten sich alle Bemühungen um eine Neutralität. Nicht nur wäre ein neutrales Deutschland dann ein Fremdkörper in Europa, es schiene auch für die Nachbarn durch den Sonderstatus unkalkulierbar.

Neben diesen Handlungsangeboten kommt der Bundesrepublik eine weitere Aufgabe zu. Sie ist auch aufgrund ihrer Wirtschaftskraft gefordert, die Unterstützung nicht nur auf die DDR zu konzentrieren. Soll es einen raschen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen West- und Ost-Europa geben, der auch der staatlichen und gesellschaftlichen Annäherung den Weg bereitet, sind parallele Hilfen für die übrigen osteuropäischen Staaten unausweichlich. „Die Deutschen haben keine ‚Funktion‘ als Brücke, keine ‚Aufgabe‘ als Vermittler und keine ‚Rolle‘ als Friedensengel; sie sind eine europäische Nation wie alle anderen. Wenn sie sich so fühlen und benehmen und wenn die anderen sie so betrachten, dann ist ein Jahrhundertwerk getan: Die deutsche Frage

¹⁵⁾ Peter Bender, Über der Nation steht Europa: Die Lösung der Deutschen Frage, in: Merkur, (1990) 5, S. 367.

¹⁶⁾ Ebd., S. 368.

wäre im Sinne der Deutschen und der Europäer gelöst.“¹⁷⁾

Der bisherige grobgefaßte Katalog zeigt deutlich, daß die Prioritäten bei den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen liegen. Um nicht die Mahnung Baudissins vor zu wenig Rationalität und zuviel Euphorie zu vernachlässigen, sei auch an das militärische Instrument der Sicherheitspolitik erinnert: die Struktur und Strategie eines europäischen Bündnisses. Wie beschrieben, richtet sich auch in diesem Bereich das Augenmerk auf die Bundesrepublik. Sie ist aufgefordert, im Vorfeld der Sicherheitskonferenz der KSZE zum Ende dieses Jahres Entwürfe für eine Konzeption für eine Bündnisstruktur in und für Europa vorzulegen. Es ist letztlich nicht ausreichend, sich auf die Formel zu beschränken, Deutschland als Mitglied der NATO zu belassen. Die unterschiedliche Zuordnung zur Allianz mit einem vollständig integrierten Westteil und mit einem bündnisfreien Ostteil bleibt Stückwerk; allenfalls ist diese Regelung für eine Übergangszeit geeignet. Dringlicher wird deshalb eine Konstruktion, die die einzelnen Staaten als gleichberechtigte und gleichbehandelte Teile *eines* Europas aufnimmt. Soll dieser Aufbau eines Bündnisses für Europa gelingen und der deutsche Beitrag im zuvor skizzierten Ausmaße eingebracht sowie unter Anerkennung der Nachbarn gestaltet werden können, scheinen drei wesentliche Elemente notwendig:

Zunächst ist als Beispiel für eine gelungene Kooperation in Europa die bisherige *deutsch-französische Zusammenarbeit* im sicherheitspolitischen Bereich zu nennen. Abgesehen von den französischen Bemühungen um eine Einbindung der Deutschen hatte und hat diese Kooperation ganz einfach auch den Effekt, daß sie eine Aufgabe nationaler Souveränität zugunsten gemeinsamer Aktionsfähigkeit ermöglicht. Dieses enge Zusammengehen ist vor allem effektiv, wenn es andere Staaten von der Teilhabe und -nahme nicht ausschließt, sondern sie vielmehr einlädt. Überdies kann sie als Muster dienen für weitere bilaterale Kooperationen. Eine deutsch-polnische Zusammenarbeit nach diesem Vorbild würde weit über den Versöhnungscharakter hinausreichen. Sie böte vielmehr darüber hinausgehend den Anstoß für weitere zwei- oder mehrstaatliche Vereinbarungen, die als Vorlauf gelten könnten und nutzbar wären für den Aufbau eines Bündnisses von Europa. Neben dem Ergebnis, Bedrohungsgefühle abzubauen, würde es weitreichender sein als die vormals üblichen Nichtangriffspakte. Zudem hätten sie nicht den Charakter, *gegen* einen Dritten gerichtet zu sein, sondern *für* eine gemeinsame Aufgabe zu stehen.

¹⁷⁾ Ebd., S. 375.

Ein weiteres Element für einen gesicherten Aufbau einer europäischen Sicherheitspolitik bildet die *Verbindung zu den Vereinigten Staaten* und umgekehrt. Nicht ohne Grund bezeichnet der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Brent Scowcroft, die USA als eine europäische Macht¹⁸⁾. Zum einen gilt es für die Vereinigten Staaten, eine „Festung Europa“ zu verhindern, zum anderen wollen sie keine zu deutliche Anlehnung an die kontinentale Vormacht UdSSR. Ihnen ist an einer Balance gelegen, die ihnen ein Mitspracherecht und mindestens eine Mitgestaltungsmöglichkeit einräumt. Unabhängig davon bleibt die Bereitschaft, den Wandel der Beziehungen zwischen Amerika und Europa anzuerkennen, vor allem, wenn die Europäer mehr Verantwortung und Lasten für die eigene Sicherheit übernehmen. In dieser noch auszubauenden neuen Konstellation liegt zugleich die Chance für die Europäer und *ihre* Sicherheitspolitik. Zugleich bietet die Verbindung zu den USA die Chance für mehr Selbständigkeit und einen gesicherten Platz zwischen den USA und der UdSSR. Außerdem wird durch die Interdependenz auch Mißbrauch vermieden und möglicherweise eine weitere Einflußmöglichkeit nutzbar gemacht, nukleare Waffenpotentiale europäischer Staaten überflüssig zu machen.

Nicht minder wichtig als die Verbindung zu den USA ist für Europa die *Beteiligung der UdSSR* bei dem Aufbau einer Sicherheitspolitik in und für Europa. Der Sowjetunion sind in kürzester Zeit die europäischen Glacis-Staaten verlustig gegangen. Ihre Vorstellungen von Sicherheit, Militärdoktrin und -strukturen haben einen ungeahnten Einbruch erfahren. In Verbindung mit den übrigen Bedrohungen aus dem Inneren ihres Systems bedeutet dieser Verlust eine hochgradige Belastung und Gefährdung. Werden die Belange der Sowjetunion nicht berücksichtigt, ist unter den genannten Vorzeichen eine Überreaktion kaum zu vermeiden. Da diese aber nicht zu wünschen ist, weil ihre Folgen Instabilität und Rückfall in den Kalten Krieg bedeuten würden, ist die Beachtung der sowjetischen Interessen geboten. Zugleich verspricht die Anbindung neben den „elementaren Sicherheitserfordernissen Europas . . . auch Einbindung. Moskau kann man nicht wirtschaftlich fesseln, aber man kann es bis zur Existenznotwendigkeit interessieren. Die Europäer täten gut daran, die krisengeschüttelte zweite Militärmacht der Welt nicht als Randerscheinung, sondern als Teil ihres Kontinents in alle Erwägungen einzubeziehen. Für Rußland gilt das gleiche wie für Deutschland, man darf es nicht ausgrenzen, sondern muß es beteiligen.“¹⁹⁾

¹⁸⁾ Vgl. Brent Scowcroft, Die Vereinigten Staaten bleiben eine Europäische Macht, in: EWK, (1990) 3, S. 155 ff.

¹⁹⁾ P. Bender (Anm. 15), S. 375.

III. Modell für ein Bündnis von Europa

Nach einer längeren Phase der Stagnation gibt es derzeit eine Vielzahl von Erörterungen über die künftige Struktur einer europäischen Sicherheitspolitik. Wolf Graf von Baudissin etwa befürwortet das Fortbestehen der bisherigen Bündnisse, jedenfalls bis zu einer Neuordnung und Strukturfindung in der Weiterentwicklung der KSZE. Er sieht ihren Sinn auch in einer Kontrolle der Deutschen. „Anderer ausgedrückt: Wir sind nicht nur in der NATO, um geschützt zu werden, sondern auch, damit die anderen vor möglichen teutonischen Ausflügen sicher sind.“²⁰⁾ Weitere Ziele der Bündnisse sind die Intensivierung des Entspannungsprozesses, der Erhalt von Stabilität auch bei steigender innerer Instabilität der Sowjetunion und anhaltender Präsenz der USA. Nachdenkenswert erscheint Baudissin eine Entmilitarisierung der beiden Bündnisse.

Es gibt aber auch Autoren, die eine umfassendere Neuordnung vorschlagen. Gerd Schmückle z. B. fordert die Auflösung von NATO und WVO und an ihrer Stelle ein neues Sicherheitssystem, das sich anfangs auf die Mitglieder eben dieser Bündnisse – also einschließlich der UdSSR – beschränkt. Diese euro-atlantische Vertragsgemeinschaft sollte gesteuert werden durch einen Rat, eine permanente Diplomatenkonferenz und von den Regierungschefs – mit Unterstützung von Militärs²¹⁾. Die Ziele dieser Neuordnung unterscheiden sich nur in Nuancen von denen Baudissins. Auch Walter Stütze plädiert für eine europäisch-amerikanische Allianz unter Einschluß der Sowjetunion. Stütze schlägt eine EATO (Europäisch-Amerikanische Allianz) vor. Neben den auch von Baudissin und Schmückle genannten Argumenten hebt Stütze die Vorteile einer EATO für die anstehenden Rüstungskontrollverhandlungen hervor. Sie würden bei einem Zusammenschluß zu einer im wesentlichen internen Angelegenheit. Außerdem sieht Stütze die Möglichkeit eines fließenden Übergangs der alten Bündnisse in die neue Allianz. Am einfachsten gelänge dies durch die Einladung der Mitglieder der WVO in die NATO, die ein solches Verfahren, geregelt durch Artikel 10 ihres Vertrages, zuließe²²⁾.

Diese Vorschläge und Überlegungen zeigen nicht nur Übereinstimmungen, sie sind vor allem auch identisch in der Betonung des Vorrangs der Politik. Dessen ungeachtet lassen sie zwei Aspekte etwas

unberücksichtigt. Erstens: Gibt es noch eine andere Vereinigungsform, die in der Bündniskonstellation weitergeht, als nur eine Fortsetzung der bisherigen oder eine Verschmelzung derselben zu einer Allianz? Und zweitens: Wäre es dann nicht auch sinnvoll, eine für das weiterentwickelte System angepaßte Verteidigungsstrategie und -struktur für die unverändert notwendigen Systemstreitkräfte zu skizzieren? Wenn anstelle der alten Antagonismen der Zwang zur Kooperation tritt, sind neue Formen und Aktionen gefragt.

Eine geänderte Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist aber nicht nur als Reaktion zu verstehen. Sie dient gleichzeitig als Instrument; mit ihm können neue politische Konstellationen stabilisiert werden. Die Stabilität der Politik wird begleitet und zugleich gefestigt durch eine militärische Stabilität. Allerdings nicht im bisherigen Sinne, nach dem Stabilität zwischen zwei militärischen Potentialen hergestellt werden sollte. Vielmehr bedeutet es jetzt, daß Stabilität im Inneren und gegenüber den Nachbarregionen durch eine gemeinsame Armee erworben wird. Unter anderem wird dadurch verhindert, in einen Neo-Nationalismus in Europa abzugleiten. Gemeinsame Streitkräfte verhindern den Aufbau und das Vorhandensein nationaler Streitkräfte im herkömmlichen Sinne, die also alle möglichen militärischen Funktionen zu Wasser, zu Lande und in der Luft erfüllen können sollen. Da eine ausschließlich nationale Verteidigungsfähigkeit nach diesem Muster bereits heute nicht mehr möglich ist, bleibt ein Bündnis neuen Zuschnitts unausweichlich.

Nach diesen allgemeinen Überlegungen muß gefragt werden, ob eine Konstellation für Europa denkbar ist, die den genannten Bedingungen und Erfordernissen entsprechen könnte. Des weiteren muß die Frage gestellt werden, ob es dazu auch eine passende militärische Struktur geben könnte. Sie müßte verträglich sein mit den zuvor genannten Maßstäben sowie die Ansprüche auf Gemeinsamkeit, Internationalität und Kooperation erfüllen.

Zur Ablösung der Blöcke empfiehlt sich der Aufbau eines „Systems der Kollektiven Sicherheit in Europa“ (SKSE). Das System der Kollektiven Sicherheit ist zu verstehen als ein System, das sich nicht gegen einen Gegner oder potentiellen Angreifer richtet. „Ferner verpflichten sich die Mitglieder des kollektiven Sicherheitssystems ausdrücklich zur automatischen Friedenssicherung untereinander; und schließlich tritt die Schutzwirkung des Systems unabhängig davon ein, ob ein Nicht-Mitglied der

²⁰⁾ W. Graf von Baudissin (Anm. 4), S. 7.

²¹⁾ Vgl. Gerd Schmückle, Moskau braucht neue Partner, in: Der Spiegel vom 26. Februar 1990; Feindbilder braucht Europa nicht mehr, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 23. März 1990.

²²⁾ Vgl. Walter Stütze, West und Ost in einem Bündnis, in: Die Zeit vom 25. Mai 1990.

Aggressor ist oder ein Mitgliedstaat.“²³⁾ Zu den bekannten rechtlichen Grundlagen für ein System der kollektiven Sicherheit gehören unter anderem „die Artikel 52 ff. der Charta der Vereinten Nationen, der Artikel 11 des Paktes der WVO, auch der Artikel 24 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland“²⁴⁾.

Die Sicherheitspolitik eines SKSE ist angelegt auf *Konflikt- und Kriegsverhütung* in Europa, gegenüber den Nachbarregionen und -staaten und im Verhältnis zu den Großmächten. Ihr erstes sicherheitspolitisches Instrument ist *Krisenmanagement*. Das zweite heißt *kooperative Rüstungssteuerung* und bedeutet für das SKSE auch den Abbau von Streitkräftepotentialen sowie die Beschränkung von militärischen Optionen und Fähigkeiten. Sicherheits- und Verteidigungspolitik im SKSE dürfen nicht bedrohend wirken, sie können aber gleichzeitig mögliche, auch neue Bedrohungen nicht ausschließen. Deutlich wird hierbei, daß bei den geänderten Verhältnissen in Europa eine vollständig neue Bedrohungsanalyse angestellt werden muß.

Strategie und Struktur der Streitkräfte in einem SKSE müssen den gesellschaftspolitischen Werten, Normen und Ansprüchen entsprechen und dürfen ersteren nicht zuwider angelegt sein. Sie dürfen auch im Umfang, Aufgabe und Zielverfolgung die Ressourcen nicht überstrapazieren, da sonst die Sozialverträglichkeit gefährdet ist. Gefordert ist darüber hinaus innovative und optimale Ausnutzung der aufgeführten Ressourcen.

Der Wandel von Strategie und Strukturen muß zum einen die Zugehörigkeit zu alten Bündnissen berücksichtigen und einen Übergang in die neue Konstellation ermöglichen. Zum anderen muß er so angelegt sein, daß er mit allen Teilen des Bündnisses verträglich ist. Der Aufbau einer Verteidigungsfähigkeit wird geleitet von dem Maßstab der *kollektiven Aktionsfähigkeit*. Berücksichtigt werden müssen beim Umbau zum SKSE Teil- und Zwischenlösungsmöglichkeiten, um nationale Bedingungen zu berücksichtigen und Benachteiligungen bzw. Bevorteilungen zu vermeiden. Aus diesem Grund verbietet sich trotz aller politischen Dynamik eine plötzliche Strategie- und Strukturänderung. Gefor-

²³⁾ Dieter S. Lutz, Deutsche Einheit — Europäische Sicherheit oder Brauchen wir noch (deutsche) Streitkräfte?, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, hrsg. vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Heft 43, Hamburg, März 1990, S. 37. Zu den Überlegungen über ein System der Kollektiven Sicherheit sei auf zwei Beiträge hingewiesen: Karl-Heinz Meyen, Das Konzept der kollektiven Sicherheit, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), Sicherheitspolitik, Bad Honnef-Erpel 1978³, S. 111—132; Dieter S. Lutz (Hrsg.), Kollektive Sicherheit in und für Europa — eine Alternative?, Baden-Baden 1985. Vor allem ist es Dieter S. Lutz zu verdanken, daß das Nachdenken über die kollektive Sicherheit erneut angestoßen wurde.

²⁴⁾ D. S. Lutz, Deutsche Einheit (Anm. 23), S. 36.

dert ist eine *ausgewogene, transparente und evolutionäre Entwicklung*²⁵⁾.

Die Streitkräfte in einem solchen System kollektiver Sicherheit in Europa sollen im folgenden anhand einer kurzen Skizze der sie bestimmenden Strategie und Struktur vorgestellt werden:

Gefordert ist die Einführung einer glaubwürdigen Kriegsverhütungs- und Konfliktverhinderungsstrategie. Wird dieser Forderung konsequent gefolgt, so wird der Weg frei für eine das SKSE glaubwürdig und glaubhaft militärisch untermauernde Militärstrategie der *Abhaltung und Abnutzung*. Dazu sind die Aufgaben der Strategie in drei Bereiche gegliedert:

In einer *ersten Phase* wird durch *grenznahes Abhalten* mit konventionellen militärischen Mitteln gesichert. Überschaubare Gliederung, auf Effektivität ausgerichtete Art und Umfang sowie verteidigungsorientierte Dislozierung ermöglichen eine allgemeine und glaubwürdige Abhaltefähigkeit. Im Falle eines Scheiterns der Abhaltung sind die Bündnisstreitkräfte fähig, in der *zweiten Phase* mit konventionellen Mitteln die gegnerischen Kräfte *wirkungsvoll, nachhaltig und ununterbrochen abzunutzen*. Diese notwendige taktisch-operative und in der Reichweite beschränkte konventionelle Kriegsführungsfähigkeit ist grenznah geplant, vorbereitet und angelegt. Die Phasen „Abhaltung“ und „Abnutzung“ werden durch eine *dritte Phase* erweitert und ergänzt: Ein eingedrungener Gegner soll mit militärischen Mitteln hinausgedrängt werden. Ein Verfolgen der gegnerischen Kräfte und Vergeltungsschläge auf dessen Gebiet sind nicht vorgesehen.

Die drei Phasen unterliegen dem vorgegebenen politischen Primat. Sie sind darüber hinaus im Bündnis abgestimmt. Die *Strategie der Abhaltung* weist unmißverständlich eine *Defensiv-Grundhaltung* aus. Eine Bedrohung gegenüber den Nachbarn unterbleibt. Der militärische Schauplatz eines wider Erwarten eintretenden Konflikts bleibt auf den grenznahen Bereich bezogen und wird durch konzentrierten Mitteleinsatz beschränkt. Er kann durch schnelle militärische operativ-taktische Aktionen zügig beendet werden. Die sicherheitspolitischen Grundsätze, die militärstrategischen Konzepte, deren militärische Mittel sowie deren technische und waffenspezifische Bedingungen ergeben *keine* Fähigkeit, militärischen Einsatz außerhalb des Systemgebietes zu planen oder anzudrohen. Mit dieser Militärstrategie wird nicht gegen einen potentiellen Gegner gezielt, sondern zum defensiven Schutz des eigenen Bündnisses beigetragen. Folglich müssen Umfang, Art und Dislozierung, Bewaffnung, Reichweite, Gliederung und Ausstat-

²⁵⁾ Siehe dazu ausführlich F. H. U. Borkenhagen (Anm. 5).

tung der Bündnisstreitkräfte diese Forderungen erfüllen.

Das Verteidigungspotential des Systems — die *Systemstreitkräfte* — rekrutiert sich aus den bisherigen nationalen Streitkräften. Es ist einem Systemkommando oder einer Systemorganisation unterstellt. Der Anteil der Nationen richtet sich aus an den bisherigen Stärken, aber vor allem an geographischen, demographischen und geo- wie militärstrategischen Bedingungen. Im Rahmen dieser vorgesehenen Streitkräfteorganisation für eine defensive Bündnisverteidigung sind unverändert konventionelle Land-, Luft- und Seestreitkräfte notwendig. Sie können nach einer Abstimmung und einer daran angeschlossenen schrittweisen Reform die folgenden Strukturen erhalten:

Die *Landstreitkräfte* setzen sich zusammen aus:

- Grenzsicherheitsverbänden,
- Mobilverbänden und
- Rückendeckungsverbänden.

Die *Luftstreitkräfte* setzen sich zusammen aus:

- Aufklärungsverbänden,
- Luftverteidigungsverbänden,
- Luftabwehrverbänden.

Die *Seestreitkräfte* setzen sich zusammen aus:

- Über- und Unterwasserverbänden,
- Amphibienverbänden,
- Aufklärungsverbänden,
- Sperrverbänden,
- Raketenabwehrverbänden.

Für die Defensivpotentiale kann eine Teilstreitkraft-Mix-Konzeption vorgesehen werden. Vorstellbar ist eine Aufgaben- und Lastenverteilung, unterschieden nach Teilstreitkräften, aber *national gemischt*. In einem Modell für die Systemstreitkräfte hieße das möglicherweise: Die Kernländer in Mitteleuropa würden im wesentlichen die Luftverteidigungskomponente übernehmen. Sie müßte gekoppelt werden mit der Landverteidigungsfähigkeit der sogenannten Grenzländer. Hingegen würden die Anrainerstaaten an Nord- und Ostsee sowie am Mittelmeer den Part der Seestreitkräfte übernehmen. Dazu bedürfte es der deutlichen Abgleichung und eines Lastenausgleichs.

Die *Multinationalität der Streitkräfte* wäre zugleich ein Garant für Effektivität im Bündnis und für militärisches Denken und Handeln im Sinne von Systemverteidigung. Die Systemstreitkräfte würden nicht mehr nach nationalen Gesichtspunkten aufgestellt und nicht mehr nationalen Eigenheiten oder Eitelkeiten folgen, sondern sich an den Bedingungen und Notwendigkeiten der System-Verteidigung ausrichten. Verstärkt würde diese Absicht durch die Einführung einer sogenannten Systemwehrepflicht.

Entsprechend den sicherheitspolitischen, militärstrategischen und System-Vorgaben ist für das SKSE lediglich eine konventionelle Verteidigungsfähigkeit im Rahmen eines Defensivkonzeptes gefragt. Für die Streitkräfte kann eine abgestufte Präsenz vorgesehen werden. Die Wehrpflicht wird im System einheitlich auf zwölf Monate festgelegt. Außerdem sind eine umfassende, effektive und gesellschaftlich, wirtschaftlich und individuell verträgliche Reservisten-Mobilmachungskonzeption und -struktur herzustellen. Dazu gehört eine gesellschaftlich, beruflich und truppendienstlich verträgliche Einberufung, Ausbildungsplanung und -organisation für Reservisten. Zusätzlich bedarf es innerhalb des Systems einer einheitlichen Standardisierung, einer wirkungsvollen Logistik und Infrastruktur der Streitkräfte sowie der unterstützenden Organisationen. Für die Teilstreitkräfte müssen neue, detaillierte und alle notwendigen taktischen und operativen konventionellen Einsatzgrundsätze und -bedingungen umfassende Führungsvorschriften erarbeitet werden²⁶⁾.

Für die geänderten Bedingungen sind Rüstungsforschung und -entwicklung zu ändern und umzuorientieren. Die genannten ergänzenden Maßnahmen können nur einen Teil des umfangreichen Katalogs wiedergeben, der notwendig ist, um Streitkräfte in dieser Form für ein System aufzubauen. Nach diesem Modell übernehmen Streitkräfte eine *Schutzmann-Funktion*²⁷⁾ im System der Kollektiven Sicherheit.

Es bleibt auch nach den bisherigen positiven Entwicklungen unbestritten, daß bis zum Erreichen des skizzierten Zieles noch einiges in und an der Sicherheitspolitik verändert werden muß. Aber: Erstens sind, wie dargestellt, vielversprechende Ansätze erkennbar. Zweitens gibt es dringende, wenn nicht lebensbedrohende Zwänge zu einer Änderung.

²⁶⁾ Vgl. Franz H. U. Borkenhagen, Militärische Defensivkonzepte in einem System der Kollektiven Sicherheit (SKS), in: D. S. Lutz, Kollektive Sicherheit (Anm. 23), S. 260—277; ders., Strukturwandel im Einklang mit dem Bündnis. Mögliche Rahmenbedingungen für eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (NG/FH), (1987) 5, S. 448—451; ders., Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen gemeinsamer Sicherheit, in: NG/FH, (1987) 11, S. 988—992.

²⁷⁾ Der Begriff „Schutzmann-Funktion“ stammt von Reinhard Gramm (Generaldekan und Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr). Er hat ihn unter anderem so erläutert: Der Schutzmann hatte früher die Aufgabe, in seinem Bereich für Ruhe und Ordnung — im guten Sinne — zu sorgen. Von ihm ging keine Bedrohung aus, vielmehr wirkte er als ein Mensch mit einer Funktion, dessen Hilfe gesucht wurde. Heute dürfen Soldaten nicht mehr mißverstanden werden als „Bedrohung-Potential“; sie haben den Auftrag zur Hilfestellung im eigenen Land und im Bündnis. Vgl. Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr (Hrsg.), Streitkräfte im Wandel. Soldat — Schutzmann für den Frieden, Hannover 1990. Die dort gegebene Definition scheint eine treffende Aufgabenbeschreibung zu sein für die Streitkräfte in einem zukünftigen System der europäischen kollektiven Sicherheit.

Drittens ist wichtig, daß die Wege und Modelle jetzt grundsätzlich realisierbar erscheinen²⁸⁾.

Mögliche *politische Aktionsfelder* sind im wesentlichen eine gemeinsame Außenpolitik, eine gemeinsame Sicherheitspolitik und eine Stärkung der europäischen Position bei den Vereinten Nationen. Eine europäische Außenpolitik muß nach gemeinsamen Richtlinien und jeweils untereinander abgestimmt werden und auch unter Preisgabe von Teilbereichen der nationalen Souveränität eine Offensive starten zur Konflikthemmung. Ziel einer solchen übereinstimmenden Politik ist Ausgleich und die Annäherung im Verhältnis zwischen den Europäern und gegenüber den Nachbarn. Dazu gehört vor allem ein einheitliches und gemeinsames Krisenmanagement im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheitspolitik.

Das Umsetzen des beschriebenen Modells wird nicht ohne vorläufige Einschränkungen auskommen. Sie müssen berücksichtigt werden, wenn das Konzept Chancen für eine Realisierung haben soll. Zunächst bedarf es eines Abgleichs mit den beiden Großmächten. Deren Akzeptanz und Garantie für den Bestand der neuen Verhältnisse in Europa ist Voraussetzung für das Gelingen. In gleichem Maße ist es zwingend, daß die Strukturen und Potentiale der bisherigen Militärbündnisse einfließen können in das System. Denkbar ist ein abgestimmter und vereinbarter Anteil jeder Vertragsorganisation und daraus abgeleitet eine Überwölbung durch das neue Militärsystem im Rahmen kollektiver Sicherheit. NATO und WVO sind gleichzeitig und gleichermaßen umzustrukturieren und abzubauen. Vorhandene Kommunikationseinrichtungen, Logistik und Kasernen können genutzt werden. Parallel dazu gelingt ein Abbau von Gegnerschaft und ein Aufbau von Vertrauensmaßnahmen. Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritte werden erleichtert. Das Bemühen um die Einrichtung einer atom- und chemiewaffenfreie Zone Europa erhält neuen Schwung.

Allerdings darf nicht verschwiegen werden, daß die Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien einen herausragenden Beitrag leisten müssen: Sie haben auf den Besitz ihrer Nuklear-Streitkräfte zu verzichten. Dieses Ansinnen wird in beiden Staaten auf große Widerstände treffen, die vom jeweiligen Verständnis von Politik und Souveränität in und außerhalb Europas bestimmt sind. Gleichzeitig ist es aber unabdingbar, daß beide Staaten Teile und unverzichtbare Träger des Europas mit geänderten Sicherheitsstrukturen und -funktionen sind. Politische Lösungen sind wahrscheinlich nur möglich

²⁸⁾ Vgl. Franz H. U. Borkenhagen, Durch Europäisierung zur Kooperation, in: Jörg Calließ (Hrsg.), Die Zivilisierung des Konflikts, Protokoll 4/1989, Loccum 1989, S. 345–357.

durch Zugeständnisse an Forderungen für stärkere Positionen beider Staaten im Gefüge Europas.

In Richtung der Bemühungen um eine geschlossene Sicherheitspolitik in Europa können abschließend noch drei ergänzende Bemerkungen angefügt werden:

1. Die sogenannten möglichen und durchaus erweiterungsfähigen Aktionsfelder wollen eines deutlich belegen: Eine nationale Politik ist ohne Zukunft. Folglich wären nationale Egoismen nicht nur schädlich, ihnen bliebe auch der Erfolg versagt. Die unterschiedlichen Herausforderungen in West, in Ost und zwischen West und Ost sowie zwischen Nord und Süd können nur noch international geregelt werden. Da wir trotz der Weltprobleme von einer Welt-Innenpolitik noch sehr entfernt sind, können die vielschichtigen Aufträge zunächst nur regional bewältigt werden. Von daher hat Europa nicht nur eine Chance, sondern auch eine Verpflichtung, in begrenztem internationalen Rahmen Lösungen zu suchen und anzubieten. Aus diesem Grund besteht die Hoffnung, Konflikte mittels *Europäisierung* in kooperatives Handeln zu wandeln.

2. Ein europäischer Zusammenschluß und eine Zusammenarbeit können nur produktiv sein, wenn sie mit den übrigen Weltregionen in Interaktion stehen und mit ihnen Politik betreiben, mit ihnen handeln und mit ihnen Gedanken und Kultur austauschen. Eine Abkoppelung ist nicht nur schädlich für alle Beteiligten, sie würde auch die Gefahr der Destabilisierung zwischen den Regionen und möglicherweise auch zwischen den Trägern der einzelnen Allianzen mit sich bringen.

3. Trotzdem wird eine Union der europäischen Staaten nur schwer den Eindruck vermeiden können, zu einer zusätzlichen Großmacht auszuwachsen und eine Vorrangstellung einnehmen zu wollen. Auch die Verführungen aus dem Zusammenschluß heraus werden nicht ausbleiben. Ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und ihre politische Kraft werden unübersehbar sein und neue Aufgaben mit sich bringen. Wenn aber die militärischen Doktrinen und ihre Aktionsfelder beschränkt und defensiv bleiben, ist eine Selbstbescheidung auf die eingangs geschilderte Funktion als Garant für Kooperation und Sicherheit möglich und durchsetzbar. Mißverständnisse wären nur schwer möglich. Überdies wäre sogar durch ein gemeinsames Kontingent für die „Peace-keeping-forces“ der Vereinten Nationen ein zusätzlicher Beitrag zur globalen Stabilisierung möglich und auch angebracht²⁹⁾.

²⁹⁾ Vgl. dazu Ernst Koch, Das Bild des Soldaten in den UN-Friedenstruppen, in: Beiträge aus der evangelischen Militärseelsorge, (1990) 1, S. 5–51.

Ökonomische Aspekte der Rüstungskonversion

I.

Ob Abrüstung und/oder Konversion gewollt wird, ist eine politische Entscheidung. Die Wirtschaftswissenschaft kann diesen Prozeß beratend begleiten, aber nur begrenzt gestalten. Im Zuge von Konversion treten privatwirtschaftliche und öffentlichwirtschaftliche Vor- und Nachteile auf, die es gegeneinander aufzuwiegen gilt. Das Ergebnis einer wirtschaftswissenschaftlichen Analyse kann dabei durchaus zu unpopulären politischen und gesellschaftlichen Schlußfolgerungen führen — etwa derart, daß man aufgrund der geringen gesamtwirtschaftlichen Quantitäten von Konversion keine starken und keine dauerhaften wirtschaftlichen Wachstumsimpulse erwarten kann. Wissenschaftler dürfen keine falschen Hoffnungen wecken. Sie müssen den Mut haben, ihr Fachwissen gegen politische Herrschaft und politische Doktrinen zu stellen. Zunächst einige Stichworte zur Rüstungswirtschaft und Rüstungsfinanzierung in der Bundesrepublik:

— Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keine in sich geschlossene Rüstungsindustrie wie zur Zeit der „Kanonenkönige“ Krupp, Scöda oder Schneider-Creuzot. Gemischte Fertigung herrscht vor. Panzer und Lokomotiven, Kampfflugzeuge und Europarakete sowie Airbus werden nebeneinander produziert. Es gibt keine Rüstungsbranche, sondern Sektoren rüstungswirtschaftlicher Fertigung in *verschiedenen* Branchen.

— Dienstleistungen dringen allenthalben vor; Ingenieur- und Wissensleistungen haben auch in der Rüstungsfertigung in einem früher unbekanntem Ausmaße zugenommen, wenn sie hier auch noch nicht 30 Prozent wie in den USA (einschließlich NASA u. ä.) betragen. Planungszeiträume sind nicht nur wegen der Bürokratisierung der Beschaffung länger geworden, sondern weil die Entwürfe für immer komplizierteres Gerät immer mehr Zeit beanspruchen.

— Die Bundesrepublik Deutschland ist ein konventionell gerüstetes Land, ohne ABC-Waffen, was alle Vergleiche mit Nuklearmächten erschwert. Die Bundesrepublik ist ferner ein Land mit einer zersplitterten Rüstung für drei Teilstreitkräfte mit gemeinsamen Kostenstellen, deren Bedeutung säkular wuchs: Logistik, Wartung und gemeinsame NATO-Aufgaben (NATO-Zivilhaushalt, CEPES [Central European Pipe-Line System], NATO-In-

frastrukturhaushalt usw.). Einfaches Feldzeug steht neben dem Tornado, neben dem Leopard II.

— Der Anteil an materieller Rüstung ist selbst bei weitherziger Auslegung des Begriffes klein: 12,8 Milliarden DM, maximal 16,6 Milliarden DM; das sind (1988) ca. 0,6–0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes. Der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt fiel unter drei Prozent, was als historischer Wert seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gelten darf.

— Fiskalisch gesehen wurden anteilig die Militärausgaben seit 1955/56 im Bundeshaushalt immer geringer. Zu Beginn waren es 32 Prozent des Bundeshaushaltes, heute sind es noch ca. 18 Prozent. Sozial- und Bildungsausgaben sowie die sogenannten Gemeinschaftsaufgaben und ihre Finanzierung drängten demgegenüber nach vorn.

— Im internationalen Vergleich ist die Bundesrepublik Deutschland ein vergleichsweise harmlos gerüstetes Land; die Rüstung begann „verspätet“ und sie wurde anfangs nur unwillig angenommen. In mehr als 30 Jahren hat sich freilich ein hohes technologisches und wehrtechnisches Niveau herausgebildet, gerade bei großem Gerät und bei schweren Waffen.

— Der zuletzt genannte Teil physischer Rüstung wurde teurer, nicht wegen irgendwelcher besonderer Inflationstendenzen, sondern weil Forschung und Entwicklung, Erprobung und der Anteil ingenieurtechnischer Leistungen sowie die Ausgaben für die Wartung ständig stiegen. Erinnerung sei an die 36 Mann, die einen Starfighter bzw. einen Tornadopiloten „betreuen“. Bei der alten M 109 im Zweiten Weltkrieg sollen es nur vier oder sechs Mann gewesen sein. Das ist ein Hinweis auf gestiegene und feste Kosten der Logistik und Wartung.

— Schließlich sind die Personalkosten zu berücksichtigen, die heute bei Zeit- und Berufsoffizieren wieder besoldungsmäßig beamtenähnlichen Charakter haben. Das ist eine wenig wünschenswerte Starrheit innerhalb der Verteidigungsausgaben. Die Bundeswehr mit ihren vielen Sozialleistungen bietet eine Art zweites Sozial- und Bildungssystem (Berufsförderung, Umschulung, Offiziersstudium für junge Fähnriche und Leutnante usw.).

Militärausgaben sind Zentral-Staatsausgaben (Zivilverteidigung ist weitgehend Länderaufgabe). Damit verknüpft sich für den Wirtschafts- und Fi-

nanzwissenschaftler die Frage: Tragen Militärausgaben als Makrofaktor zum wirtschaftlichen Wachstum, zur wirtschaftlichen Entwicklung bei, selbst wenn ihr quantitativer Anteil an Makroindikatoren gering ist? Es darf als erwiesen gelten, daß

a) nur in frühen Stadien wirtschaftlicher Entwicklung Militärausgaben einen echten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten, indem z. B. Infrastrukturen aufgebaut werden, die auch der nichtmilitärischen Nutzung dienen (Hafenmolen, Flugplätze, Straßen, Magazine, Lazarette). In einigen Entwicklungsländern ist das noch erkennbar.

b) In fortgeschrittenen Stadien wirtschaftlicher Entwicklung reduziert sich die Bedeutung von Militärausgaben auf eine mittelfristige Bindung von Beschäftigung und konsumnaher Kaufkraft. Militärisches Großgerät hat keinen eigenen Kapazitätseffekt — Panzer produzieren keine neuen Panzer —, während es ein Charakteristikum z. B. der Maschinenbauindustrie ist, daß der Bau von Maschinen den Bau weiterer, anderer Maschinen hervorlockt. Neue Investitionen im nichtmilitärischen Bereich schaffen neue Kapazitäten. Panzer u. a. können nur „mehr“ — oder „weniger“ — produziert werden. „Nachrüstungen“ technischer Art sind bestenfalls Ergänzungsinvestitionen, aber keine Investitionen mit eigenem Kapazitätseffekt.

c) Die Wirtschaftswissenschaft kann bisher in der Bundesrepublik Deutschland — die US-Forschung ist uns hier voraus — nicht eindeutig sagen, ob mehr und/oder qualitativ „besseres“ Militär mehr sozialen Schutz verspricht, hinter dem sich eine „friedliche“ wirtschaftliche Entwicklung abspielen kann — eine Vorstellung, die schon sehr ausgeprägt war bei Adam Smith. Die Sozialkostenberechnung der Belastungen durch das Militär steht im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung noch immer in ihren Anfängen. Damit hängen Fragen

der Neuordnung der Berechnung der Sozialprodukte zusammen. Bei einer Autokarambolage werden Hilfeleistungen, Abschleppdienste, Kosten von Krankenhausleistungen und anderes paradoxerweise als „Produktion“ verbucht. Ähnlich geschieht es bei der Beseitigung von Müll und bei den Aufwendungen zur Beseitigung von Umweltschäden, obwohl das Kosten zur Erhaltung des Sozialproduktes und des allgemeinen Wohlstandes sind. Sicher ist nicht richtig, wenn gesagt wird, erst durch die Bundeswehr sei die Bundesrepublik zu einem echten Staatsgebilde geworden mit gesicherten Sozialproduktzuwachsrate. Dem muß das wirtschaftsgeschichtlich einmalige Ereignis entgegengehalten werden, daß das sogenannte „Wirtschaftswunder“ 1948/56 gerade in einer militärlosen Zeit, noch dazu unter Besatzungsbedingungen mit Investitionsraten bis zu 23 Prozent des Bruttosozialproduktes erfolgte.

d) Alte Hochindustrieländer neigen zu säkular abnehmenden Wachstumsraten, vor allem, wenn keine neuen Industrie- bzw. Wirtschaftssektoren entstehen. Und es sieht so aus, als ob selbst gleichbleibende Militärausgaben an derartigen Lücken in der wirtschaftlichen Entwicklung ihren Anteil haben, vor allem in Zeiten der Entspannung, wenn das Argument an Gewicht verliert, man brauche nach außen starken militärischen Schutz, um eine stabile wirtschaftliche Entwicklung zu garantieren. Vieles spricht dafür, daß wehrtechnische *spinn-off* und *spread-over* Effekte immer wieder überschätzt werden. Die Spezialisierung ist bei der Fertigung heutiger Waffen sehr hoch. Moderne Waffen sind äußerst inkonvertibel. Die Hoch-Technologie ist hingegen en bloc hochkonvertibel und produktionswirtschaftlich offenbar gut austauschbar. Je näher man an das ausschließlich militärisch nutzbare Endprodukt herankommt, um so inkonvertibler wird es.

II.

Konversion, die Umwandlung eines Teiles von zentralen Staatsausgaben, spielt sich einmal im Staatshaushalt (Budget), zum anderen in der Rüstungswirtschaft ab. Da seit 300 Jahren Militär- und Rüstungsausgaben Staatsausgaben sind, können wir die anderweitige Nachfrage nach Handfeuerwaffen, etwa durch die Land- und Forstwirtschaft sowie kleinere, mit Waffen versehene Verbände (Zoll, Grenzschutz, Wach- und Schließgesellschaften) vernachlässigen, da unsere Überlegungen makroökonomischer Art sind. Wir müssen beide Säulen der Konversion — die fiskalische und die produktionswirtschaftliche — gleichzeitig sehen, weil sie Teile des Sockels sind, auf dem sich wirtschaftliche

Entwicklung abspielt. Sowohl veränderte bzw. verminderte Staatsausgaben wie veränderte Staatsaufträge nehmen Einfluß auf Umfang und Zusammensetzung des Sozialproduktes, und sie tragen verschiedenartig zu einem Wirtschaftswachstum bei.

Militär- bzw. Verteidigungsausgaben sind in föderal geordneten Staaten Zentralstaatsausgaben, also müssen sie im Zentralbudget geführt werden. Dessen fiskalische Leistungsfähigkeit ist einmal abhängig vom Finanzsystem eines Staates und seiner Elastizität gegenüber Veränderungen des Konjunkturverlaufes sowie abhängig vom langfristigen wirtschaftlichen Wachstum. Die Steuerverteilung auf

die Gebietskörperschaften, Steuertarife sowie die Verteilung der Steuererträge bestimmen indirekt auch die Höhe von Verteidigungsausgaben, wobei der Finanzausgleich zwischen den Gebietskörperschaften Spannungen zwischen Finanzbedarf und Finanzaufkommen glätten kann.

Verteidigungsausgaben nehmen in entwickelten Altindustriestaaten etwa drei Prozent des Bruttosozialproduktes in Anspruch. In Nuklearstaaten sind es bis zu sechs Prozent. Während der Anteil der physischen Rüstung an der Nettoindustrieproduktion selten mehr als zwei Prozent der gesamten Industrieproduktion beträgt, beläuft sich der Anteil der Beschäftigten im militärischen Sektor – einschließlich der Streitkräfte selbst – in der Bundesrepublik auf etwa dreieinhalb Prozent (einschließlich der Bundeswehrzivilverwaltung). Nicht mehr als 16,6 Milliarden DM werden jährlich in der Bundesrepublik für Rüstung, einschließlich des einfachen Feldzeugs für jeden Soldaten, ausgegeben. Dieser Betrag umfaßt die Ausgaben sowohl für Gewehre wie die Kosten von etwa 100 Millionen DM für einen „Tornado-MRCA“. Würden vier Milliarden einmalig eingespart werden, so wären das kaum 0,2 Prozent des Bruttosozialproduktes. Dieser kleine Sektor kann jedoch deshalb erhebliche Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben, weil er qualitativ mit viel „Wissensleistungen“ und hochqualifiziertem Material, kapitalintensiv produziert, angereichert ist. Dieses Material kann in seiner endmontierten Fertigung nur begrenzt anderweitig verwendet werden. Konversion sollte daher auf möglichst frühen Erzeugungstufen beginnen.

Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt ist von ca. 32 Prozent (1956) auf 18 Prozent (1989) gesunken. Insofern gab es bereits eine relative budgetinterne Konversion zwischen verschiedenen Zentralstaatsausgaben. Innerhalb der Verteidigungsausgaben sind vor allem die Aufwendungen für Wartung, Unterhalt, Logistik (Nachschub) und Kommandostrukturen gestiegen. Insgesamt zeichnet sich ein Anstieg von Dienstleistungen innerhalb des militärischen Sektors ab. Eine lineare, alle Ausgabengruppen gleichmäßig treffende Konversion tangiert unterschiedliche Entwicklungen einzelner Teile von Verteidigungshaushalten. Deshalb wird meist eine nicht-lineare Kürzung von Verteidigungsausgaben gefordert, damit der so reduzierte militärische Bereich noch eine aufgabengerechte Struktur aufweist. Es wird somit deutlich, daß Konversion abhängig ist von der bisherigen Bewaffnungsstruktur sowie vom Verhältnis zwischen Personalausgaben und sogenannten Sachausgaben.

In den Streitkräften älterer Industriestaaten sind die Jahresausgaben für Rüstung unter 25 Prozent aller Verteidigungsaufwendungen gefallen (um 1900 waren es noch 40 Prozent). Die Personal- und

Personalnebensausgaben (z. B. Gesundheits- und Wohnungsfürsorge) stiegen langfristig in diesem Jahrhundert auf 45 Prozent und mehr. Die Wirkungen von Umschichtungen von Militärausgaben sind mithin abhängig von deren Struktur. Da die Rüstungswirtschaft in der DDR keine Produktion schwerer Waffen kennt, spielt sich dort die begonnene Konversion auf einem niedrigeren Niveau ab als in der Bundesrepublik. Hier ist die Wehrtechnologie hochentwickelt, vor allem beim Panzer-, Flugzeug- und Schiffbau, weniger bei Raketen und gar nicht bei ABC-Waffen, auf die die Bundesrepublik verzichtete.

Einen parlamentarisch-demokratischen Bewilligungsprozeß von Militärausgaben hat es in der DDR nicht gegeben. Rüstungswirtschaft und Zentralstaatshaushalt wurden als Bestandteile einer Zentralplanwirtschaft verstanden. Soweit Fehlentscheidungen bei der Finanzierung und Bewaffnung und damit verbundene Wohlfahrtsverluste für die Gesellschaft auftraten, waren sie Ausdruck und Ergebnis bürokratischer Zentralplanung. Unter demokratischen Bedingungen der Budgetbewilligung kann es ebenfalls Fehlentscheidungen geben. Sie beruhen auf parlamentarischen Kompromissen, besonders bei schnell wechselnden Regierungskoalitionen. Es kann auch zu paradoxen Entscheidungen kommen. Mit Blick auf die Verabschiedung des Gesamtbudgets werden halbherzige oder widersprüchliche Entscheidungen über Einzelpositionen (Titel) getroffen. So können Gelder bewilligt werden für „öffentliche Güter“ (also auch Waffen), die niemand will, um Gemeinsamkeit bei anderen Budgetpositionen zu erzielen. Oder es unterbleiben Einzelbewilligungen für ausgewählte Teile von Militärausgaben, weil keine Einigung erzielt werden kann. Wenn der „Verteilungskampf im Parlament“ um öffentliche Gelder heftig wird – und er ist in diesem Jahrhundert heftiger geworden, weil die Staatsaufgaben stiegen –, so kann die Stückzahl großer Waffensysteme so stark gesenkt werden, daß der militärische Auftrag nicht mehr sinnvoll wahrgenommen werden kann. Das wird wohl auch beim derzeit in der Entwicklung und Erprobung befindlichen „Jägers 90“ der Fall sein. Dann ist es besser, auf Militärausgaben dieser Art ganz zu verzichten.

Zwei Folgerungen drängen sich auf. Erstens: In der DDR hat Konversion wegen des grundlegenden ordnungspolitischen Umbruchs in Wirtschaft und Gesellschaft auf relativ niedrigem wehrwirtschaftlichem Niveau eine gute Chance, vergleichsweise schnell zu gelingen. Zweitens: Konversion kann, auch abhängig von der erreichten Niveauhöhe wirtschaftlicher Entwicklung, als Rückführung von Staatsausgaben in die private Wirtschaft dazu beitragen, eingetretene Disproportionen in der wirtschaftlichen Entwicklung auszugleichen. Konversion gelingt im Sinne einer gleichgewichtigen oder

ungleichgewichtigen wirtschaftlichen Entwicklung jedoch nicht automatisch. Sie muß sogenannten Optimierungsbedingungen genügen. Sorgfältig müssen die positiven wie negativen Effekte von Konversion im militärischen Sektor mit den Vor-

und Nachteilen nicht-öffentlicher (Verbrauchs- und Investitions-)Ausgaben verglichen und saldiert werden. Erst ein Saldo aller Vor- und Nachteile erlaubt es, ein Urteil zu fällen über den Erfolg von Konversion.

III.

In der öffentlichen Diskussion werden zumeist nur bestimmte Argumente für oder gegen Konversion erörtert, wobei der Zusammenhang zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ihren Bedingungen und ihren Wirkungen, meist garnicht erst in den Blick genommen wird. Das Argument der Gewerkschaften etwa (bei aller positiven politischen Einstellung dazu), Konversion vernichte Arbeitsplätze, ist nur dann richtig, wenn in einer mittleren Periode per saldo nicht mehr andere Arbeitsplätze entstehen und wenn der Realeinkommensausfall nicht über die Sekundärverteilung (Sozialversicherung usw.) aufgefangen werden kann. Schon während der mittelfristigen Periode muß Konversion jedoch zum langfristigen Wirtschaftswachstum beitragen, oder das Wachstum der Gesamtwirtschaft flacht ab. Konversion gelingt dann fiskalisch, aber nicht produktionswirtschaftlich und gesamtwirtschaftlich.

Bei ordnungspolitischen Strukturumbrüchen, wie derzeit in der DDR, ist die langfristige wirtschaftliche Wachstumsrate unter neuen markt- und wettbewerbswirtschaftlichen Bedingungen eine unbekannte Größe. Berechnungen über Erfolge und Mißerfolge von Konversion sind dann nur in alternativen Szenarien möglich. Mißlingt in der kurzen wie mittleren Periode eine überstürzt eingeführte Marktwirtschaft, kann auch Konversion keinen Beitrag zur Anhebung des langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungspfadest leisten.

Wir betrachten hier nur die mögliche Struktur derartiger Szenarien. Sie mit Daten anzureichern, bleibt eine Aufgabe der Wirtschaftsempirie, die sich ihrerseits der Statistik und Schätzungen bedient. Gehen wir davon aus, daß Konversion kurz-, mittel- und langfristig erfolgen kann, daß sie sich einmal im Zentralstaatsbudget, zum anderen in der Produktions- und Dienstleistungswirtschaft abspielt, unterstellen wir zudem, daß Konversion fiskalisch als interne Verschiebung innerhalb der Verteidigungsausgaben (ressortintern), innerhalb des Gesamtbudgets (budgetintern) — z. B. zugunsten von Bildungs- und Ökologieausgaben — oder, als budgetverlassend, zugunsten des nicht-öffentlichen Sektors auftreten kann, so sind offenbar zahlreiche Erscheinungsformen von Konversion denkbar. Nimmt man ferner eine weitere Unterteilung in Umrüstung, Abrüstung und intensivierete konventionelle Rüstung hinzu (alle drei Formen können durch internationale Verhandlungen herbeigeführt

werden), so erhöht sich die Zahl denkbarer Fälle um ein Vielfaches. Dabei erhalten einzelne Felder ungleiche gesamtwirtschaftliche Gewichte. Zum Beispiel kann eine kurzfristige Um- und Abrüstung im Verteidigungssektor in Form von neuen oder weniger benötigten Handfeuerwaffen ein vergleichsweise harmloser Vorgang sein im Vergleich zum Umbau und/oder Verzicht eines Großwaffensystems (Panzer, Fregatten, Mehrzweckkampfflugzeuge). Das heißt, gesamtwirtschaftlich kann Konversion infolge ihrer ungleich vorstellbaren Struktur nicht nur unterschiedlich aussehen, sondern auch ungleiche, in Geldgrößen gemessene Einflüsse auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung nehmen. Ebenso wie die Bewaffnungsstrukturen tritt auch ihre Konversion in unterschiedlicher Quantität und Qualität auf. Rüstungskonversion ist also kein homogener Vorgang.

Statistiker, die eine derartige Vielzahl von Zuordnungen und Abhängigkeiten (Matrix) ausfüllen wollen, stoßen neben den Beschränkungen, die die traditionelle Geheimhaltung von Militär-, und hier besonders von Beschaffungsausgaben bietet, mit Zahlenmaterial auf zwei grundlegende Schwierigkeiten. Erstens: In fast allen Ländern fehlt eine befriedigende Eingliederung von Militärausgaben in eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (die nicht mit einem Zentralplan verwechselt werden darf). Möglicherweise kann eine derartige Makrorechnung jetzt in der DDR nach dem ordnungspolitischen Paradigmawechsel von 1989/1990 von Grund auf erstellt werden. Zweitens gibt es nur unvollständige sogenannte „input-output-Tabellen“ für den zu konvertierenden militärischen Sektor. Man versteht darunter eine zahlenmäßig belegte Darstellung z. B. von Aufwendungen für Soldaten, Offiziere, Gerät, Bauten usw. und die durch sie erbrachten militärischen Schutzleistungen. Hier tauchen viele Bewertungs- und Zurechnungsprobleme auf, die man aber, wie es die US-amerikanische Wirtschaftswissenschaft zeigt, im Großen und Ganzen lösen kann.

Die Vereinten Nationen haben sich in den letzten 20 Jahren große Verdienste erworben, Militärausgaben international vergleichbar zu machen. Folgt man der von der UNO entwickelten speziellen Abrüstungsmatrix — die im übrigen völlig unvergleichbar ist mit der Systematik sowohl des bundesdeutschen wie des bekanntgewordenen DDR-Ver-

teidigungshaushaltes —, so können auf ihrer Grundlage auch vergleichbare und nachprüfbar (verifizierbare) Konversionsschritte eingeleitet werden.

Es gibt auch in der ökonomischen Konversionsforschung Ablaufmodelle und zielorientierte Bedingungsmodelle. Ablaufmodelle gehen von einer bestimmten Situation aus, die durch bestimmte Investitions-, Verbrauchs-, Liquiditäts-, Außenwirtschaftsneigungen usw. charakterisiert ist. Das Modellergebnis ist offen. Dargestellt wird der Ablauf eines wirtschaftlichen Umstellungsprozesses unter gegebenen Annahmen. Bedingungsmodelle sind eher das Gegenteil: Sie fragen nach unverzichtbaren und hinreichenden Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um Konversion (oder: Konjunkturpolitik, Außenwirtschaftspolitik, Geldpolitik usw.) gelingen zu lassen. So kann gefragt werden, welche Bedingungen im Finanz- und Steuersystem, im Kredit- und Währungssystem erfüllt sein müssen, um ein „optimales“ Budget oder ein „optimales“ Sozialprodukt oder einen „optimalen“ Wachstumspfad zu erreichen. Die Kriterien für ein Optimum müs-

sen natürlich genannt werden. Eine besondere Schwierigkeit liegt darin, daß sich, auch wegen der Generationenfolge, die gesellschaftlichen Kriterien für ein „Optimum“ verschieben, wie es u. a. in den vielen jugendlichen Nebenkulturen oder durch die Gründung alternativer politischer Gruppen sichtbar wird. Niemand kann derzeit sagen, was in der kommenden mittleren Periode der neunziger Jahre eine „normale“ und was eine „alternative“ politische Gruppierung sein wird.

Theoretisch-analytisch ist diese „Optimum“-Problematik jedoch lösbar, wie es besonders die angelsächsische „Wohlfahrtsökonomie“ gezeigt hat. Es ist durchaus vorstellbar, daß Konversion ein Instrument sein kann, makroökonomisch den „golden-age-path“ wirtschaftlicher Entwicklung wieder zu betreten. Er ist u. a. gekennzeichnet durch eine langfristige Gleichgewichtstendenz zwischen Produktivitätswachstum, Einkommensverteilung und Zusammenführung gesamtwirtschaftlich wirkender Produktionsfaktoren wie Arbeit, Kapital, Natur, Organisation, Technik usw.

IV.

Mit dem Hinweis auf die Ursachen für die Vielzahl denkbarer Konversionsfälle hat sich die wirtschaftswissenschaftliche Darstellung einer Umschichtung von Staatsausgaben innerhalb des Zentralbudgets oder zugunsten des nicht-öffentlichen Sektors keineswegs erschöpft. Zwischen den Werten in einzelnen Feldern der Matrix gibt es funktionale Beziehungen. Da schon die Wehrstrukturen (Wehrpflichtarmee, Freiwilligen-/Berufsarmee, Miliz usw.) ungleich sind, werden stabilitätsorientierte Konversionsmaßnahmen in der politischen Welt in der Regel nicht-linear sein, schon um ähnliche Militärkörper zu schaffen, die auch Gegenstand weiterer internationaler Abrüstungsverhandlungen sein können. Damit kann im Modell die Bedingung verknüpft werden, daß der militärische Apparat den allgemeinen Voraussetzungen eines optimalen Wirtschaftswachstums (das gleichgewichtig oder ungleichgewichtig sein kann) genügen muß, nämlich nur soviel militärische Schutzleistung zu „produzieren“, wie es angesichts der Bedrohungssituation, der geopolitischen Weltlage usw. entspricht.

Rüstungskonversion im wirtschaftlichen Kreislauf und in der wirtschaftlichen Entwicklung zu sehen, ist nur *ein* Blickwinkel; die militärpolitisch-strategische und die verteidigungspolitische Sichtweise ist eine andere. Die jeweiligen Betrachtungsweisen können durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. In den USA ist z. B. der Zusammenhang zwischen Militärausgaben und Nationaler Sicher-

heit eine gängige Vorstellung, die man in der deutschen Finanz- und Wirtschaftswissenschaft vergeblich sucht. Es gibt Untersuchungen, die zu dem Ergebnis kommen, daß „reiche“ Länder (gemessen am Realeinkommen je Kopf oder am Familieneinkommen) eher auf Teile ihrer Militärausgaben verzichten können als arme Länder. Allerdings sind reiche Länder mit einem Mischsystem zwischen öffentlichem, wohlfahrtsorientierten Sektor und einem gewinnorientierten, privatwirtschaftlichen Sektor ausgezeichnet durch Starrheiten, die die wirtschaftliche Entwicklung wie die Konversion gleichermaßen hemmen. Dazu gehören starre Löhne, festgezurte Tarifvereinbarungen, institutionelle Hindernisse von Verwaltungen und Bürokratie, Risikoscheu der Großindustrie, die Abnahmegarantien des Staates verlangt (und bekommt!), die Gewöhnung an einmal gewährte Subventionen, gerade auch bei Ausgaben für militärrelevante Forschung und Entwicklung. Jedenfalls läßt sich zeigen, daß Konversion, also die Abrüstung, „nach unten“ eine andere Beweglichkeit (Elastizität) aufweist als die Aufrüstung. Konversion ist nicht das genaue Spiegelbild von Aufrüstung in umgekehrter Richtung. Der Prozeß „nach unten“ weist eigene Hindernisse auf.

Funktionale Beziehungen — die Zahl verschrotter Panzer ist z. B. abhängig von den dafür zur Verfügung stehenden Finanzmitteln — gibt es sowohl zwischen den drei erwähnten Perioden als auch zwischen den drei Formen fiskalischer Konversion und

zwischen Umrüstung, Abrüstung und intensivierter konventioneller Rüstung. Zwar können derartige funktionale Beziehungen jeweils theoretisch isoliert werden (welcher Zusammenhang besteht z. B. zwischen Umrüstung und intensivierter konventioneller Rüstung?), man kann sich aber darüber hinaus vorstellen, daß zwischen gebündelten funktionalen Beziehungen wiederum Abhängigkeiten bestehen. Man erhält so ein — abstraktes, später mit Daten angereichertes — Netzgebilde „mehrfachinterdependenter“ Beziehungen.

Ein derart komplexes interdependentes System bedarf zu seiner praktischen Handhabung (Operationalisierung) meist einer praktikablen Vereinfachung, was in der Wissenschaftstheorie „Reduktion von Komplexität“ genannt wird. Ein Beispiel: Der Verzicht auf ein Großwaffensystem (Zerstörer, schwere Panzer, Fernkampfbomber) kann ressortintern die Ausgaben für andere Waffen begünstigen. In der kurzen Periode aber weniger als in der langen Periode: In hundert Jahren ist alles konvertibel, auch die gesamte Automobilindustrie; es gibt ja auch keine Kavallerie mehr. Die langfristige Umstellungsflexibilität sowohl der Bewilligung von Militärausgaben im Parlament als auch die der Rüstungswirtschaft ist langfristig keine konstante Größe, sondern verändert sich. Sie ist in diesem Jahrhundert geringer geworden, unterbrochen von Eruptionen infolge durchgreifender, das gesamte Wirtschaftsleben wandelnder Innovationen, wie derzeit die Computertechnik. Besonders die budgetverlassende Konversion kann in der mittleren wie in der langen Periode eine Tendenz zu gleicher, niedrigerer oder höherer Umstellungsflexibilität aufweisen als die Gesamtwirtschaft. Alternative Produkte können möglicherweise schneller und ohne größeren begleitenden bürokratischen Apparat erzeugt werden als Waffen. Gelingende oder mißlingende Konversion kann als Impuls oder als Hemmnis wirtschaftlicher Entwicklung auftreten. Nicht nur der Wissenschaftler steht also vor der Notwendigkeit, in einem mehrdimensionalen Netz von Beziehungen „Gewichte“ zu erkennen und zu setzen. Was ist jeweils die stärkste Tendenz z. B. zwischen freisetzender und alternativ kompensierender Beschäftigung bei Konversion? Ist der Budgetbewilligungsprozeß im 20. Jahrhundert durch die Vorarbeiten in den Fachausschüssen des Parlamentes flexibler geworden als manche schwerfälligen Unternehmensentscheidungen in Rüstungsgrößbetrieben? Haben sich die „Lebenszyklen“ großer Beschaffungsvorhaben von fünf bis fünfzig Milliarden DM, über eine mittlere Periode verteilt, langfristig gleichläufig oder gegenläufig zum Konjunkturzyklus entwickelt, der üblicherweise sieben bis neun Jahre dauert? Es läßt sich zum Beispiel nachweisen, daß der

konjunkturpolitisch brauchbare Teil von Militärausgaben langfristig kleiner wurde.

Neben der Verknüpfung einzelner Felder der Matrix in einem und durch ein multiinterdependentes System von Beziehungen muß deutlich gemacht werden, daß die Kurzzeitanalyse eher statischen Charakter hat und eher für einen als geschlossen vorgestellten Wirtschaftskreislauf gilt als die Langzeitanalyse. Diese begreift kurzfristige Umstellungsprozesse meist als Reibungsverluste im weiter gespannten Rahmen eines überlagernden größeren Zusammenhanges. Ähnlich sind Methoden und Instrumente der ökonomischen Kurzzeitanalyse von Konversion andere als die der Langzeitanalyse. Die Langzeitanalyse ergibt sich jedoch nicht durch eine bloße Aneinanderreihung von vielen kurzen Perioden; ihr Blickwinkel ist von vorneherein weiter. Jede Analyseform besitzt ihre eigene Qualität. Es kann die Langzeitanalyse z. B. nichts aussagen über den Einsatz von Militärausgaben in einem bestimmten Konjunkturzyklus. Die Betrachtung einer mittleren Periode von fünf bis sieben Jahren etwa kann keine Aufschlüsse geben z. B. über die monatliche Herstellung von Infanteriemunition.

Blickt man auf die gesamte bisher geleistete Konversionsforschung, die sich erst in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland entwickelte, so können zwei Haupttendenzen seit 1980 festgestellt werden: Erstens ist es den Wirtschaftswissenschaftlern weit hin gelungen, das Puzzlespiel auch geheimgehaltener statistischer Daten über den militärischen Sektor gleichsam neben der amtlichen Statistik zu einem erkennbaren Bild in mühevoller Kleinarbeit zusammenzusetzen. Zweitens gibt es Anzeichen dafür, daß es auch gelingen kann, Konversion als Strukturwandel in die Theorie, Empirie und Politik mittel- und langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung einzubeziehen.

Beide Tendenzen lassen erhebliche Fortschritte in der Konversionsforschung erwarten. Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit läßt sich beim derzeitigen Stande der Konversionsforschung sagen, daß Konversion in entwickelten Industriestaaten ein mittelfristiger Vorgang ist. Es kann etwa fünf bis acht Jahre dauern, bis er dauerhafte Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausstrahlen wird. Man darf für die Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht übersehen, daß die Regierung vor dem Umbruch im Ostblock 1989/90 Verpflichtungen von mindestens sechzehn Milliarden DM für die nächsten fünf Jahre eingegangen ist (sogenannte Verpflichtungsermächtigungen), die gegenüber der Rüstungswirtschaft rechtsverbindlichen Charakter haben: ein schwerer Starrheitsfaktor im Konversionsprozeß.

V.

Die vergleichsweise geringen Quantitäten, die z. B. bei einer 25prozentigen Konversion großer Waffensysteme in Bewegung geraten, liegen derzeit jährlich bei ca. zweieinhalb bis drei Milliarden DM. Wird der Verteidigungshaushalt wie bisher fortgeschrieben, so können daraus in den nächsten Jahren drei bis vier Milliarden DM werden. Für 1991 wurde der Verteidigungshaushalt jedoch um ca. 900 Millionen DM gekürzt — eine ressortverlassende Konversion mithin, da der Gesamthaushalt um 3,6 Prozent stieg. Zählt man Munitionierung, Feldzeug, leichtes Gerät usw. hinzu, so erreicht eine Konversion von jährlich 30 Prozent der physischen Rüstung noch nicht einmal die Höhe etwa der Aufwendungen des Bundes für die Entwicklungshilfe (ca. sieben Milliarden DM 1990).

Eine langfristige strukturelle Konversion im militärischen Sektor stellen in diesem Jahrhundert die Auflösung von Festungen oder das Ende der Kavallerie dar (kostenmäßig allerdings überflügelt von der Produktion gepanzerter Fahrzeuge, von Flugzeugen und Raketen). Auch eine Zusammenlegung oder Auflösung großer Übungsplätze und Manövergebiete — wie sie jetzt sowohl für das Gebiet der DDR wie für die Bundesrepublik zur Diskussion steht — kann zur Konversion gehören. Ressortintern muß seit den dreißiger Jahren relativ viel ausgegeben werden für die Luftwaffe, die eigene Flugplätze benötigt. Geblieben sind die Kasernen für die Unterbringung der Soldaten. Eine Milizarmee kennt Ausgaben für Kasernen nicht in der Höhe, wie sie für eine Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee erforderlich sind. Einschließlich der Bundeswehrverwaltung (176 000 Beschäftigte) und ca. 210 000 in der Rüstungsfertigung Beschäftigten sind in der Bundesrepublik derzeit etwa 870 000 Menschen unmittelbar im militärischen Sektor tätig; das sind 3,6 Prozent aller Erwerbstätigen. Im Langzeitvergleich seit Gründung der Bundeswehr ist der militärische Sektor in der Bundesrepublik jedoch klein — gesamtwirtschaftlich wie im internationalen Vergleich, gemessen etwa an den USA, der UdSSR oder Frankreich.

Bei Bauten und Liegenschaften ist Konversion gut möglich. Tiefbau/Hochbau können unmittelbar z. B. in Bauten des Zivilschutzes transformiert werden. Der freilich ist in erster Linie Ländersache und Konversion berührt damit den sogenannten vertikalen Finanzausgleich zwischen den Gebietskörperschaften. Teile militärischer Anlagen wie Panzerstraßen oder Flugsicherungsanlagen lassen ebenfalls eine schnelle Konversion zu.

Alle Konversionsmaßnahmen und -projekte, besonders bei budgetverlassender Konversion, unterliegen einer sozio-ökonomischen Nutzenmessung. Werden politische Prioritäten für Konversionspro-

jekte gesetzt (Gesundheitsdienste, Ökologie, Bildungseinrichtungen, staatsbürgerliche Bildungsarbeit u. a.), entscheidet wirtschaftliches Aufwands- und Ertragsdenken über Gewicht und Rangfolge der Prioritäten. Abweichungen von einer Prioritätenskala stellen wohlfahrtstheoretisch wie -politisch „Verluste“ dar. Dabei wird unterstellt, daß der Konversionsprozeß nicht ausschließlich dem freien Markt überlassen bleiben kann. Der sozio-ökonomische Wohlfahrtsverlust wird um so größer, je mehr sich die politischen Entscheidungsträger vom Wählerwillen entfernen. Das galt und gilt für Militärausgaben, das gilt aber auch für künftige, staatlich finanzierte Konversionsprojekte. Es wird die Problematik der Messung, des Mitteleinsatzes wie der Rangfolge von Staatsausgaben nicht aufgehoben, sondern verschoben. Steuererleichterungen (etwa „Konversionsabschreibungen“ anstelle von „Berlin-Abschreibungen“) können Konversion flankierend begleiten. Allerdings hinterläßt besonders die mittel- und langfristige Konversion eine veränderte Struktur des Sozialproduktes, was bei gegebenem Finanzsystem das weitere Steueraufkommen (und damit indirekt weitere Konversionsschritte) beeinflusst.

Das Nachrichtenwesen und die militärspezifische Kommunikation („Intelligence and Communication“) sind rasch konversionsfähig. Das Fernsprechnet der Bundeswehr kann entweder in das allgemeine Netz eingegliedert oder es kann zum speziellen Katastrophennetz umfunktioniert werden. Militärische Flugaufklärung kann in Wetter- und Umweltaufklärung transformiert werden, Hafemolen, Versuchsgelände, militärische Teile von Zivilflugplätzen können sofort umgewandelt werden. Je näher man an das militärische „Endprodukt“ herankommt — besonders an Spezialfahrzeuge und Geschütze —, um so inkonvertibler wird die militärische Produktion, vor allem, wenn Rüstungsexporte kleingehalten werden. (Sie betragen in der Bundesrepublik 1990 ca. 0,15 Prozent des Bruttosozialproduktes.) Teile des Nachschubwesens (Logistik) können in Gestalt von Freigabe bisheriger militärischer Sicherheitszonen — man denke an die plötzliche Auflassung der „Demarkationslinie“ zwischen der DDR und der Bundesrepublik —, Umpolen der NATO-Pipeline u. a. schnell konvertiert werden. In anderen Staaten hat sich ferner gezeigt (z. B. die USA nach dem Vietnamkrieg, Schweden in einem Konversionsversuch 1981/85), daß die Umwandlung von fachtechnisch ausgebildetem Personal des Militärs leichter ist als die zivile Neuverwendung von Berufssoldaten und längerdienenden Zeitsoldaten ohne Fachausbildung. Eine Streitkraft mit einem hohen Anteil an kurzdienenden Zeitsoldaten und konventioneller Bewaffnung ist leichter umzuwandeln als eine Berufsarmee, die

ja auch eigene, feste gesellschaftliche Wertvorstellungen entwickelt. Die Bundesrepublik bietet daher vergleichsweise gute Chancen für Konversion; ein Land wie die DDR, das keine schweren Waffen erzeugte, bietet freilich noch bessere.

Durch die Bildungsreform in der Bundeswehr von 1970/73 gab es schon eine indirekte Konversion: Innerhalb des Verteidigungshaushaltes stiegen seitdem die Bildungsausgaben. Es wird ein potentiell Konversionspersonal ausgebildet, das nach Ableistung des Wehrdienstes — auch mit Hilfe unterstützender Berufsförderungsmaßnahmen — auch in den nicht-öffentlichen Sektor geht. Ressortinterne und budgetverlassende Konversion haben sich hier miteinander verbunden. Demgegenüber bietet der „lebenslange“ Berufssoldat geringere Konversionschancen, weil seine Aus- und Weiterbildung militärspezifischer Natur ist.

Nicht von ungefähr hat sich die politische Konversionsdebatte orientiert an den großen Waffensystemen: der Nato-Fregatte NF 90, dem „Jäger 90“, einem möglichen Leopard III. Hier ist der Ort der großen, gesamtwirtschaftlich ins Gewicht fallenden Beschaffungsausgaben. Alle drei genannten Systeme sind derzeit strittig, bereits ausgegebene Entwicklungsgelder können nur zum Teil nachträglich für alternative Produkte konvertiert werden. Leider wird die politische Konversionsdebatte nahezu ohne Kenntnis von Theorie und Empirie mittel- und langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung geführt. So werden selektiv Argumente aneinandergereiht, die jedes für sich nicht falsch, aber dennoch nicht hinreichend sind für Analyse und Steuerung gesamtwirtschaftlicher Konversion. Die SPD wie die Gewerkschaften betonen die Beschäftigungsseite von Konversion, Arbeitsplätze sollen nicht vernichtet werden. Die CDU/CSU — in Bayern ist praktisch die gesamte Luft- und Raumfahrtrüstung zu Hause — betonen die Notwendigkeit und Freiheit unternehmenspolitischer Entscheidungen. Erfahrungen mit Konversion gab es bisher in der Bundesrepublik nicht. Das ruft die Wirtschaftswissenschaftler auf den Plan, die Modelle und Szenarien für verschiedene, fiskalisch fundierte Konversionsfälle in der kurzen, mittleren wie langen Periode mit Blick auf einen möglichst gleichgewichtigen Wachstumspfad entwerfen.

Der technische Fortschritt im Militärsektor zeichnet sich durch zwei Tendenzen aus (beide Tendenzen treten in den USA, Frankreich und Großbritannien als Nuklearmächte stärker auf als in der Bundesrepublik): Erstens ist bei stark zerlegter Arbeitsteilung die Rüstungsfertigung in Mischproduktion mit anderen Gütern und typischer Montagefertigung in mehreren Stufen durch den Anstieg von „Wissensleistungen“ (Konstrukteure, Ingenieure, Planungsmanagement) durchaus arbeitsintensiv. Zweitens wurde die Rüstungsfertigung langfristig

militärspezifischer — die sogenannten „spinn-off-Effekte“ wurden dabei stets überschätzt. Konversion hinterläßt mithin einen Friedhof von Wissen und Leistungen (weniger von realen Produktionskapazitäten), der gesamtwirtschaftlich „abgebucht“ werden muß. Tritt eine produktivitäts- und entwicklungsfördernde alternative Produktion an die Stelle von Militärgerät, so kann unter günstigen Umständen das soziale Produkt gesteigert werden. Das tritt aber nicht automatisch ein. Zur Bekämpfung von Schädlingen in der Land- und Forstwirtschaft werden einfachere Flugzeuge und „Sprühkanonen“ benötigt als etwa für den raketenbestückten Hubschrauber PAH 1, der derzeit gebaut wird. Andererseits ist es gerade der Hubschrauber, der von den Militärs — auch nach den Erfahrungen im Vietnamkrieg — als für das neue Gefechtsbild unverzichtbar angesehen wird. Militärischer technischer Fortschritt ist erfahrungsgemäß überdurchschnittlich teuer, der sogenannte Kapitalkoeffizient (Realkapitalstock zu produziertem Einkommen bzw. produzierter sozialer Schutzleistung) ist relativ hoch. Der Arbeitskoeffizient (Beschäftigungsmenge zu produzierter Schutzleistung) ist infolge vieler Konstruktions-, Planungs- und Wartungsleistungen ebenfalls hoch.

In der Rüstungsfertigung werden vergleichsweise mehr hochspezialisierte Beschäftigte gezählt als in der übrigen Industrie. Nur die zivile Luft- und Raumfahrt, auf die auszuweichen die deutsche Luftrüstung offensichtlich bereit ist, bietet ein ähnliches Bild. Je ähnlicher strukturell der zu konvertierende Sektor mit dem schließlich konvertierten Sektor ist, um so reibungsloser kann Konversion gelingen. Ein Umbau des Steuersystems und Tarifkorrekturen können Konversion begünstigen, soweit nicht neue Staatsaufgaben und -ausgaben (z. B. Kosten aus dem Staatsvertrag mit der DDR) Steuersenkungen unmöglich machen. Wichtig ist es, zu erkennen, daß Konversion kein beliebiger Vorgang in einer beliebigen Situation erreichter wirtschaftlicher Entwicklung ist. Mit ihr werden Elastizitäten der Märkte (einschließlich der Kreditmärkte), des Sparens, des Verbrauches, der gesamtwirtschaftlichen Liquidität berührt. Allgemein sind diese Elastizitäten in alten Hochindustrieländern starrer als in jüngeren Industriestaaten. Konversion verlangt daher einen Zeitbedarf, der bei etwa vier bis sechs Jahren liegen dürfte.

Daß Konversion nicht nur gesamtwirtschaftlich, sondern auch branchenwirtschaftlich und für ein einzelnes Unternehmen ein strukturell bedeutsamer Vorgang ist, wird deutlich, wenn man sich die beiden grundlegenden Konversionsformen vor Augen führt, die sich in der Bundesrepublik nun abzeichnen beginnen: Erstens kann sich Konversion innerhalb eines Unternehmens abspielen, vor allem bei ausgeprägter, schon vorhandener Mischfertigung. Es können z. B. Lkws anstelle von gepanzer-

ten Fahrzeugen erzeugt werden. Zweitens kann sich ein Unternehmen oder eine Unternehmensgruppe bewußt verkleinern, indem man die militärrelevante Produktion aufgibt und freiwerdende Mittel beispielsweise an den Kapitalmärkten angelegt werden. Optimisten unter den Konversionsforschern hoffen, daß über die Kreditmärkte bei günstigen Zinskonditionen die freien Marktkräfte ausreichen, um Konversion marktwirtschaftlich gelingen zu lassen.

Hier wird deutlich, daß Konversion auch ein ordnungspolitisches Problem darstellt: Wieviel Start-

hilfen — und in welcher Form — soll der Staat anbieten, um Konversion außerhalb des Staatssektors gelingen zu lassen? In der Bundesrepublik wie bei der teils zwanghaft-unfreiwillig angelaufenen Konversion in der Nationalen Volksarmee der DDR, aber auch in der DDR-Wirtschaft selbst mit ihrem typisch niedrigen Produktivitätsniveau steht ein Konversionsprozeß noch vor seinem eigentlichen Beginn. Der Wirtschaftswissenschaftler muß davor warnen, auf schnelle und die weitere wirtschaftliche Entwicklung durchgreifend wandelnde Erfolge zu hoffen. Rüstungskonversion wird ein Thema der gesamten neunziger Jahre sein.

Vom Klassenfeind zum Kameraden?

Soziale Deutungsmuster von Offizieren der Nationalen Volksarmee (NVA)

I. Problemaufriß

Jahrzehntlang schienen die Strukturen des Ost-West-Konflikts zumindest im Grundsätzlichen unveränderbar. Zwei sich selbst als antagonistisch verstehende politische Systeme standen sich gegenüber. Ihre Unvereinbarkeit fand nicht zuletzt in hochgerüsteten Militärbündnissen seinen Ausdruck. Beiderseits der innerdeutschen Grenze standen sich die quantitativ und qualitativ stärksten Truppenkonzentrationen der Welt unmittelbar gegenüber; beide deutsche Staaten stellten die jeweils zweitstärksten Militärkontingente beiderseits des Eisernen Vorhangs, übertroffen nur durch die jeweiligen Supermächte USA und UdSSR.

Sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt beteuerten stets ihre eigene Defensivität, gingen aber gleichzeitig von der Angriffsfähigkeit des anderen aus: Die NATO beurteilte das Potential der Warschauer-Pakt-Streitkräfte als invasions- und überraschungsangriffsfähig, während das östliche Bündnis der NATO vorwarf, am nuklearen Ersteininsatz festzuhalten und sich weit in die Tiefe wirkende zusätzliche konventionelle Feuerkraft beschafft zu haben¹⁾. Aus der Bewertung des jeweils eigenen Verhaltens als friedfertig ergibt sich zwingend eine entgegengesetzte Einschätzung des Gegners: „Die Vorstellungen eines friedlichen Selbst und eines aggressiven Feindes ergänzen und verstärken sich.“²⁾

Die Forderung nach „ständiger Einsatzbereitschaft“ — bis vor kurzem noch Dogma der Streitkräfte in Ost und West — macht nur Sinn im Hinblick auf die Annahme einer latenten, jederzeit aktualisierbaren Bedrohung. Die Berufung auf diese Bedrohung diente stets als gewichtiges Argument

— gleich, ob es um die Höhe des Verteidigungs-etats, um Belastungen der Bevölkerung durch Manöver und Tiefflug, um rüstungstechnische Entscheidungen oder um militärinterne Organisationsprinzipien ging. Kurz: Die perzipierte Bedrohung durch einen möglichen Gegner sowie deren interne und öffentliche Behauptung besaßen sowohl eine eminente politische als auch militärische Bedeutung und Funktionalität.

Jahrzehntlang war für die Streitkräfte in Ost und West klar, wo die jeweilige Bedrohung auszumachen war. Am „potentiellen Gegner“ oder „imperialistischen Klassenfeind“ richtete sich der militärische Auftrag aus; der „Feind“ war fester Bestandteil der Lagebeurteilung von Soldaten beider Lager und bestimmte nicht nur Stärke, Bewaffnung und Ausrüstung der Armeen, sondern — so ist zu vermuten — auch das Bewußtsein der Soldaten.

Machten Geschichte und geostrategische Lage das geteilte Deutschland in der Vergangenheit zu einem Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes, so kann das zur Vereinigung strebende Deutschland nunmehr einen erheblichen Beitrag zu seiner möglichen Überwindung leisten. Der Weg zu stabilen Strukturen einer neuen Friedensordnung ist derzeit jedoch noch weit. Wohl aber steht fest, daß den sicherheitspolitischen und militärischen Fragen dabei erhebliche Relevanz zukommt, die Streitkräfte also in den Prozeß der Veränderung mit eingebunden sind.

Dabei geht es nicht nur um Panzer, Geschütze, Raketen usw., sondern immer auch um die Menschen, die in diesen Streitkräften Dienst tun. Hier soll vor diesem Hintergrund der Frage nachgegangen werden, wie sich Berufsoffiziere der Nationalen Volksarmee mit den gravierenden sozio-politischen Veränderungen auseinandersetzen. Angesichts des — im Wortsinn — laufenden deutschen Vereinigungsprozesses gewinnt diese Frage an zusätzlicher Aktualität.

¹⁾ Vgl. M. R. Hamm/H. Pohmann, Militärdoktrin und Strategien — die fehlenden Schlüssel zu erfolgreicher konventioneller Rüstungskontrolle?, in: Zeitschrift für internationale Fragen, 41 (1990)1, S. 68.

²⁾ Ebd., S. 61.

II. Zum Konzept sozialer Deutungsmuster

Die Komplexität der den Menschen umgebenden Welt muß – um für ihn verständlich und „handhabbar“ zu sein – von ihm reduziert und umgeformt werden zu dem, was wir „Wirklichkeit“ nennen. Die Möglichkeit, Welt zu erleben, ist prinzipiell offen, tatsächlich jedoch durch historisch-konkrete gesellschaftliche Tatbestände und die individuelle Lerngeschichte bestimmt. Die zunächst individuell und subjektiv erscheinende Deutung der Welt als eine bestimmte Wirklichkeit ist keine „private“ Deutung des einzelnen. Er bedient sich dazu vielmehr bereits vorliegender Deutungsschemata, die ihm von der Gesellschaft vermittelt wurden.

Die Aneignung solcher Interpretationsmuster geschieht durch soziale Interaktion. Auf diese Weise sind das Individuum und die ihn umgebende Gesellschaft miteinander verbunden, wird aufeinander bezogenes sinnvolles Handeln möglich. Die Konstruktion der Wirklichkeit geschieht als sozialer Prozeß, dessen Grundlage und wesentlicher Bestandteil soziale Deutungsmuster sind. Unter „sozialen Deutungsmustern“³⁾ werden zusammenhängende Argumentationsfiguren verstanden, gesellschaftlich gültige „Interpretationsfolien“, vor deren

Hintergrund es möglich ist, sinnvolle Zusammenhänge herzustellen.

Angesichts des sozialen Kontextes ihrer Genese ist offensichtlich, daß sich in sozialen Deutungsmustern überindividuelle Erfahrungszusammenhänge und Ergebnisse von Sozialisationsprozessen wiederfinden. Das bedeutet auf der anderen Seite, daß die Analyse der Deutungsmuster Einzelner Rückschlüsse auf die in bestimmten sozialen Gruppen vorhandenen Deutungsmuster insgesamt zuläßt.

Für das Offizierkorps der Nationalen Volksarmee ist diese Annahme um so plausibler, als die vorgegebenen politisch-ideologischen Normen explizit auf die Herausbildung eines einheitlichen, eben „klassenmäßigen“ Bewußtseins gerichtet waren. Konfrontiert mit den Umwälzungen der Gegenwart, erleben die Offiziere der NVA den Zerfall des politischen Systems, dessen militärischer Schutz ihre Aufgabe war. Bisher tragfähig erscheinende Deutungsmuster müssen unter dem Ansturm der Veränderungen geprüft, verändert und verworfen werden. Skizzenhaft soll im folgenden versucht werden, diesen Prozeß anhand von Befragungen nachzuzeichnen und verstehbar zu machen.

III. Zur Befragung

Der Versuch, soziale Deutungsmuster zu erheben, zielt auf die Rekonstruktion von Sinn- und Begründungszusammenhängen. Das zieht eine Reihe methodologischer und methodischer Konsequenzen nach sich, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann⁴⁾. Die nachfolgende Darstellung stützt sich im wesentlichen auf 15 Intensiv-Interviews mit Offizieren der Nationalen Volksarmee (Landstreitkräfte) sowie auf zahlreiche Hintergrundgespräche.

Die Befragung fand im Juni 1990 in den Standorten Potsdam, Brandenburg und Oranienburg statt⁵⁾. Es handelt sich um nichtstandardisierte, problemzentrierte Interviews von jeweils ca. einstündiger Dauer. Die Gespräche wurden auf Tonband mitge-

schnitten, zu Protokollen verarbeitet und einer vergleichenden Analyse unterzogen.

Die Gesprächspartner waren allesamt als Bataillonskommandeure eingesetzt, d. h. jeweils unmittelbar für die Führung von etwa 500 Soldaten verantwortlich⁶⁾. Dabei schwanken Alter, Dienstgrad und Stehzeit in der Funktion nicht unerheblich. So gibt es den 27jährigen Hauptmann als Kommandeur ebenso wie den 48 Jahre alten Oberstleutnant⁷⁾. Ebenso variiert die Waffengattungszugehörigkeit: Mot. Schützen, Artillerie, Panzer- und Raketenruppen sind ebenso vertreten wie die den Spezialtruppen/Diensten zugerechneten Sanitäts-, Pionier-, Transport- und Nachrichtenbataillone.

Die Teilnahme war selbstverständlich freiwillig; keiner der angesprochenen Offiziere weigerte sich, an der Befragung teilzunehmen. Die Interviews fanden als Vier-Augen-Gespräch statt, meist im Dienstzimmer des Kommandeurs.

³⁾ Ich greife weitgehend auf die Theorie sozialer Deutungsmuster zurück, wie sie die Forschungsgruppe um R. Zoll expliziert hat. Als Beispiel siehe: R. Zoll (Hrsg.), „Die Arbeitslosen könnt' ich alle erschießen!“, Köln 1984.

⁴⁾ Siehe dazu z. B. A. Honer, Einige Probleme lebensweltlicher Ethnographie, in: Zeitschrift für Soziologie, 18 (1989)4, S. 297–312.

⁵⁾ Es handelt sich um einen privaten Forschungsaufenthalt, der durch die Militärpolitische Hochschule der NVA ermöglicht und organisiert wurde. Ein Antrag des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, diese Thematik dienstlich aufzugreifen, wurde leider durch den fachlich zuständigen Referenten im BMVg abgelehnt.

⁶⁾ Die tatsächliche Stärke lag zum Befragungszeitpunkt bei durchschnittlich 30 Prozent der Soll-Zahlen.

⁷⁾ Um die Anonymität der Gesprächsteilnehmer zu gewährleisten, werden alle Angaben, die Rückschlüsse auf die Person zulassen, verfremdet.

IV. Ergebnisse

Bei der Frage nach der Reichweite und Verallgemeinerungsfähigkeit der dargestellten Befunde muß einerseits dem explorativen Charakter der Untersuchung Rechnung getragen werden, andererseits gilt, daß die hier erhobenen Deutungsmuster immer auch Ausdruck kollektiv verankerter Realitätsverarbeitung sind. Ob und wie weit diese Deutungen kollektive Geltung für die Offiziere der NVA besitzen, läßt sich daran erkennen, in welchem Umfang sie von den Gesprächspartnern als wahr, angemessen und selbstverständlich präsentiert werden⁸). In der Darstellung der Ergebnisse wird der Generalisierungsgrad durch vorsichtige Quantifizierungen wie „manche, einige“ usw. ausgedrückt, um den tentativen Charakter der Untersuchung zu unterstreichen.

Häufig wird auf wörtliche Zitate aus den Interviews zurückgegriffen. Sie sollten weder als Illustration, noch als Belege für die vorgestellten Erkenntnisse dienen. Sie sind vielmehr als Bemühung zu verstehen, die Betroffenenperspektive deutlicher zu machen, als dies eine nüchterne Wissenschaftssprache vermag.

1. Begründung der Berufswahl

„Warum sind Sie eigentlich Offizier geworden?“ Die Antworten auf diese Frage lassen sehr unterschiedliche Beweggründe sichtbar werden, die häufig miteinander verwoben sind. Genannt werden etwa die Faszination der Militärtechnik, der Umgang mit Menschen, die Gelegenheit zum Studium, die gesicherte berufliche Perspektive, die vergleichsweise gute Bezahlung, Familientradition.

Ausdrücklich politische Motive beim Eintritt in die NVA sind eher die Ausnahme als die Regel: *„Ich weiß noch genau, wann ich mich entschlossen habe, Berufsoffizier zu werden: am 13. August 1961! Für mich war das Schließen der Staatsgrenzen ein völlig logischer und notwendiger Schritt, um ein Ausbluten der DDR zu verhindern . . . Ich kann mich noch gut an ein Zeitungsfoto erinnern, das einen Angehörigen der Betriebskampfgruppen zeigt, wie er, nur mit dem Gewehr bewaffnet, vor einem amerikanischen Panzer steht. – Da habe ich mir gesagt: Hier lebst du! Das ist dein Staat! Den mußt du verteidigen.“* (Oberstleutnant, 48 Jahre)

Auch wenn die Entscheidung, Offizier zu werden, nur selten ein bewußtes politisches Bekenntnis darstellte, implizit war ein grundsätzliches Einverständnis mit den Zielen des Marxismus-Leninismus stets vorhanden. Dafür sorgte schon die staatlich verordnete politisch-ideologische Erziehung vom

⁸) Vgl. Chr. Hopf, Norm und Interpretation, in: Zeitschrift für Soziologie, 11 (1982) 3, S. 307–329.

Kindergarten über die Schule bis hin in die verschiedenen Jugendorganisationen⁹).

Hinzu kam nicht selten eine entsprechende Verstärkung durch das Elternhaus. *„Junge, geh' zur Fahne! Da leistest du etwas für das Vaterland und hast eine gesicherte Perspektive.“* (Major, 33 Jahre)

2. Offiziere der SED

Die drei- bis vierjährige Ausbildung zum Offizier erfolgte an einer Offiziershochschule, deren Lehrstoff zu einem Fünftel gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung umfaßte. *„Dort lernten wir, was Sozialismus sein sollte, was Kapitalismus ist. Da wurden wir politisch geprägt und ausgerichtet, wurden uns die Grenzen gezeigt, innerhalb derer wir uns bewegen konnten.“* (Major, 34)

Spätestens hier erfolgte auch die Einvernahme durch die SED. *„Der Offiziersschüler, der im ersten Jahr in die Partei eintrat, war für die Vorgesetzten ein sehr guter Genosse. Wer im zweiten Jahr ‚den Weg zur Partei fand‘, wie das hieß, war ein guter Genosse, da gab es schon eine Abstufung. Und wer sich erst im dritten Jahr dazu entschloß, der wurde sowieso von der Seite angeguckt.“* (Oberstleutnant, 47 Jahre)

Etwa 98 Prozent aller Offiziere waren Parteimitglieder. Politische Schulung und Parteiarbeit hatten auch im Truppenalltag ihren herausgehobenen Stellenwert. *„Andere Ausbildungsvorhaben wurden aufgrund irgendwelcher Friktionen gelegentlich gekürzt oder fielen aus, nicht aber die politische Schulung!“* (Hauptmann, 27 Jahre)

Alternative, nicht konforme Vorstellungen zu entwickeln, schien den meisten Offizieren kaum möglich, zumal ihnen systematisch der Weg zu anderen als den offiziellen Informationen durch Verbote (Westfernsehen, -zeitungen und -kontakte waren nicht erlaubt!) zumindest erschwert wurde. Die sozialistische Überzeugung nahm für die meisten Offiziere den Charakter des Selbstverständlichen an.

3. Die aggressive NATO

„Sicher habe ich manchmal geschwankt, war unsicher, aber im allgemeinen hatte ich einen klaren Standpunkt . . . Wesensmerkmal des Kapitalismus ist sein Expansionsdrang mit dem Ziel, durch Gewinnen neuer Absatzmärkte seine Profite zu vergrößern. Dabei macht er auch vor militärischer Gewaltanwendung nicht Halt. Ihn davon abzuhalten, ist die Aufgabe des NVA-Soldaten. Die Erhaltung des Friedens gegen die imperialistischen Kräfte! –

⁹) Vgl. R. Zoll/G.-M. Meyer, Civic Education in the Military – the German Case, Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Heft 28, München 1982, S. 98 ff.

Damit konnte ich mich identifizieren. Das war meine politische Motivation!“ (Hauptmann, 29 Jahre)

Aus dem Blickwinkel des durchschnittlichen NVA-Offiziers war die Rollenverteilung auf der Weltbühne sicherheitspolitischen Geschehens weitgehend eindeutig: Hier das friedliebende sozialistische Lager, dort die angriffslüsterne NATO.

„Im Vordergrund stand der mögliche Einsatz der Massenvernichtungswaffen. Auf dem Sektor der A-Waffen ist die NATO überlegen. Außerdem hielt sie an der Option des atomaren Ersteinsatzes fest. Da war es einfach, ihr aggressive Tendenzen zuzuschreiben. Die Strategie der Vorne-Verteidigung war für uns eine Angriffskonzeption. Das war Fakt!“ (Oberstleutnant, 40 Jahre)

4. Widersprüche

Nun ist es keinesfalls so, als seien die Offiziere der NVA blind gewesen gegenüber auftretenden Widersprüchen. Im ökonomischen Bereich etwa waren eklatante Mängel offensichtlich, z. B. die Wohnungssituation, der Zustand der Häuser, das Angebot an Konsumwaren. Auftretende Diskrepanzen zwischen dem Anspruch der Ideologie und der konkreten Wirklichkeit wurden innerhalb des vorgegebenen Rahmens theoretisch begründet und systemkonform umerklärt.

„Es hieß, natürlich würde man lieber die staatlichen Ressourcen zur Verbesserung der realen Lebensbedingungen einsetzen, aber zur Abwehr des Imperialismus müsse man das Geld eben anderweitig verwenden . . . Zum anderen haben wir gehört, die DDR zähle zu den zehn größten Industrieländern. Und im Vergleich zu den anderen sozialistischen Staaten waren wir ja auch weiter. Von daher haben wir schon irgendwie daran geglaubt, es ginge aufwärts.“ (Hauptmann, 28 Jahre)

Zweifel an der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges sollten gar nicht erst aufkommen. Dem diente unter anderem auch das Verbot, West-Fernsehen zu sehen. Viele hielten sich daran, manche aus Furcht vor möglichen Konsequenzen, manche aus der Überzeugung heraus, ein Soldat habe gegebene Befehle zu akzeptieren und nicht in Frage zu stellen. Wurde jedoch gegen die bestehenden Vorschriften ein Westsender eingeschaltet, dann richtete sich das Interesse vornehmlich auf Sport- und Unterhaltungssendungen. *„Die politischen Sendungen im West-Fernsehen haben mich nicht interessiert . . . meine politische Richtung stand ja fest. Mein politisches Informationsbedürfnis habe ich vorwiegend über die Zeitungen gedeckt.“* (Hauptmann, 27 Jahre)

Diese Selbstzensur verhinderte oft auch Selbstzweifel.

5. Parteidisziplin

Die enge Parteibindung tat ein übriges, mögliche Kritik schon im Ansatz zu unterbinden. *„Es gab nur den parteilichen Standpunkt. Wenn einer davon abwich, wurde er wieder auf Linie gebracht. Jeder, der Kritik übte, weil er bestimmte Dinge nicht richtig sah, der wurde moralisch in die Ecke gestellt, fertiggemacht und dann wieder aufgerichtet. — Die Partei hat immer Recht! Du hast dich der Partei unterzuordnen! Dazu bist du als Parteimitglied verpflichtet! Das hast du unterschrieben!“* (Oberstleutnant, 48 Jahre)

Die „Treue zur Arbeiterklasse und ihrer Partei“ sowie die Fähigkeit, die marxistisch-leninistische Theorie und die Beschlüsse der Partei zu vertreten, standen an erster Stelle der in den dienstlichen Beurteilungen zu bewertenden Eigenschaften und Fähigkeiten. Berücksichtigt man zudem, daß Verwendungsvorschläge eine Stellungnahme der zuständigen Parteiformation enthalten mußten, ist die normative wie faktische Wirkung des Parteieinflusses mehr als deutlich.

Erkannte Widersprüche, Schwierigkeiten und Probleme konnten — ohne persönliche Nachteile befürchten zu müssen — nicht offen angesprochen und diskutiert werden. Als entlastendes Ventil diente häufig die Kameradenrunde. *„Im engen Kreis der Truppenoffiziere wurde ja prinzipiell anders gesprochen, da wurden die Dinge beim Namen genannt. Es gab die offizielle Linie und die private Meinung, die man im engen Kameradenkreis äußern konnte.“* (Hauptmann, 28 Jahre)

Sicherlich ist auch richtig, daß die Forderungen des Truppenalltags ihre eigenen Gesetze hatten. *„Das Soldatenleben besteht nicht nur aus Ideologie, sondern in erster Linie aus militärischem Handwerk. Mit Karl Marx in der Hand gewinnt man kein Gefecht. Dazu muß man schießen können.“* (Oberstleutnant, 47 Jahre)

Dennoch, der Rückzug auf das Militärhandwerk befreite nicht von der Verpflichtung, den Soldaten auch ideologisch vom Sinn seines Dienstes zu überzeugen, und das bedeutete stets ein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus und die Vermittlung eines klaren Feindbildes.

6. Feindbild Bundeswehr

Das Verhältnis zur Bundesrepublik und zur Bundeswehr wurde wesentlich durch politisch-ideologische Gesichtspunkte bestimmt. *„Wir waren eine selbständige, abgeschirmte Deutsche Demokratische Republik, im Warschauer Vertrag und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit anderen sozialistischen Staaten verbunden. Mit der anderen Hälfte Deutschlands verband uns nichts.“* (Major, 32 Jahre)

Diese hier zum Ausdruck kommende Abgrenzung wurde verstärkt durch die offizielle Bewertung der Bundeswehr „als Speerspitze des Imperialismus“ und die Forderung, die Armeeingehörigen der NVA zum Haß auf die bundesdeutschen Soldaten zu erziehen. *„Der Bundeswehrsoldat dient der herrschenden Klasse. Die herrschende Klasse drüben sind die Kapitalisten, der Kapitalist drängt wesensmäßig zu Aggression. Also ist die Bundeswehr ein aggressives Instrument, ist der Bundeswehrsoldat mein Feind . . . Ich bin mit diesem Bild erzogen worden. Ich habe es all die Jahre geglaubt. Und ich mußte diese Überzeugung auch gegenüber den Soldaten in der Polit-Schulung vertreten.“* (Major, 37 Jahre)

Einhellig stellten alle Offiziere dar, daß die Bundeswehr von ihnen als logischer und naheliegender möglicher Gegner gesehen worden sei. Eine Übertragung von der kognitiven Ebene in den affektiven Bereich sei jedoch — so übereinstimmend alle Gesprächspartner — nicht erfolgt. *„Das war mein Gegner — aber gehaßt habe ich ihn nicht.“* (Hauptmann, 27 Jahre)

7. Am Wendepunkt

Dem Umbruch der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse standen die meisten Offiziere der NVA fassungslos gegenüber. Hineingewachsen in den real existierenden Sozialismus der DDR, war für sie die herrschende Ideologie weitgehend unhinterfragtes Deutungsmuster der politischen Zusammenhänge und wesentliches sinnstiftendes Element ihres Berufsverständnisses. Sich selbst stets als loyale Diener der politischen Dreieinigkeit Staat, Partei und Volk betrachtend, mußten sie plötzlich feststellen, einer Fiktion aufgesessen zu sein: das Volk wendete sich gegen Partei und Regierung.

„Zu Beginn der Ereignisse ist das von uns sehr kritisch betrachtet worden. Man hat nicht die Massen gesehen, hat nicht gesehen, daß es das Volk war, das da auf die Straße ging. Wir haben nur die Forderung gesehen. Die waren auf einmal so scharf. — Man hat gedacht, da bricht die Welt zusammen. Wir haben gedacht, der 17. Juni wiederholt sich. Es hieß auch wieder, die seien aufgehetzt, von Außen gesteuert.“ (Major, 32 Jahre)

Als sich die Ereignisse dramatisch zuspitzten, war es mit einer reinen Zuschauerrolle der Armee vorbei. Teile der NVA wurden in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt. *„Und am gleichen Tag sagt ein General im Fernsehen, es habe nie eine erhöhte Gefechtsbereitschaft gegeben. — Das war so ein letzter Anstoß . . . Da hat man die Wirklichkeit gesehen und ihre Verzerrung durch hohe Vorgesetzte und Politbüro-Mitglieder. Und da war uns klar, wenn hier die Armee keine positive Rolle spielt, dann ist ein Blutbad nicht auszuschließen.“* (Hauptmann, 29 Jahre)

Es stand auf des Messers Schneide. Etliche Bataillonskommandeure erhielten den Befehl, Einsatz-Hundertschaften zu bilden. *„Wir saßen in einem Saal, verfolgten die Demonstrationen im Fernsehen und hielten uns für einen Einsatz verfügbar. Helm, MP, Magazin lagen auf dem Fahrzeug . . . Ich stand unter Befehl, sicher, aber wenn mir jemand befohlen hätte, mit meinen Männern auf die friedliche Menge loszugehen — ich glaube, das hätte ich nicht gekonnt. Ich hab innerlich gefleht, daß die Armee sauber bleibt! Zum Glück blieb mir die Entscheidung erspart. Es gab keinen Einsatzbefehl.“* (Hauptmann, 27 Jahre)

Der Zerfall der bisherigen Autoritäten Staat und Partei erschütterte die Nationale Volksarmee nachhaltig. Die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Überwindung der gegenwärtig zu beobachtenden Orientierungslosigkeit, die Entwicklung einer Zukunftsperspektive und tragfähiger Zukunftskonzepte stehen noch aus. Fest steht aber bereits das Ziel der gesamtpolitischen Entwicklung: *„Deutschland, einig Vaterland!“*

8. Sinn- und Existenzkrise

Der revolutionäre Wandel hat die meisten Offiziere der NVA in eine tiefe Krise gestürzt. Sie stehen vor dem Scherbenhaufen eines politischen Systems, dem sie mit ideologischer Überzeugung — wenn auch in unterschiedlichem Ausmaße — gedient haben. Das Ende des real existierenden Sozialismus zwingt die meisten zu einer persönlichen Bilanz.

Nicht wenige empfinden sich als Opfer der am Klassenkampf ausgerichteten Dogmatik des Marxismus-Leninismus. Das Ende des Kalten Krieges wird als Niederlage gedeutet. *„Ich fühle mich als Besiegter, weil sich die Ideologie, der ich angehängt habe und teilweise auch heute noch anhängen, sich hat besiegen lassen. Ich habe verloren — ich persönlich, aber vor allem das ganze System.“* (Oberstleutnant, 47 Jahre)

Dennoch brechen nur wenige radikal mit der „reinen Lehre“ des Marxismus; eine ganze Reihe hält vielmehr seine Ziele und Ideale nach wie vor prinzipiell für richtig. Sein Scheitern in der DDR wird vor allem auf stalinistische Methoden und eine unfähige, teilweise korrupte Staats- und Parteiführung zurückgeführt. Gegen sie sowie gegen die höhere militärische Führung richtet sich der besondere Zorn der Truppenoffiziere. Sie fühlen sich in der Vergangenheit ausgenutzt und mißbraucht. *„Ich fühle das ganz besonders, weil ich alle bewußten Jahre meines Lebens auf den Glauben an die Richtigkeit der Sache abgestellt habe.“* (Oberstleutnant, 48 Jahre)

Der psychologische Schritt vom Mißbrauchten zum Unschuldigen liegt nahe, dennoch tun ihn nur wenige. *„Ich sehe meine Mitschuld an dem, was jetzt so*

alles offengelegt wird. Wir haben dieses System mitgetragen. Wer das für sich selbst leugnet, macht sich etwas vor . . . Wir waren doch alles vernünftige Menschen, wir haben gewußt, vieles kann gar nicht richtig sein. Aber wir waren zu feige, zu fragen, und unfähig, etwas zu ändern.“ (Oberstleutnant, 40 Jahre)

„Ich bin bereit, mich meinen unterstellten Soldaten in einer Diskussion zu stellen und meine Mitschuld darzulegen.“ (Major, 33 Jahre)

Während viele der Truppenoffiziere bereit sind, zu ihrer Verantwortung zu stehen und zumindest eine gewisse Mitschuld durch ihr eigenes Schweigen und ihre eigene Untätigkeit eingestehen, distanzieren sie sich verbittert von der „Wendigkeit“, die auf höheren Führungsebenen derzeit demonstriert wird. *„Diese Leute sind gegenwärtig dabei, uns gegenüber einen doppelten Verrat zu begehen. Erst haben sie uns auf einen Sozialismus verpflichtet, der sich als brüchig erwiesen hat, jetzt ‚wenden‘ sie sich mit atemberaubender Geschwindigkeit, um ihre Posten zu retten und kümmern sich einen Dreck um die Probleme der Truppe!“* (Oberstleutnant, 40 Jahre)

Die aber sind schwierig genug. Die Truppenteile sind nach herkömmlichen Kriterien derzeit kaum noch funktionsfähig. Aufgrund der verkürzten Wehrdienstzeit und des neuen Zivildienstgesetzes fehlt es in großem Maße an Soldaten. Allein die Aufgabe, für die Sicherheit der Waffen- und Munitionsbestände zu sorgen, lastet die meisten Bataillone wegen des reduzierten Personalbestandes schon aus. Offiziere und Unteroffiziere stehen Wache und gehen Streife — aus Einsicht in die Notwendigkeit. An eine geregelte Ausbildung ist kaum zu denken. Verschärft wird die Situation durch die persönlichen Existenzängste der Berufssoldaten. *„Bei jeder Unterhaltung kommt die Frage hoch: Was wird aus uns, aus uns Berufskadern? Fakt ist, daß beide Armeen stark reduziert werden müssen . . . Dabei wird sicherlich vor allem die NVA betroffen . . .“* (Major, 32 Jahre)

Die meisten wollen „eigentlich“ gern Soldat bleiben; wenn sie aber gehen müssen, soll dies so sozial abgeduldet werden, daß sie Chancen im Zivilleben haben. Trotz vielfältiger, formal hoher Qualifikationen ist dies jedoch ungewiß. *„Ich bin Hochschulingenieurökonom — das klingt vielsagend und ist wenig bedeutend. Draußen würde es nur heißen: Wegtreten!“* (Major, 32 Jahre)

Zur Sinnkrise tritt also zunehmend auch die Existenzkrise.

9. Die Aufgabe von Militär

Auch wenn der bisherige militärische Auftrag der NVA obsolet geworden ist, der Ost-West-Konflikt als weitgehend überwunden gilt und die Prozesse

des Wandels in Osteuropa als unumkehrbar betrachtet werden, an eine Welt ohne Armeen vermögen die befragten Offiziere kaum zu glauben. *„Noch gibt es ein erhebliches Konfliktpotential, das sich jederzeit entfalten und zur Explosion kommen kann . . . Nun kann man nicht sagen, der Gegner kommt aus einer bestimmten Richtung! Aber ich benötige ein gewisses Maß an militärischer Macht, damit ich unser Territorium zuverlässig schützen kann, damit ich jedem möglichen Angreifer sagen kann: Laß mich in Ruhe, oder es gibt Ärger!“* (Oberstleutnant, 47 Jahre)

Auf diesen — zugegebenermaßen sehr vereinfachten, deshalb aber nicht falschen — Nenner lassen sich die Argumentationsfiguren bringen, die zur Begründung der Beibehaltung von Streitkräften auch in der Zukunft herangezogen werden. Sozusagen flankierend werden zusätzliche Einsatzbereiche genannt, etwa Umweltschutz oder Katastrophenhilfe. Aber auch die Option „UNO-Einsatz“ spielt eine wichtige Rolle.

Über die Operationalisierung derartiger Aufgaben, ihre Umsetzung in Struktur, Organisation, Stärke, Ausrüstung und alltäglichen Dienstbetrieb gibt es jedoch noch keine klaren Vorstellungen. Das ist nicht überraschend, weil für die meisten der Offiziere auf der Hand liegt, daß der Entscheidungsspielraum der DDR-Regierung erheblich eingeschränkt ist. Da sind zum einen internationale Aspekte — etwa die Abrüstungsverhandlungen —, aber natürlich auch die bevorstehende Einigung Deutschlands.

10. Ein Land — eine Armee

Die Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO erscheint den meisten befragten Offizieren als nahezu selbstverständlich, wenn sie auch künftig eine stärkere Akzentuierung der politischen Aufgaben des Bündnisses wünschen. Das meint vor allem eine Veränderung der bisherigen „militärischen Frontstellung“ und läuft auf eine Respektierung der Sicherheitsinteressen der UdSSR hinaus. Dadurch könnte der Anschein vermieden werden, die NVA würde sozusagen die Fronten wechseln. *„Von heute auf morgen zu sagen, jetzt gehts in die andere Richtung — das finde ich nicht gut; das könnte ich auch nicht.“* (Hauptmann, 27 Jahre)

Daher berufen sich viele NVA-Offiziere auf das Entstehen gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen, die ein derartiges Dilemma gar nicht erst entstehen lassen, könnten doch die Interessen des ehemaligen „Waffenbruders“ und Bündnispartners auf diese Weise durchaus berücksichtigt werden.

Was immer die Zukunft bereithalten mag, für alle befragten Offiziere ist klar, daß es nur *eine* deutsche Armee geben wird. Der Versuch der politischen Führung, in diesem Bereich eine Eigenständigkeit

der DDR – womöglich noch für eine längere Zeit – zu reklamieren, gilt den meisten als Ausweis mangelnden Realitätssinns. Dennoch: „NVA und Bundeswehr kann man nicht einfach so zusammenlegen!“ (Major, 36 Jahre)

Wie Bundeswehr und Nationale Volksarmee verklammert werden sollen, ja, ob dies überhaupt möglich ist, gilt vielen als offene Frage. Bei ihrer Beantwortung nehmen die vermuteten Schwierigkeiten mit dem Konkretisierungsgrad und dem Ausmaß des Gefühls der persönlichen Betroffenheit zu. Die Unterstellung unter einen einheitlichen politischen Oberbefehl wird als logische Konsequenz der Neugestaltung Deutschlands von allen Offizieren ohne Wenn und Aber akzeptiert, genauso wie ihre daraus erwachsende Loyalitätsverpflichtung.

Ebenso herrscht weitgehend Einigkeit über den angestrebten Status der Landstreitkräfte der NVA: Sie sollen Teil des Territorialheeres der gesamtdeutschen Streitkräfte werden¹⁰). Dahinter steht die Vorstellung, die damit einhergehende Regionalisierung des Militärs könne der NVA ein gewisses Maß an Eigenleben ermöglichen, könne den Übergang zu den erwarteten Umstellungen weniger abrupt werden lassen. „Die Eigentümlichkeit der NVA im Hinblick auf Ausrüstung, Bewaffnung, Gliederung, Führungsgrundsätze und Ausbildung können nicht von heute auf morgen der Bundeswehr angeglichen werden.“ (Oberstleutnant, 48 Jahre)

Dennoch erscheinen die mit diesen eher verfahrenstechnischen Fragen verknüpften Friktionen in einer relativ kurzen Übergangszeit durch entsprechende organisatorische Maßnahmen lösbar. Als erheblich schwerer lösbar gelten Probleme auf dem Sektor Personal. Im Zuge der Abrüstung rechnen die NVA-Offiziere mit einer deutlichen Reduzierung der deutschen Streitkräfte. Bundeswehr und Nationale Volksarmee bilden die gemeinsame Masse, die es zu verringern gilt. „Und da stellt sich die Frage, wer zieht seine Uniform aus? Der Bundeswehroffizier oder wir?“ (Hauptmann, 29 Jahre)

Für einige ist diese Frage längst durch den zeitgeschichtlichen Ablauf entschieden. „Warum soll ein Offizier der Bundeswehr entlassen werden? Der war doch immer auf der richtigen Seite. Die haben gewonnen!“ (Major, 34 Jahre)

Angesichts ihrer mangelnden rechtlichen und sozialen Absicherung ist die persönliche Zukunftsperspektive der Berufssoldaten eine zentrale Größe bei der Beurteilung ihrer Lage. Dabei geht es keineswegs ausschließlich um materielle Sicherheit. „Vor allem für uns ältere Offiziere hat das bittere Konsequenzen. Wir werden als erste entlassen. Was sollen wir tun? Was haben wir gelernt? Ich kann ein Batail-

lon richtig einsetzen! – Aber das kann ich als Zivilist nicht gebrauchen. Was bleibt übrig für den 50jährigen Offizier? Dabei geht es nicht nur um Geld; der Mensch will auch eine sinnvolle Aufgabe haben!“ (Oberstleutnant, 48 Jahre)

So setzen viele auf eine pragmatische Lösung. „Es dürfte schwierig sein, alle NVA-Offiziere einfach durch Bundeswehroffiziere zu ersetzen. Zumindest für eine längere Übergangsphase werden wir noch gebraucht.“ (Hauptmann, 29 Jahre)

Die Vorstellung, daß Offiziere beider deutscher Armeen, die gelernt hatten, sich gegenseitig als möglichen Gegner zu betrachten, einem gemeinsamen Ziel verpflichtet nebeneinander Dienst tun, erscheint als reale Möglichkeit. Vom ehemaligen Klassenfeind zum Kameraden? Ein durchaus gangbarer, aber nicht einfacher Weg. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich Soldaten der Bundeswehr meinem Befehl unterstellen würden. Umgekehrt ist das schon eher denkbar, obwohl . . . In der Bundeswehr haben wir jahrelang eine imperialistische Aggressionsarmee gesehen. Und jetzt steht da plötzlich ein Bundeswehroffizier, der ist vielleicht mein Vorgesetzter! – Unter einem Bundeswehroffizier zu dienen, ist für mich vom Gefühl her schwer zu akzeptieren; sachlich halte ich es für notwendig.“ (Oberstleutnant, 40 Jahre)

In diesem Zusammenhang spielen vermutete Vorbehalte eine entscheidende Rolle. Über deren Berechtigung allerdings gehen die Meinungen weit auseinander. „Was habe ich denn Schlechtes gemacht? Ich habe fast 25 Jahre lang Soldaten ausgebildet. Was ist daran schlimm gewesen?“ (Oberstleutnant, 48 Jahre)

Die Reduzierung auf das Militärhandwerkliche blendet den ideologischen Teil einfach aus. Eine andere Argumentation greift dem gegenüber gerade diesen Aspekt besonders auf: „Ich bin dreißig Jahre lang so erzogen worden, daß das Eintreten für den Sozialismus gleichbedeutend mit dem Einsatz für den Frieden ist. Daran habe ich geglaubt, wie ich auch von der Richtigkeit des Sozialismus überzeugt war. Viele Dinge waren falsch, das habe ich mittlerweile erkannt, aber es gab auch viele richtige Dinge!“ (Major, 37 Jahre)

Eine dritte Position fragt vor allem nach der moralischen Bewertung: „Ich habe immer West-Fernsehen geschaut; mit schlechtem Gewissen, weil ich damit gegen bestehende Vorschriften verstoßen habe. Ich habe im Politunterricht den Soldaten erklärt, wie schlecht das kapitalistische System ist – und mich dabei unwohl gefühlt. Das war alles nicht sauber . . . Ich war ein Mitläufer. Die militärische Tätigkeit hat mir Spaß gemacht, ich hab gut verdient. Im übrigen habe ich versucht, möglichst nicht anzuecken.“ (Oberstleutnant, 47 Jahre)

¹⁰) Die Frage nach der künftigen Aufgabe der Marine sowie der Luftstreitkräfte der NVA wird hier ausgeklammert.

Ohne den Versuch einer plumpen Gleichsetzung – auf der Ebene des persönlichen Verhaltens werden durchaus Parallelen zum Leben während des Nationalsozialismus gesehen. „Jahrelang habe ich mit meinem Vater diskutiert, habe gefragt: Konntet

ihr denn nichts gegen die Nazis machen? Da muß es doch Möglichkeiten gegeben haben! – Er konnte mir nie eine befriedigende Antwort geben. Jetzt kann ich ihn verstehen!“ (Oberstleutnant, 40 Jahre)

V. Ausblick

Gewiß ist es einfach und kommt vielen Attitüden entgegen, die Berufssoldaten, insbesondere die Offiziere der Nationalen Volksarmee pauschal als Stützen eines undemokratischen Systems zu verurteilen und die sofortige Auflösung der NVA zu fordern¹¹⁾. Ein derartiges Verdikt erscheint mir außerordentlich problematisch; daher plädiere ich vor dem Hintergrund meiner Erkenntnisse für eine differenziertere Betrachtungsweise. An die Stelle einer rigiden moralischen (Vor-)Verurteilung sollte der Versuch treten, sich in die Lage der Betroffenen zu versetzen.

Herangewachsen im Glauben an die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung haben sie gelernt, das politische System der Bundesrepublik Deutschland als „kapitalistisch“, „imperialistisch“ und potentiell aggressiv zu betrachten. Das erlaubte ihnen, den Dienst in der NVA als Dienst für den Frieden zu definieren. Zusammen mit der beruflichen Befriedigung und der gewährten materiellen Sicherheit bildete das ihre Berufsmotivation.

Vorwerfen kann man den Offizieren, daß sie auftretende Widersprüche im real existierenden Sozialismus nicht sehen wollten, eventuelle Zweifel verdrängten und so in der staatlich verordneten, aber eben auch selbstverschuldeten Unmündigkeit verblieben. Allerdings – wer will für sich die Gewißheit in Anspruch nehmen, sich in der gleichen Situation anders verhalten zu haben? Den Offizieren der NVA vorzuhalten, sie hätten sich per se für den Dienst in gesamtdeutschen Streitkräften moralisch disqualifiziert, bedeutet, etwa 35 000 Menschen ins gesellschaftliche Abseits zu drängen. Daß damit ein möglicherweise zur politischen Radikalität neigendes Potential geschaffen wird, liegt auf der Hand.

Die Bewältigung der Vergangenheit – das sollten wir gelernt haben – kann nicht durch Ausgrenzen und Verdrängen erfolgen, sondern nur durch aktive

Aufarbeitung. Wer erfahren hat, wohin ideologische Einäugigkeit führt und daraus Folgerungen für sein Verhalten zieht, kann durchaus ein Gewinn für ein gesamtdeutsches Offizierkorps sein.

Ein anderer Aspekt kommt hinzu: Neben ihrem militärischen Fachwissen bringen die NVA-Offiziere ein erhebliches Potential vielfältiger Kontakte und Verbindungen zu den Armeen des ehemaligen sozialistischen Lagers ein. Wenngleich die Intensität dieser Beziehungen nicht überschätzt werden darf, so ließen sie sich doch zu soliden Bausteinen für das geplante europäische Haus weiterentwickeln. Damit soll nicht einer „internationalen Kameraderie der Soldaten“ das Wort geredet werden. Gleichwohl ist das Militär ein nicht unwesentlicher Bestandteil zukünftiger gemeinsamer Sicherheitsstrukturen und kann seinen Beitrag zur allgemeinen Vertrauensbildung leisten. Die bevorstehende Reduzierung gesamtdeutscher Streitkräfte auf 370 000 Mann darf nicht ausschließlich zu Lasten der Nationalen Volksarmee gehen. Vielmehr ist eine Lösung gefordert, die Augenmaß ebenso wie gesellschaftliches und politisches Verantwortungsbewußtsein erkennen läßt¹²⁾.

¹²⁾ Wie bundesdeutsche Offiziere mit dieser Problematik umgehen, ist u. a. Gegenstand eines laufenden Forschungsprojekts des SOWI Vgl Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Projekte – Themen – Informationen. Forschungsprogramm 1989–1991, München 1990, S. 26. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, daß auch Bundeswehroffiziere durch den „Verlust“ des bisherigen Gegners in erheblichem Maße verunsichert sind und sich bei der Konkretisierung künftiger militärischer Aufgaben schwer tun. Das Verhältnis zur NVA wird außerordentlich differenziert betrachtet. Die Bereitschaft, zumindest die jüngeren Truppenoffiziere als Kameraden zu akzeptieren, findet sich ebenso wie die strikte Ablehnung, etwa unter einem ehemaligen NVA-Offizier zu dienen. Ob der Aufbau gesamtdeutscher Streitkräfte gelingt, hängt ganz entscheidend von der richtigen Personalauswahl hier wie dort ab – und ist nicht zuletzt eine Herausforderung für die Innere Führung. Zum Thema vgl. ferner die intensive Leserbrief-Diskussion anlässlich des Artikels von Günther Gillissen: „Auflösen – ohne Rest“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Juli 1990 sowie den differenzierenden Artikel von Karl Feldmeyer: „Keine geteilte Armee“, ebd., 15. August 1990.

¹¹⁾ Vgl. D. Oeltjen, Oberst i. G., Einig Vaterland – welche Streitkräfte?, in: Truppenpraxis, (1990)4, S. 359.

Heinz Magenheimer: Konventionelle Stabilität und Sicherheit in Europa. Truppenreduktionen, Umrüstungen und Wiener VKSE-Konferenz

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/90, S. 3–12

Die in sicherheitspolitischer und militärischer Hinsicht im Gang befindlichen Maßnahmen in Europa laufen im Grunde genommen auf eine Erhöhung der konventionellen Stabilität hinaus, die sich aber keineswegs nur mit der Festlegung von paritätischen Streitkräfteobergrenzen in Gesamteuropa bzw. in bestimmten Zonen begnügen darf.

Die De-facto-Auflösung des Warschauer Paktes, die inneren Schwierigkeiten der sowjetischen Streitkräfte sowie die sowjetischen Truppenabzüge aus Ostmitteleuropa lassen die Suche nach einem neuen Geflecht der sicherheitspolitischen Ost-West-Beziehungen vordringlich erscheinen.

Die ständig zunehmende Ausrichtung der Staaten Ostmitteleuropas auf Westeuropa und die EG führt zu neuen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen; sie wird die traditionelle Ost-West-Konfrontation, militärisch gesehen, in den Hintergrund treten lassen. Unter Abkehr vom bisherigen beiderseitigen Bedrohungsbild rücken neue Gefahren und Herausforderungen aus ganz anderen Weltgegenden in den Mittelpunkt.

Franz H. U. Borkenhagen: Eine neue Sicherheitspolitik – Chance für Europa

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/90, S. 13–22

Eine Neugestaltung Europas erscheint möglich, ein Wechsel von der Konfrontation zur Kooperation ist wahrscheinlich. Eine besondere Rolle spielt bei diesem Wechsel die Sowjetunion. Ihr zunehmend desolater Zustand verlangt nach Hilfe, vor allem, weil das vormals osteuropäische Glacis sich aufgelöst hat. Die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) ist überdies funktionsuntüchtig geworden. Aus diesen Entwicklungstendenzen entstehen zugleich Anforderungen an West-Europa, sich der Verantwortung für ein Europa nicht zu entziehen und die für seine Einigung geplanten Projekte auszuweiten.

Soll Europa zusammenwachsen, kommt der Sicherheitspolitik die Aufgabe zu, als begleitendes Instrument für eine Einigung Europas zu wirken. Eine zukunftsgerichtete Sicherheitspolitik in und für Europa kann Stabilität im Inneren und in den Beziehungen mit den Nachbarregionen sowie mit den Großmächten erreichen und gewährleisten. Ein „System der Kollektiven Sicherheit in Europa“ (SKSE) bietet Mechanismen an, die das interne Zusammenleben regulieren helfen. Ein System der Kollektiven Sicherheit kann die sicherheits- und verteidigungspolitische Grundlage bieten für Konflikt- und Kriegsverhütung mit Hilfe eines europäischen Krisenmanagements und kollektiver Aktionsfähigkeit.

Lutz Köllner: Ökonomische Aspekte der Rüstungskonversion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/90, S. 23–31

Abrüstung und Rüstungskonversion sind politische Entscheidungen, zu denen Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler kurz-, mittel- und langfristige Modelle entwerfen können. Die Bundesrepublik ist im internationalen Vergleich ein relativ „harmlos“ gerüstetes Land. Sie repräsentiert zugleich den Typ eines hochentwickelten Altindustrielandes mit seinen spezifischen institutionellen Starrheiten und einer spürbaren Unelastizität sowohl bei der Budgetbewilligung wie bei Unternehmensentscheidungen.

Abrüstung ist nicht das Spiegelbild von Aufrüstung: Die Elastizitäten, die an den Märkten (einschließlich der Kreditmärkte) sowie bei makroökonomischen Aggregaten wie Sparen, Investieren, Liquidität, Leistungsbilanzsalden, Währungsdisziplin u. a. berührt werden, sind hier andere als bei der bisher jährlich fortgeschriebenen Rüstung. Der Militärische Sektor in der Bundesrepublik ist quantitativ klein; eine geschlossene Rüstungsindustrie gibt es nicht.

Der Anteil an Dienst- und Wissensleistungen sowohl beim Militär wie in der Rüstungswirtschaft ist gestiegen. Ihn für eine alternative Produktion umzusetzen, ist schwer. Auf Grund der geringen Quantitäten und unbeweglicher Budgetpolitik sind von der Rüstungskonversion gesamtwirtschaftlich keine schnellen und die wirtschaftliche Entwicklung fördernde Impulse zu erwarten.

Georg-Maria Meyer: Vom Klassenfeind zum Kameraden? Soziale Deutungsmuster von Offizieren der Nationalen Volksarmee (NVA)

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/90, S. 32–39

Hineingewachsen in den real existierenden Sozialismus der DDR, war für die Offiziere der NVA die herrschende Ideologie weitgehend unhinterfragtes Deutungsmuster der politischen Zusammenhänge und wesentliches sinnstiftendes Element ihres beruflichen Selbstverständnisses. Nunmehr erleben sie den Zerfall dieser Ideologie und des politischen Systems, dessen militärischer Schutz ihre Aufgabe war. Auf der Basis von 15 ausführlichen Interviews mit Offizieren (Bataillonskommandeuren) der NVA wird der Frage nachgegangen, wie sich diese Soldaten mit den Umbrüchen der Gegenwart auseinandersetzen.

Forderungen nach vollständiger Auflösung der DDR-Streitkräfte und eine pauschale Disqualifizierung ihrer militärischen Führer sind moralisch unangemessen und politisch nicht zu vertreten. Gefordert wird eine differenzierte Betrachtungsweise, die ausgeht von dem Versuch, diese Soldaten zu verstehen. Die Kenntnisse ihrer sozialen Deutungsmuster soll dazu beitragen.